

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Einzelne Nummern in die Post-Verpackung eingeschlossen. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.00 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Pf., (zulässig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Gründet 1874.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 1. März 1914.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Werben und Sammeln!

Als die sozialdemokratische Parteileitung die Veranstaltung einer Roten Woche beschloß, konnte sie noch nicht wissen, wie sehr sie damit einem politischen Bedürfnis Rechnung trug. Nach ausländischem Muster sollte diese Rote Woche ein agitatorischer Kulminationspunkt sein, eine Zeit gesteigerter Kräfteanspannung, eine Woche besonders emsigen und rastlosen Werbens für die proletarischen Organisationen und die sozialdemokratische Presse. Zu solch mühsamer und notwendiger Arbeit gibt es jederzeit zehn- und hundertfältigen Anlaß. Aber nun hat es das der Sozialdemokratie ja besonders gewogene Schicksal gewollt, daß die Rote Woche gerade in eine Zeit politischer Hochspannung fällt, in eine politische Lage, die zum rücksichtslosesten Kampfe herausfordert. Kein noch so gerissenes Arrangement hatte eine so klare und ernste Frontstellung schaffen können, wie der brutale Uebermut unserer Reaktion sie uns beschert hat.

Zum Werben und Sammeln soll die Rote Woche dienen. Unsere Organisationen sollen gestärkt, unserer Presse sollen neue Abonnenten zugeführt werden. Wer vom arbeitenden Volke noch immer nicht begriffen hat, daß er sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren hat, wenn es ihm ernst damit ist, sein armseliges Los zu verbessern und politische Gleichberechtigung zu erkämpfen, dem soll es von seinen einsichtigeren Klassen- und Kampfgenossen eindringlich zum Bewußtsein gebracht werden. Nicht minder klar soll es ihm gemacht werden, daß man die Presse nicht mit Unrecht die fünfte Großmacht genannt hat und daß es durchaus in der Hand der Arbeiterklasse liegt, diese Großmacht für sich zu gewinnen. Mit einem Wort: die Rote Woche soll dem Proletariat zu eigenem Ruh und Frommen, das Wort des Abbe Sieyès ins Gedächtnis rufen: Was ist der dritte Stand? Nichts? Und was könnte er sein? Alles! Denn was zur Zeit der französischen Revolution für den dritten Stand, das Bürgertum, galt, gilt heute noch unendlich viel mehr für den vierten Stand, das Proletariat. Daß aber der „vierte Stand“ zurzeit nichts ist, von den herrschenden Klassen als nichts geachtet wird, davon haben ja die politischen Ereignisse der letzten Zeit so überreichlich Zeugnis abgelegt.

Die Partei des Proletariates, das den weitaus größten Teil des Volkes bildet, ist im Reichstag durch 110 Abgeordnete vertreten. Aber ist darum auch der Einfluß der Sozialdemokratie gewachsen? Ganz im Gegenteil! Dadurch, daß die bürgerlichen Parteien sich um so schamloser der Reaktion in die Arme geworfen haben, ist die Sozialdemokratie parlamentarisch isoliert und ohnmächtig. Das zeigte sich beim Krupp-Standal, wo Zentrum und Nationalliberale unter feiger Preisgabe ihres ehemaligen Standpunktes ins Lager der Krupp-Vehler übergingen. Das zeigte sich nicht minder deutlich bei der Zabern-Kommission, wo alle bürgerlichen Parteien vor der Säbelherrschaft des Militarismus und vor dem Absolutismus kläglich kapitulierten, mochten sie auch noch wenige Wochen zuvor noch so ruhmredig und phrasenhaft den Männerstolz vor Königsthronen proklamiert haben.

Die Krupp-Affäre und der Standal von Zabern aber waren geradezu der Probierstein für die Gesinnungsechtheit der bürgerlichen Parteien. Niemals ist die kapitalistische Korruption, die sich systematisch staatliche Organe dienstbar macht, schonungsloser entlarvt worden, als durch die Aufdeckung des Kruppischen Spionagesystems. Hätte sich unsere Bourgeoisie noch eine Spur von Rechtschaffenheit bewahrt, so hätte sie hier mit eisernem Wesen auslegen müssen. Statt dessen hat man selbst die „feilen Gefellen“ von Zeugoffizieren wieder in Gnaden in die Offizierschergen ausgenommen und über die stinkendste Korruption den Mantel der Vertuschung gebreitet. Und wie hier die kapitalistische Korruption, siegte in Eifahr-Vollbringen der Militärabsolutismus, die soldateske Willkür, die sich auf verschimmelte Kabinettsordres beruft. Der Versuch, diese das Licht der Offenlichkeit scheinende Kabinettsordres der Kontrolle der Gesetzgebungskörper zu unterwerfen, scheiterte an dem Widerstand der Regierung und der Reichstagsmehrheit, die sich höhnisch über alle Volksrechte und Volksforderungen hinwegsetzte!

Das kriegsheerliche Rüstungskapital und die unseren Junkern und Schlotbaronen dienstbare Militärdiktatur haben also den unbestrittensten Sieg über das Volk davongetragen.

Und wie hier die brutale Reaktion den Sieg davontrug, so auch in allen anderen Fragen.

Haben wir nicht erst vor wenigen Tagen im preussischen Geldsachparlament erlebt, wie die Regierung sich den Scharfmachern gegenüber in Vereinerung ihrer unbedingten Gefügigkeit überbot? Von den Junkern bis zu den Nationalliberalen forderte man die Unterdrückung der Gewerkschaften und Gewerkschaftsaktionen. Vom Ministerpräsidenten bis zum Reichstag durch ein Verbot des Streikpostensiehens vergebens erstrebt habe. Also Erdrosselung des Streikrechts auf dem Verwaltungswege!

So steht die Reaktion geschlossen im Kampfe gegen die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterklasse. Und selbst die schwankenden Gestalten des sogenannten „linken“ Liberalismus zieht es bei allen ernstlichen Entscheidungen zur Reaktion hinüber. Hat sich nicht Herr Raumann zur Unterschrift für den Gesehentwurf für den staatlichen Gebärzwang bereit finden lassen? Und hat der Freisinn nicht gar kläglich erklärt, daß er gar nicht daran denke, die Rechte des „obersten Kriegsherrn“ irgendwie anzutasten? Was soll man von einer bürgerlichen Linken sagen, die nicht einmal den Mut hat, für eine wirklich konstitutionelle Regierungsform einzutreten!

Aber nicht genug damit, daß die bürgerliche Linke vor dem reaktionären Draufgängertum jämmerlich die Segel gestrichen hat: die Reaktion gelüftet es längst nach neuen frechen Attacken gegen die Arbeiterklasse. Seit Monaten munkelt man von einer Reichstagsauflösung, um der Jollwucher- und Scharfmachermehrheit im Reichstag vollends eine unumstrittene Mehrheit zu sichern und die sozialdemokratische Fraktion zu dezimieren. Da ist in der Tat der Hieb die beste Form der Deckung. Der Hieb, der allgemeine Vorstoß gegen all die reaktionären Provokationen und Unverschämtheiten!

Und wodurch könnte dem tobenden Scharfmacherkügel der schmerzhafteste Hieb verfehlt werden? Durch die Stärkung der Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterklasse, durch die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse!

Veruht doch auf den Organisationen die Macht des kämpfenden Proletariats. Hat doch der Klassenstaat merken müssen, daß seine Organisation, seine Einflüsse durch Behörden, Militarismus und Geiseltätigkeit ins Wanken geraten sind durch die Organisationen der Arbeiterklasse, durch Gewerkschaften, politische Vereine und die sozialdemokratische Presse. Wie man die proletarischen Organisationen fürchtet, beweist am besten der Noisfret des Generals Voebell, der als Gegengewicht gegen die rote Woche eine besondere Werbearbeit für die gelben Organisationen empfiehlt. Und das Proletariat darf dessen sicher sein, daß es in der Tat das Unternehmertum weder an Kosten noch an Anstrengungen fehlen lassen wird, um den freien proletarischen Organisationen die durch Unternehmergeld großgepöppelten gelben Organisationen entgegenzustellen. Welche Anstrengungen überhaupt die besitzende Klasse macht, um der proletarischen Klassenbewegung Herr zu werden, beweist schon die Summe von 3 1/2 Millionen Mark, die im preussischen Etat allein für die Unterdrückung der bürgerlichen, der reaktionären Jugendbewegung ausgemessen ist!

Wo der Klassenstaat nicht nur alle regulären Mittel aufwendet, um die Sozialdemokratie niederzuringen, sondern wo noch durch Millionenausgaben ganz ungewöhnliche Anstrengungen gemacht werden, um die proletarische Klassenbewegung durch eine gemeinsame Aktion von Staat und Unternehmertum zu überwinden, da sollte es eines besonderen Appells an die Werbetätigkeit der Arbeiter nicht mehr bedürfen!

Jeder intelligente Arbeiter, jede verständige Arbeiterin wissen, daß die verzehnfachten Kraftanstrengungen der Gegner auch die vielfältigste Energie des Proletariats bedingen. Mit der Redensart, daß man schon seine Schuldigkeit tue, wenn es zur Wahl gehe, ist es in den gegenwärtigen Zeiten des erbittertesten Kampfes weniger denn je getan. Heute hat jeder seinen ganzen Namen zu setzen — nicht nur durch seinen Stimmzettel, seine Gesinnung, sondern auch durch seine Tat, sein agitatorisches Wirken!

Um das Koalitionsrecht.

Stettiner Streikjurist.

Stettin, 28. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Frauendorfer Streikfraß, der sich aus dem Mord an dem Arbeiter Kühl durch den Arbeitswilligen Brandenburg entwickelt hatte, führte zu einem zweiten Landfriedensbruchprozeß, diesmal vor dem Stettiner Landgericht. Zehn Angeklagte standen vor dessen Schranken und 62 Zeugen wurden vernommen. Trotzdem stützte sich das Urteil nur auf die Aussagen zweier Arbeitswilliger, von denen einer seine schwerwiegenden Angaben bisher verschwiegen hatte, trotzdem er schon zweimal eidlich vernommen war, und außerdem auf Gendarmenberichte, deren Richtigkeit von den betreffenden Zeugen und Angeklagten bestritten wurde. Der Staatsanwalt hielt alle Angeklagte für schuldig und beantragte insgesamt 4 Jahre 11 Monate Gefängnis, davon 6 Monate gegen den Angeklagten Jahnke, der erwiesenermaßen fortwährend die Menge beruhigte und bei dieser Arbeit einen schweren Säbelhieb erhalten hatte. Die Angeklagten waren, bis auf einen, sämtlich unbescholtene.

Es wurden verurteilt:
 Der Angeklagte Schumann zu 6 Monaten Gefängnis, weil er mit dem Revolver geschossen haben sollte, die Angeklagten Kugel, Jandor, Jank und Bürgel zu je 5 Monaten Gefängnis, der Angeklagte Kandel zu 4 Monaten und Frau Brehel zu 3 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Gädke, ein Schwager des erstochenen Kühl, Jahnke und Brehel wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde anerkannt, daß der Streikleiter Jahnke und der Gewerkschaftsbeamte Thiene in anerkannter Weise bestrebt waren, die erregten Gemüter zu beruhigen.

Während der Totschläger Brandenburg frei ausging, sind von den über diese Bluttat empörten Menschen nun schon 12 zu insgesamt 5 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Des Schuhmanns Majestät.

Im Kürschnerbetrieb von Ruh in der Büschingstraße wurde gestreift. Am 15. September sah die Frau des bestrittenen Unternehmers den Genossen Redakteur Regge auf dem Büschingplatz. Sie erklärte darauf zum Schuhmann Volk, jener Mann habe was im Schilde, er scheine sich an der Sache zu beteiligen. Darauf herrschte der Schuhmann den ruhig mit seinem Begleiter auf der fast leeren Straße gehenden Regge an: „Sie wissen was hier vorgeht, entfernen Sie sich hier, Sie dürfen hier nicht stehen.“ Regge erwiderte: „Wir sehen ja gar nicht.“ Nach einigem Hin und Her wurde Regge zur Wade geführt. Er erhielt dann einen Strafbefehl über eine Woche Haft wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung. Das Schöffengericht änderte die Strafe in 30 M. um. Der Amtsanwalt legte Verurteilung ein, weil seiner Begründung nicht stattgegeben war, in Fällen vorliegender Art habe nur Haftstrafe einen Zweck, eine Geldstrafe würde vom Verbands, dessen Angehelliger Regge sei, gezahlt werden. Auch Regge legte Verurteilung ein, weil er nicht anerkennen konnte, daß das Streikpostensiechen bestraft werden könne.

In der Verhandlung, die am Donnerstag vor der Strafkammer stattfand, erklärte der Schuhmann, sie hätten vom Revier die Anweisung gehabt, jeden wegzuweifen, der zu den Streikenden zu gehören schien. Als der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Herzfeld, diesen Grund der Fortweisung festlegen wollte, veranlaßte der Vorsitzende durch Suggestivfragen, daß der Schuhmann die Frage, ob er selbst die Wegweisung zur Sicherheit für erforderlich hielt, bejahte. Die Strafkammer erwartete beide Verurteilungen, da der Beamte beidwogen hatte, er habe auf Grund eigenen Ermessens die Fortweisung vorgenommen. Das Gericht habe nicht das Recht nachzuprüfen, ob diese Fortweisung zweckmäßig gewesen sei und ob der Verkehr oder die Sicherheit in der Tat hätte gestört werden können.

Als wieder einmal: des Schuhmanns Majestät steht höher als das Recht des Richters, die Sachlage zu prüfen oder, wie der Vorsitzende sich ausdrückte: Streikpostensiechen ist in dem Augenblick nicht mehr erlaubt, wo ein Polizeibeamter es nicht will. Ein prächtiger Rechtsstaat, wo der Arbeiter bestraft wird, weil er von seinem zweifellosen Rechte des Streikpostensiehens Gebrauch macht.

Der Aufschwung in Rußland.

Von G. Plechanoff.

Die Reaktion, die in den letzten Jahren in Rußland gewütet hat, stützte sich nicht nur auf die Bajonette der Soldaten und auf die Knuten der Kosaken. Sie wurzelte vielmehr in der Stimmung eines ungeheueren Leses der Bevölkerung. Bäre es anders gewesen, hätten nur die Knuten und die Bajonette das Rückgrat der Reaktion gebildet, so hätte sie sich nicht auf die Philosophie, die Literatur und die Kunst ausgelehnt. Man kann die Menschen nicht durch Drohungen zwingen, ihre ästhetischen, literarischen oder philosophischen Anschauungen zu ändern; in den letzten Jahren jedoch war die russische Intelligenz mit der systematischen „Umwertung“ aller geistigen „Werte“ beschäftigt und das Ergebnis dieser „Umwertung“ war eine unaufhaltbare Rückwärtsbewegung auf allen Gebieten der Ideologie. Daraus geht hervor, daß nicht nur die „herrschenden Kreise“, sondern auch jene gesellschaftlichen Klassen und Schichten sich der Reaktion ergaben, deren Stimmung in der ideologischen Arbeit der Mehrzahl unserer Intelligenz zum Ausdruck kommt. Schon

Darum rüstet zur roten Woche!

Goethe hat gesagt, daß alle Reaktionsepochen subjektivistisch sind. Das zeigte sich auch in der letzten Zeit, wo wir einen Triumph des Subjektivismus erlebt haben, der u. a. dahin geführt hat, daß die Kunst sich immer entschiedener von der Wirklichkeit abwandte.

Die reaktionäre Stimmung ganzer gesellschaftlicher Klassen und Schichten, die diese Rückwärtsbewegung auf dem Gebiete der Ideologien bewirkte, war der Regierung im höchsten Grade günstig, die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln reaktionäre Ziele auf sozialpolitischem Gebiete verfolgte. Jetzt aber wird diese reaktionäre Stimmung, aus der die Regierung Kapital schlug, von der schnell wachsenden Unzufriedenheit der Gesellschaft verdrängt. Sogar die Diktatoren beginnen in der Sprache der Opposition zu reden. Wir stehen an der Schwelle eines neuen politischen Aufschwunges, und dieser Aufschwung wird ebenso unaufhaltsam sein, wie noch vor kurzem die Rückwärtsbewegung unserer „Gesellschaft“. Dafür bürgt die einfache Tatsache, daß die heutige politische Ordnung in Rußland das stärkste Hemmnis für die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes bildet. Die Regierung der „Schwarzen Hunderte“ kann — und auch das nur zur Not — lediglich den Interessen des Adels dienen. Aber in wirtschaftlicher Beziehung bildet der Adel eine niedergehende Klasse. Der adlige Grundbesitz in Rußland schmilzt mit jedem Jahre immer mehr zusammen.

Die reaktionäre Wut, von der der russische Adel ergriffen ist, ist selbst nichts anderes als die Frucht der unter den Junkern um sich greifenden Erkenntnis ihres wirtschaftlichen Niederganges. Aber die reaktionäre Wut ist sogar vom Standpunkt der Reaktion ein schlechter Ratgeber. Indem die Regierung, den Forderungen des niedergehenden Adels nachgebend, der aufsteigenden Bourgeoisie den Weg versperrt, weicht sie in den Kreisen des Bürgertums die Unzufriedenheit. Um die Bourgeoisie zu befriedigen, müßte die Regierung die von den Interessen des Adels diktierte Politik preisgeben und eine Reihe gemäßigt-liberaler Konzessionen machen. Aber zu einer solchen Politik ist die Regierung vollkommen unfähig. Ihr Schicksal ist mit dem des niedergehenden Adels untrennbar verknüpft. Deshalb ist sie wie der Adel selbst zum Untergang verurteilt.

Allerdings wird nicht die Bourgeoisie dieser Regierung den Todesstoß versetzen. Unsere Bourgeois werden nie über eine mehr oder weniger — oder richtiger eine weniger als mehr — konsequente Opposition hinausgehen. Einen entscheidenden Kampf mit der Regierung können nur die arbeitenden Massen aufnehmen, als deren Führer das klassenbewußte Proletariat auftritt. Aber der Zweikampf der arbeitenden Massen mit der reaktionären Regierung wird indirekt unterstützt werden durch die oppositionelle Stimmung der Bourgeoisie. Ich sage indirekt, weil im gegebenen Falle nicht so sehr die Stimmung der eigentlichen Unternehmer, dieses Kerns der Kapitalistenklasse, als die jener „Gesellschaft“ von Bedeutung ist, die zwischen der Unternehmerklasse und der Arbeiterklasse stehend und keinen unmittelbaren Anteil an dem Produktionsprozeß nehmend, dennoch einen großen Einfluß auf den Gang des gesellschaftlichen Lebens ausübt. Diese „Gesellschaft“ ist jetzt fast ganz dem Einfluß der Bourgeoisie verfallen. Der Widerspruch zwischen der heutigen politischen Ordnung und den Anforderungen des sich entwickelnden Kapitalismus wird von ihnen sogar besser erkannt und vor allem heftiger empfunden, als von den Unternehmern selbst. Dies ist vielleicht sonderbar, es entspricht aber den Tatsachen. Und diese auf den ersten Blick sonderbar anmutende Tatsache erklärt sich daraus, daß die Herren Unternehmer als „Praktiker“ nichts außer den praktischen Tagesforderungen sehen und die politischen Zukunftsfragen gleichgültig den Ideologen ihrer Klasse überlassen, die sich aus der „Gesellschaft“ rekrutieren. Die denkende Schicht der Gesellschaft eilt denn auch in ihrer oppositionellen Haltung der Regierung gegenüber notwendiger-

weise den Hauptführern der Unternehmerrschicht voraus. Aus diesem Grunde entstehen nicht selten Unstimmigkeiten zwischen den „intelligenten“ Ideologen der russischen Bourgeoisie und den Vertretern der Industrie und der Finanz. Aber der weitere Gang der Entwicklung wird allmählich diese Unstimmigkeiten beseitigen, die die bürgerliche Intelligenz übrigens nicht im geringsten hindern, ihre bürgerliche Natur beizubehalten. Diese bürgerliche Intelligenz beginnt nun wieder politisch unzufrieden zu werden. Und ihre steigende Unzufriedenheit wird für den Kampf der reaktionären Regierung gegen die revolutionäre Bewegung der Massen ein Hemmnis bilden.

Ich bemerke bereits, daß nur die arbeitenden Massen, geführt von dem klassenbewußten Proletariat, in einen entschiedenen Kampf gegen die Regierung eintreten können. Einen ungeheuren Teil dieser Massen bildet die Bauernschaft. Sie hat an der Bewegung von 1905 und 1906 Anteil genommen, aber in politischer Hinsicht war ihre Beteiligung fast unbewußt. Mit geringen Ausnahmen haben die Bauern die politischen Anschauungen beibehalten, die noch während der den Slawophilen so teuren moskowsischen Periode der russischen Geschichte entstanden sind. Daraus erklärt sich der sogenannte Mißerfolg unserer Revolution. Die darauf einsetzende Reaktion, die für die Bauern äußerst qualvoll ist, hat wenigstens das Gute, die alten politischen Vorurteile der Bauernschaft auf das heftigste zu erschüttern und ihr die Fähigkeit zu verleihen, mit größerer Einsicht als früher an der Freiheitsbewegung teilzunehmen.

So nimmt die Situation in Rußland allmählich wieder eine günstige Wendung für die Revolutionäre an. Es handelt sich jetzt nur darum, ob sie vertieft werden, diese Wendung auszunutzen.

Politische Uebersicht.

Verkehrsrfragen.

Das Problem der Kanalisierung der Mosel und Saar, das bereits dieser Tage im preussischen Abgeordnetenhaus zur Erörterung gelangt ist, wurde gestern im Reichstag bei der Beratung des Etats der Reichseisenbahnen gleichfalls besprochen. Auch diesmal zeigte sich, daß die preussische Regierung fast allein noch teils aus fiskalischen, teils aus kurzfristigen partikularistischen Erwägungen sich einem großen Verkehrsunternehmen widersetzt, das die wichtigen Industriegebiete Lothringens, Luxemburg und der Saar mit dem Wasserweg des Rheins in direkte Verbindung bringen würde. Aus dem Hause erwuchs Herr v. Breitenbach eine Unterstützung nur in einer Rede des Herrn Dertel, der zwar wenig Beweise ablegte von seiner Beherrschung des Themas, aber instinktiv als echter Preussensympathie empfand für die verkehrseindliche Politik der preussischen Regierung und insbesondere des Ministers, der dem Verkehr vorsteht.

Die Notwendigkeit, die Mosel- und Saarkanalisation endlich durchzuführen, wurde zuerst vom Genossen Dr. Weill unter Anführung überzeugender Zahlen und Dokumente bewiesen. Unser Redner wies auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung einer solchen Maßnahme hin, und er zeigte in unwiderleglicher Beweisführung, daß alle Einwände, die von der deutschen Regierung vorgebracht werden, entweder nicht richtig waren oder durch die Entwicklung längst überholt sind. Mit besonderem Nachdruck konnte er den Beweis durchführen, daß die Angst vor einer vollständigen Abwanderung der niederrheinischen Industrie nach Lothringen und Luxemburg ein phantastisches Wohngebilde ist. Unter der lebhaften Zustimmung eines großen Teiles des Hauses vertrat er den Grundsatz, daß Eisenbahnen und Wasserstraßen in gemeinsamer Arbeit dem höheren Verkehrsinteresse dienlich sein müßten.

Auch Herr Wassermann trat energisch für die Verwirklichung der Kanalisierung ein und schloß seine Rede mit der Versicherung, daß der Widerstand der Regierung fruchtlos sein werde. Herr v. Breitenbach, der diesen Widerstand noch einmal zu begründen suchte, fand sofort einen Gegner in dem neuen elsass-lothringischen Bundesratsvollmächtigten Herrn Dr. Nobis, der die dem Projekt günstige Stellung seiner Regierung stark betonte, und an das preussische Verständnis, ja sogar an den preussischen Edelmüt appellierte. Die Herren Cosmann vom Centrum und Dr. Schaß von dem elsass-lothringischen Bundesrat unterstützten gleichfalls die Idee des Kanalisierungsprojektes, während Herr Dr. Dertel, wie schon erwähnt, sich hilfsreich dem Minister zur Seite stellte und dem elsass-lothringischen Regierungsvorsteher einige wahrhaft konservative Belehrungen erteilte. Auf diesen übermütigen Versuch, den Vertreter der elsass-lothringischen Regierung einzuschüchtern, antwortete Genosse Ledebour mit einigen recht treffenden Bemerkungen.

Zu Beginn der Sitzung war noch die Generaldebatte über den Etat zu Ende geführt worden. Genosse Dr. Weill hatte gegenüber der debotenen Unterwürfigkeit des national-liberalen Herrn Jäger das Verdienst der Sozialdemokratie unterstrichen, durch ihre energische Kritik eine Verbesserung der Arbeiterlage herbeigeführt zu haben.

Am Montag wird die Besoldungsvorlage und der Postetat verhandelt werden.

Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus nahm die zweite Beratung des Etats der Dauerverwaltung am Sonnabend noch geraume Zeit in Anspruch. Herr Diederichs hat wieder einmal im Hause anwesend, und wenn er anwesend ist, fällt er regelmäßig das Bedürfnis, sich durch Reden bemerkbar zu machen. Diesmal ist der innere Grund dafür, daß er das Wort ergriff, erklärlich. Sein Durchfall bei der letzten Reichstagswahl schmerzt ihn und deshalb hält er es für erforderlich, schon jetzt in die Agitation für die nächsten Wahlen einzutreten. So begründete er denn unter dem Hinweis auf den erfreulichen Aufschwung der Westmünder Hochseefischerei und der Notwendigkeit, mit Hamburg in Konkurrenz treten zu können einen Antrag betr. die Fischereipachtstellen in Westmünde. Seine Klagen über die Notlage der Westmünder Bevölkerung tat Genosse Adolf Hoffmann geschickt damit ab, daß er dem Bundesdirektor nachdrücklich vor Augen hielt, wie den armen Leuten an der See mit Einzelmaßnahmen nicht gedient ist, solange ihnen die agrarische Wucherpolitik ihre Lebenshaltung so sehr verteuert. Vorher war Genosse Liebknecht wärm für die Binnenfischerei eingetreten, deren schlechte Lage er, gestützt auf ein reichhaltiges Material, dem Hause und der Regierung vor Augen führte. Daß der Vertreter der Regierung die Liebknechtschen Behauptungen für unrichtig erklärte, beweist nichts. Das ist nun einmal ständige Gepflogenheit der preussischen Regierung, aber wie die Erfahrung lehrt, ist sie nur allzu oft mangelhaft oder garnicht unterrichtet.

Nach Erledigung des Etats überwiegt das Haus die Vorlage betr. Einziehung staatlicher Schiffsahrtsabgaben durch Gemeinden und Private an die Kommission, die zur Vorbereitung des Kommunalabgabengesetzes gebildet werden soll. Weiter beriet man in erster Lesung das im vorigen Jahre gescheiterte Ausgabengesetz, an dessen Unzulänglichkeit Liebknecht scharfe Kritik übte. Den Rest der Sitzung bildete die zweite Lesung des Etats der Münzverwaltung.

Am Montag beginnt die Beratung des Entwurfs eines Kommunalabgabengesetzes.

Die Regierungskrise in Hessen.

Die Erste Kammer hat die Lehrerbeförderungsbillie beraten und einen der Volksvertretung entgegenkommenden Standpunkt eingenommen. Sie beschloß mit dem Höchstgehalt von 8400 M. auf 8300 M. zu gehen. (Die Zweite Kammer verlangt 8500 M.) Die übrigen Punkte des Vermittlungsvorschlages stellte die Erste Kammer zurück, bis die Zweite Kammer zu der ersten Frage sich geäußert.

Peukerts Memoiren.

(Schluß.)

Der Verrat an Rebe.

Am 21. Februar 1887 war Rebe, der Expedient der „Freiheit“, durch ein schuftiges Randver der belgischen Polizei in die Hände der deutschen Polizei geliefert worden. Rebe arbeitete zu jener Zeit unter falschem Namen in Lüttich als Tischler und bezorgte von dort aus den Schmuggel der „Freiheit“, der „Autonomie“, der anarchistischen Flugblätter sowie sonstigen revolutionären „Stoffes“ nach Deutschland und Oesterreich. Von allen, die ihn gekannt haben, wird Rebe als einer der selbstlosesten und opfermütigsten Anhänger der anarchistischen Bewegung geschildert, der von der Gründung der „Freiheit“ an in hingebender Weise der Sache diente, die seiner Ueberzeugung entsprach, bis die Zuchthauspforten sich hinter ihm schlossen. Im Dezember 1886 farb er, an Scharf und Geist gebrochen, im Zuchthaus zu Halle. Der damalige Aufenhaltort Neves, sein Name, seine Arbeitsstelle, seine Wohnung sollten geheim bleiben; sie waren auch nur ein paar Personen bekannt, darunter Peukert und Dabé, der 1880 im ersten Hochverratsprozeß zu Leipzig als Londoner Emissär der „Freiheit“ zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

In seiner Nummer 20 vom 13. Mai 1887 brachte der „Sozialdemokrat“ einen Beitrag: „Wie John Rebe der preussischen Polizei in die Hände geliefert wurde.“ Unter genauer Angabe von Einzelheiten wurde darin dargelegt, wie am 1. Januar 1887 Peukert in Begleitung eines gewissen Theodor Reuh nach Brüssel und von dort nach Lüttich gefahren sei, um diesen Reuh zu Rebe zu führen. (Der angebliche Impresario Theodor Reuh, aus Augsburg gebürtig, lebt in Berlin wohnhaft, geht schon damals in bestimmten Kreisen der Londoner Anarchisten als höchst verdächtig, und Peukert selber hatte im Sommer vorher in einer Broschüre: „Trau, schau, wem? Dabés Tätigkeit in der Arbeiterbewegung“ von Reuh geschrieben, daß er „in Mißkredit und Verdacht der Spionage gekommen“ sei, eine Meinung, welche wir zum Teil noch haben, jedenfalls „geht daraus zur Genüge hervor, daß uns derselbe nichts weniger als vertrauenswürdig erschien.“)

In Brüssel waren an diesem 1. Januar 1887 auch Polizeidirektor Kräger (der oberste Berliner Spitzhelfer, in dessen Hände alle Spionagedäden zusammenfließen), Polizeikommissar v. Rauberode und Polizeiwachmeister Dornner aus Berlin anwesend, ebenso der Polizeikommissar Köhlig aus Aachen. Letztere drei Beamte waren am Bahnhof, als Peukert und Reuh aus London anlangen. Beide fuhren nach dem Hotel de Vienne; am Abend (oder am Morgen?) empfing Reuh die Herren Kräger und Rauberode in diesem Hotel de Vienne. Nachdem Peukert am nächsten Morgen seinen Begleiter Reuh mehrere Stunden allein gelassen hatte, fuhr er mit Reuh nach Lüttich, im gleichen Zuge befanden sich Rauberode, Köhlig und Dornner! Peukert ging dann allein zu Rebe und lehrte mit Rebe an den Bahnhof zurück; doch lehnte dieser eine Besprechung mit Reuh ab, weil er mit diesem charakterlosen Durcheinander zu tun haben wollte.

Dies der Inhalt des Artikels im „Sozialdemokrat“.

Zwei Monate später war Rebe, wie gesagt, der preussischen Polizei durch die belgische in die Hände geliefert worden. Vom 8. bis 10. Oktober 1887 stand er vor dem Reichsgericht und wurde wegen Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Gotteslästerung — als Verbreiter der „Autonomie“, „Freiheit“ usw. wurde er für deren Inhalt verantwortlich gemacht — zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt; der Staatsanwalt hatte nur 10 Jahre beantragt. Das Gericht unter dem Vorsteher des bekannten Dreymann ging um die Hälfte darüber hinaus.

Der Artikel schlug natürlich wie eine Bombe ein. Mit keinem Worte hatte der „Sozialdemokrat“ gegen Peukert die Beschuldigung erhoben, daß er ein Spitzel sei — er hatte nur den nackten Tatbestand mitgeteilt. Und Peukert selber konnte von den Tatsachen in der Hauptsache nichts abstreiten; der eine oder andere nebensächliche Begleitumstand konnte etwas anders sein, als der „Sozialdemokrat“ geschildert hatte — die Tatsachen selber waren nicht zu bestreiten.

Peukert schäumte natürlich; er fühlte sehr wohl, wie die Tatsachen geeignet waren, ihn zu erdrücken; mit Ausnahme der engsten persönlichen Freunde verließen ihn seine eigenen Genossen, andere wie Dabé und Köhlig beschuldigten ihn ganz offen des Verrats. Seine Versuche, die Quellen des „Sozialdemokrat“ zu verdächtigen: der Gewährsmann sei der Polizeispitzel Trautner*, Bernstein habe Trautner für sein Material 1000 M. geboten usw. — schlugen völlig fehl gegenüber der Wucht der Tatsache, daß er mit dem von ihm selber als höchst vertrauenswürdig und spitzelverdächtig bezeichneten Theodor Reuh zu Rebe gegangen sei, dessen Aufenthaltsort der Polizei unter allen Umständen unbekannt bleiben sollte. Und als Briefe von Rebe den Inhalt des „Sozialdemokrat“-Artikels bestätigten und weiter bestätigten, daß Rebe selber schrieb, daß am Bahnhof Polizisten zugegen gewesen seien, da halfen alle Peukertischen Entschuldigungs- und Erklärungsgründe nichts mehr.

Am 14. Januar 1887 schrieb Rebe an Dabé: „Der lange Josef (Peukert) kam nicht allein, sondern der elendige Reuh war bei ihm. Wie ich mit dem Kerl verfahren bin, kannst Du Dir denken; ich sagte ihm wörtlich folgendes: Für mich bist Du ein charakterloser Mensch und ein Vagabund, und wenn Du gekommen bist, um im Krüben zu fischen, tuß Du besser, so schnell wie möglich Dein Retourbillet zu lösen.“ (Köhl eine Schilderung der Warnung, die Genosse Verbrand aus Brüssel an Rebe hatte gelangen lassen, er soll nicht nach Deutschland reisen.)

Ich reiste natürlich nicht und lehrte unbeanstandet hierher zurück. Wie ich am Montag morgen zur Arbeit ging, war mein Logis mit Polizei besetzt, jetzt weiß ich, daß die schon die ganze Nacht dort Posten gestanden und bis jetzt noch dort sind. In dem Augenblick, wo ich dies schreibe, fehlt mir noch jeder Anhaltspunkt, nur weiß ich, daß auch in Brüssel die Nordstation überwacht ist. Du kannst Dir denken, daß mir allerlei Gedanken durch den Kopf schwirren, und werde mein Möglichstes tun, um mir Auskunft zu verschaffen; suche Du doch ja zu erfahren, ob Peukert und Reuh am Dienstag wieder in London waren, d. h. letzten Dienstag vor acht Tagen (4. Januar). . .“

*) Uebrigens war Trautner gar nicht der Gewährsmann des „Sozialdemokrat“ und Bernstein kam nie in die Verlegenheit, Trautner 1000 M. auch nur anzubieten.

Am 26. Januar 1887 schrieb Rebe wieder an Dabé: „... auch hatte ich keine Zeit, weil das Rendezvous auf der Station stattfand, wo vier Polizisten anwesend waren, die uns beobachteten, und ich infolge dessen, nachdem ich ihm (Reuh) meinen Standpunkt klar gemacht hatte, schleunigst meiner Wege ging.“

Aber auch ein Brief Neves an Peukert selber, der wenige Tage nach dem verhängnisvollen Besuche Peukert-Reuh in London eintraf, spricht deutlich, wenn man sich den Jwed vor Augen führt, den die Polizei mit diesem Besuche beabsichtigte: Für sie handelte es sich darum, Rebe ihren Spürhunden vorzuführen zu lassen; zu erfahren, wie sieht er aus, wo wohnt er, wo arbeitet er? Hatte sie das erfahren, so konnte sie das Freiwillig so umstellen, daß es keine Möglichkeit des Entweichens mehr gab. Und mit dem Gelde der preussischen Polizei konnten Lütticher Polizeibeamte zur Unterstützung herangezogen werden — und schließlich wurde unter dem Vorgeben, es handle sich um einen untertandlosen Ausländer, Rebe tatsächlich von der belgischen Polizei per Schub an die Grenze gebracht, wo ihn eben Herr Köhlig, dem er am Lütticher Bahnhof vorgeführt worden war, schamlos in Empfang nahm.

Dieser Brief Neves an Peukert lautet: „Daß Du dem Reuh etwas gesagt? Euer Besuch hat üble Folgen gehabt. Am Morgen nach Eurer Abreise wurde ich morgens ganz früh von der Polizei im Bette überfallen, welche angeblich kam, um einen anderen, dessen Vorname sie zeigten, bei mir zu suchen. Sie fand diesen (mir ganz Unbekannten) natürlich nicht, wollte diesen überhaupt nicht finden und kennenerkennen; man suchte dergleichen Paul, fand Peter, den man tatsächlich wollte.“

Und — das ist sehr bezeichnend — diesen Brief las Peukert in einer Vermählung des Klubs Autonomie zwar vor, als aber später ein Mitglied einer eingetragenen Untersuchungskommission den Brief zweimal zur Vorlage an die Kommission einforderte, verweigerte Peukert die Auslieferung; es hätte keinen Zweck, die Kommission wolle erst durch Fragen Material gegen ihn erlangen.

Als Rebe schon im Zuchthaus saß, schrieb er am 16. Oktober 1887 in einem Briefe:

„Ferner habe ich noch eine Pflicht zu erfüllen. Als Madame Arch (Dabé) mich in Lüttich besuchte, sagte sie mir, daß man der Künkertruppe, die für wohltätige Zwecke so viel geleistet hat, eine öffentliche, dankbare Anerkennung veranstalten wolle. Ich dies noch nicht gesch ehen, so tut dasselbe auch in meinem Namen, da speziel der Dirigent, den ich, wie Du weißt, persönlich kenne, es schärflich verdient hat.“

Und in einem zweiten Briefe aus dem Zuchthaus zu Halle schrieb Rebe im Januar 1888:

„Daß nun aus dem Solo ein Trio geworden ist, hat mich viel mehr gefreut wie überrascht, möchte doch diese liebliche Symphonie mit Variationen für die freundlichen Darsteller an alle Orten eine Wiederholung finden, wo die Gemüter in Verwirrung geraten, damit die Lust zum Schaffen neues Leben erhält.“

Der Berliner „Sozialist“, dem damals Herr Landauer sehr nahe oder besser, mit dem Herr Landauer damals in enger Beziehung stand, schrieb zu diesen Briefen in der Nr. 1 vom 2. Januar in dem Gedächtnisartikel auf den verstorbenen Rebe:

hat. Die Zweite Kammer aber wies diese Teilerledigung zurück und verlangt von der Ersten Kammer Stellungnahme zum Gesamtentwurf und einen schriftlichen Bericht hierüber. Da die Vollvertretung materiell auf ihren Beschlüssen beharrt, so hat die Regierung nur noch eine kurze Frist zur Überlegung, ob sie die gesamte Besoldungsvorlage scheitern lassen will, um damit selbst in die Verfestung zu verschwinden.

In der Ersten Kammer fielen am Freitag von den erlauteten Herren auch bittere Worte gegen die Lehrer. Besonders der katholische Lehrerverein wurde scharf getadelt, weil er den Vertreter des Rinziger Bischofs in der Ersten Kammer, Domkapitular Dr. Wendig, aus dem Verein ausgeschlossen hat.

Wie aus Darmstadt gemeldet wird, kam die Erste Kammer in der gestrigen Vormittagssitzung zu einem Vergleichsvorschlag betreffend Höchstgehälter der Volksschullehrer. Die Zweite Kammer hat dazu noch keine Stellung genommen.

Abends hielt die Erste Kammer eine weitere Sitzung ab, in der sie eine Resolution annahm des Inhalts, daß sie ein Entgegenkommen nicht aus sachlichen Gründen beweise, vielmehr lediglich in der Hoffnung auf eine Verständigung in der Lehrerbefordervorlage. Die Erste Kammer behält sich also für den Fall eines Scheiterns der Befordervorlage bezüglich der Befoldung und Bezüge der Beamten und Lehrer für die Zeit vom 1. April 1914 ab ihre Stellungnahme vor.

Zunckerpolitik und Landflucht.

Die Zuncker sind die treuesten Stützen der Nation; würden sie nicht da sein, der Staat wäre längst zusammengebrochen. So wird seit Jahren in konservativen Versammlungen und Zeitungen erzählt, und die Agrarier sind sehr stolz auf ihre Mission als „Retter des Vaterlandes“. Jetzt weist kein Eringerer als der kommandierende General des ersten Armeekorps nach, daß die Agrarier durch ihre Politik das „Vaterland“ in die schwerste Gefahr gebracht haben. Es handelt sich um die Bekämpfung der Landflucht. Im wesentlichen ist sie auf die überaus niedrige Bezahlung, unmenslich lange Arbeitszeit, schlechten Wohnungen und besonders auf die ungünstige rechtliche Stellung der Landarbeiter zurückzuführen.

Der kommandierende General des ersten Armeekorps hat nun eine Verfügung zur Bekämpfung der Deutenot erlassen, in der es heißt:

„Die von Jahr zu Jahr härter werdende Abwanderung der ländlichen Bevölkerung Ostpreußens nach den Großstädten und Industriegebieten des Westens schädigt nicht nur das wirtschaftliche Leben der Provinz auf das empfindlichste, sondern erschwert auch die Mobilmachung des Armeekorps und wird so zu einer nationalen Gefahr, der entgegenzuarbeiten eine Pflicht der militärischen Vorgesetzten aller Grade ist.“

Der kommandierende General bestimmt deshalb, daß der ostpreussische Arbeitsnachweisverband mit allen zulässigen Mitteln zu unterstützen ist, und er erwartet, die Kommandeure werden darüber wachen, daß den Anforderungen des Verbandes mit allen Mitteln, soweit es nur tunlich ist, nachgekommen wird.

Nicht nur die Zuncker, sondern die militärischen Kommandostellen in Ostpreußen selbst haben dazu beigetragen, daß die Abwanderung vom Osten immer größer geworden ist; denn zur Erntezeit ist den Agrariern Jahr für Jahr Militärlia in großer Zahl zur Erledigung der Erntearbeiten zur Verfügung gestellt worden, sobald sich die Agrarier keine großen Sorgen um die Beschaffung von Arbeitskräften zu machen hätten. Sie brauchten auch auf die Arbeiter keine Rücksicht zu nehmen, da sie ja Soldaten als Landarbeiter erstellten.

Sollen die Landarbeiterverhältnisse einigermaßen gesund, so ist erste Forderung, daß das Militär nicht zu den Erntearbeiten kommandiert werden darf.

Der Einbruch ins Ovamboland.

Die Kolonialverwaltung hat dem Reichstag einen Nachtrag und einen Ergänzungsetat zugehen lassen. In der Haupt-

sache handelt es sich um Eisenbahnausbau. In Südwestafrika soll mit einem Aufwand von 18 Millionen Mark eine Eisenbahn nach dem Emboland gebaut werden. Dieser Bau wird wie folgt begründet:

Die Dringlichkeit des Bahnausbaus liegt größtenteils in der Arbeiterfrage. Abgesehen von dem kleinen Gebiete des Embolandes beträgt die farbige Bevölkerung des Schutzgebietes auf einer Fläche von dem anderthalbfachen Umfang des Deutschen Reichs kaum 100 000 Köpfe. Aus dieser kleinen Zahl stammen die Arbeitskräfte, auf die der Weiz bei der Bewirtschaftung des Landes angewiesen ist. Daß ein so geringer Arbeiterbestand auf die rasch steigende wirtschaftliche Entwicklung hemmend wirkt, liegt auf der Hand. Man hat daher, namentlich für Bahnausbau und für die Diamantfelder, Eingeborene aus anderen Kolonien, besonders aus Britisch-Südafrika, herangezogen, doch verteuern die für die Hin- und Herreise der Leute entstehenden Kosten bei dem meist nur kurzfristigen Arbeitsverträgen, die Löhne so bedeutend (die jetzt im Diamantgebiete Beschäftigten Kapjungen erhalten dreimal so viel Lohn wie die Ovambo) und die Gewähr für regelmäßigen Arbeiterzugang ist so gering, daß das wirtschaftliche Erwerbaleben empfindlich darunter leidet. Ein weiterer Nachteil ist, daß die Löhne größtenteils ins Ausland wandern, statt im Schutzgebiete zu verbleiben.

Der ausgesprochene Zweck ist also der, billige Arbeitskräfte zu beschaffen, weil die Arbeiter aus den britischen Gebieten zu teuer sind und wohl auch anständiger behandelt werden müssen. Das beste Kapital, das in Südwestafrika vorhanden war, waren die arbeitsfähigen Menschen, die man in dem glorreichen Feldzug gegen die Herero bis auf einen verhältnismäßig kleinen Rest ausgerottet hat. Und nun fehlt es derart an Arbeitskräften, daß extra eine Bahn gebaut werden muß, um sie heranzuholen. Daneben hat die Bahn auch noch einen hervorragenden militärischen Zweck. Die Ovambostämme liegen zum Teil auf portugiesischem Gebiet. Die beschaffte Masse, oder auch Zwangsrekrutierung von Arbeitern birgt die Gefahr von Verwicklungen in sich. Daher soll die Bahn auch einen möglichst schnellen Truppentransport in dem Gebiet ermöglichen.

Ein Schlag gegen die Konsumvereine Württembergs.

Eine Erbschaftsteuer gegen die Konsumvereine Württembergs ist beabsichtigt. Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer stimmte mit 8 gegen 7 Stimmen einem Antrag zu, wonach auch der statutenmäßig festgesetzte Rabatt gleich den Dividenden zur Steuer herangezogen werden soll. Dabei sind die württembergischen Konsumvereine zurzeit schon steuerlich hart angelegt. Die zehn größten Konsumvereine erzielten im Jahre 1912 bei einem Umsatz von rund 18 Millionen Mark einen Reingewinn von 543 084 M.; die steuerliche Belastung stellte sich auf 801 272 M., das sind 55,4 Proz. des Reingewinns. Der Stuttgarter Konsumverein, der größte des Landes, hatte bei einem Umsatz von 9 Millionen Mark und 292 471 M. Reingewinn nicht weniger als 109 509 M. Steuern zu zahlen. Wird diese Steuerlast noch erhöht, so ist die fernere Existenz der Konsumvereine sehr in Frage gestellt.

Oesterreich.

Eine christlichsoziale Wahlreform.

In Niederösterreich ändern jetzt die Christlichsozialen das Gemeindegewahlrecht, indem sie den Zensus für die Privilegienwahlkörper erhöhen und den Proporz in denjenigen Gemeinden einführen, wo sie dadurch eine nicht-meritokratische Mehrheit besitzenden können!

Belgien.

Der Wahlkampf.

Man schreibt uns aus Brüssel: Seit dem Generalausbruch sind nun gut zehn Monate verstrichen. Die Frucht des Kampfes war bekanntlich jene sogenannte Kommission der XXXI, die Gelehrte und Parlamentarier unsah und zu dem Zweck ernannt wurde, das Wahlrechtproblem zu studieren und die Resultate und Vorschläge dem Parlament zu unterbreiten. Derartige Kommissionen „studieren“ bekanntlich sehr gründlich und unständig und die belgische macht davon keine Ausnahme. Vorkläufig läßt man die Gelehrten, denen zuerst das Wort gegeben wurde, zanken und streiten, aber aus den widersprechenden Ideen, Theorien,

Man wird zugehen, dazu gehört ein starker Glaube, fast so stark wie der Glaube, der Berge versetzen kann!

Und dann noch ein: In den ganzen belgischen „Erinnerungen“ ist nicht ein Wort davon enthalten, daß wenige Monate später dieser Theodor Neuf vom „Sozialdemokrat“ neben Oberwinder, Sachs, Heinrich, Haupt, Schröder Trautner, Romme usw. als bezahlter Agent der Polizei emporzu treten ist — mit monatlich 450 M. bezahlt — also kein Gelegenheitsspiegel.

Warum verschweigt „Ehrenmann“ Neufert diese Tatsache, die niemals bestritten wurde? Wer ohne Kenntnis dieser Tatsache das Buch „Erinnerungen“ aus der Hand legt, muß der Überzeugung sein, daß nicht bloß Neufert, sondern auch dem Spiegel Neuf bitteres Unrecht geschehen sei!

Diese Tatsache wurde nie bestritten, weil sie nicht bestritten werden konnte. Heute, wo die Genossen tot sind, welche die Verbindungen mit der „Eisernen Maske“ gepflogen haben, kann der Schleiher wenigstens so weit gelüftet werden, daß man sagt: Was die „Eiserne Maske“ mitgeteilt hat, steht dokumentarisch fest. Sie berichtet nicht vom Hörensagen, sondern sie sah an der Quelle, sie erlebte die Dinge, die sie der Partei mitteilte!

Warum verschweigt also Neufert diese Tatsache? Wenn er damals in seinem blinden Hass gegen Dabé wirklich einen Augenblick an Neuf's Ehrlichkeit geglaubt hätte — aber er durfte nach allem, was er von Neuf wußte, nicht an diese Ehrlichkeit glauben und auf keinen Fall durfte er Neve zum Prüffstein dieses leichtfertigen Glaubens machen —, so wäre er ein Opfer seiner Leichtfertigkeit geworden. Aber wie konnte Neufert, wenn er ein Opfer seiner Leichtfertigkeit geworden wäre, jetzt einfach den Stiel umdrehen und gegen Dabé dieselbe Beschuldigung erheben, gegen die er sich so verzweifelt wehrte? Und Neufert bringt nicht die Spur eines Beweises für diese ungeheuerliche Beschuldigung, er macht nicht einmal den Versuch dazu!

Heute, nach 30 Jahren, wo alle die Dinge ruhig, leidenschaftslos beurteilt werden sollen, können auch wir sagen: ein zwin-gender Beweis, daß Neufert in den Diensten der Polizei gestanden hat, ist nicht erbracht worden, ebensowenig ein Beweis, daß Neufert mit Wissen oder Bewußtsein den armen Neve aus Keller geliefert hat. Aber Dabé behauptet heute noch, er habe die Beweise dafür in Händen, daß Neufert im Dienste der Polizei gestanden habe.

Sei dem nun, wie ihm wolle: Neufert trifft die schwere Schuld: in leichtfertigster Weise hat er den Spiegel Neuf zu Neve geführt — ohne diese Leichtfertigkeit wäre Neve damals der Polizei nicht zum Opfer gefallen.

Von dieser Schuld kann ihn niemand freisprechen! Und von dieser Schuld konnte er sich auch in seinen „Erinnerungen“ nicht reinwaschen!

Neufert hat diese Schuld schwer büßen müssen; beladen mit dem Verdachte, der Verräter seines Freundes gewesen zu sein, mußte er aus der Arbeiterbewegung verdrängt werden; ein Vergessener, ein Verachteter mußte er unter diesem Verdacht sterben!

Aber wenn Neufert auch nicht im Dienste der Polizei stand, ist sein Schlußkonto an der Arbeiterbewegung so groß, daß ihm gegenüber das verlogene Wort nicht gelten darf: De mortuis nil nisi bene!

Man darf auch von den Toten nichts Gutes reden, wenn sie nicht gut waren!

Richard Fischer.

Richtungen will sich allem Anschein nach lange keine höhere formale Formel herausbilden. Die Herren haben Geduld und Offenbar Zeit. Das Land muß ruhig sein, erklärte seinerzeit Herr v. Proqueville, wenn die Regierung sich mit dem Wahlrechtproblem befassen soll. Aber wie es scheint, ist die Ruhe noch weniger ein förderliches Moment als die Unruhe.

Das Wahlrechtskomitee der Gesamtpartei hat sich deshalb kürzlich versammelt, um sich seinerseits mit den Arbeiten der offiziellen Wahlrechtskommission zu beschäftigen. Vandevelde, bekanntlich Mitglied dieser Kommission, berichtete über den Stand der Arbeiten, die bisher noch tief in der theoretischen Diskussion hängen. Es gäbe dort drei Richtungen: eine für die Interessenvertretung, die zweite für den Status quo und die dritte für irgendeine Formel des gleichen politischen Rechtes. — Die Majorität scheint immerhin für die Abschaffung des Pluralsystems zu sein. Die sozialistischen Mitglieder haben die Kommission allenfalls wissen lassen, daß sie nicht willens sind, in der Körperlichkeit zu verbleiben, wenn sie ihre Aufgaben auf die lange Bank schieben sollte.

Mit Rücksicht auf diesen Stand der Dinge, sagt Vandevelde, muß die Partei ihre Wahlrechtspropaganda noch verstärken und den Kampf solchermaßen organisieren, daß die Wahlen von 1916 nicht mehr auf Grund des Pluralsystems stattfinden können.

Ueber die Organisation der Petition für das gleiche Wahlrecht berichtete der Parteisekretär Vandevelde in diesem unter anderem, daß sich 380 Komitees mit den Arbeiten der Petitionsbewegung beschäftigen. Er schätzt die Zahl der bisher gesammelten Unterschriften auf circa 100 000 und hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Ziffer 1 000 000 erreicht. Auch die Frauen beteiligten sich an den Unterschriften. In einem Ort, in Moudron, kommen von den 5020 gesammelten Unterschriften 1775 auf Frauen.

Spanien.

Gegen den Krieg.

Madrid, 28. Februar. Die Mitglieder der republikanischen sozialistischen Vereinigung haben beschlossen, in den Cortes Obstruktion zu machen, solange der Krieg in Marokko dauere.

Rußland.

Die Gefängnisgrenel.

Petersburg, 28. Februar. In Saratow fand ein Gerichtsprozess gegen 47 zur Zwangsarbeit verurteilte Sträflinge statt, weil sie im Gefängnis einen Fluchtversuch unternommen hatten. Die Sträflinge sagten aus, daß sie den Fluchtversuch unternommen wollten, um entweder zu entkommen oder unterwegs erschossen zu werden, damit sie den entscheidenden Zuständen im Gefängnis entgingen. Man hat die Zellen mit Gefangenen überfüllt, so daß für sie die Luft kaum atembare ist. Von der spärlichen Nahrung ist niemand satt geworden. Neunzig Prozent der Gefangenen sind an der Schwindsucht gestorben.

Das Gericht sprach sämtlichen Angeklagte frei!

China.

Der „weiße Wolf“.

London, 28. Februar. Die „Times“ melden aus Peking vom 27. Februar: Nach amtlichen Telegrammen sind die „Weißen Wölfe“ an der Grenze von Honan und Anhui gründlich geslagen worden. Die Banden, deren Stellungen durch Flugzeuge festgestellt worden waren, wurden angegriffen und auseinandergepresst. In zwei Gefechten sollen 4000 Mann getötet worden sein; die Zahl ist vielleicht stark übertrieben, jedenfalls waren aber 40 000 Mann Regierungstruppen an der Unternehmung beteiligt.

Südafrika.

Neue Ausnahme-gesetze.

Kapstadt, 27. Februar. Die Bill zur Erhaltung des Landfriedens, eine Novelle zu dem Gesetze über außerordentliche Versammlungen und deren Auflösung und zugleich eine Novelle zum Strafgesetzbuch, ist im Unterhause eingebracht worden. Die Vorlage gibt der Regierung weitgehende Nachbefugnisse zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Polizei wird ermächtigt, jeden, der des Hochverrats oder der Aufreizung dazu verdächtig ist, ohne Haftbefehl zu verhaften. Die Vorlage enthält Maßnahmen über den Schutz von Arbeitern gegen Einschüchterungen und Bestimmungen über die Verhaftung von Personen im öffentlichen Dienste für Vertragsbruch, durch den die öffentliche Sicherheit gefährdet wird. Sie ermächtigt die Regierung, aufrührerische Zusammenrottungen zu verbieten, und gibt ihr das Recht, Personen, die wegen Aufruhrs oder Aufreizung dazu verurteilt worden sind, auszuweisen, wenn sie keine geborenen Südafrikaner sind.

Letzte Nachrichten.

Streik in der Solinger Waffenindustrie.

Solingen, 28. Februar. (W. A. B.) Die gestrige Versammlung der Waffenarbeiter des Industriearbeiterverbandes, an der auch interessierte Mitglieder des Metallarbeiterverbandes teilnahmen, hat beschlossen, über die Waffenfabrik C. Eichhorn die Sperrung zu verhängen, weil die Fabrik Waffenteile von auswärtig bezieht. Der Arbeitgeberverband der Solinger Waffenindustrie hat den Arbeitern eine Frist bis Dienstagmorgen 10 Uhr gestellt, bis zu der sie auf den Streik verzichten sollen, widrigenfalls sämtliche Arbeiter der Solinger Waffenindustrie, insgesamt gegen 1000, gesperrt werden sollen.

Italienische Rüstungskorruption.

Rom, 28. Februar. (S. A.) Es verlautet hier, daß ein neuer Lieferungsandal bei den Lieferungen nach der Grenais bekannt geworden ist. Ein Teil der Lieferungen soll dem Marineministerium minderwertige Waren geliefert und außerdem auch noch unüblich hohe Preise dafür abgefordert haben. Auch ein ehemaliger Major des italienischen Heeres soll in den Skandal verwickelt sein.

Die Wahlen zur türkischen Kammer.

Konstantinopel, 28. Februar. (W. A. B.) Heute fanden hier die Kammerwahlen statt. Die Liste der elf Komiteekandidaten vereinigte beinahe sämtliche Stimmen der 453 Wähler auf sich, die unabhängigen Kandidaten erhielten nur 6 bis 8 Stimmen. Was jetzt sind 53 Abgeordnete gewählt, sämtlich Anhänger des Komitees. Der gewesene Minister Dschavid wurde in den Dardanelles und der Unterrichtsminister Schükrü Meh in Kastamonu gewählt. Man erwartet, daß bis Mitte März die Mehrzahl der Abgeordneten gewählt sein wird. Die Eröffnung des Parlaments wird für Anfang April erwartet.

Sonnabend den 7. März

eröffnen wir die bedeutend vergrößerten Verkaufsräume unseres Geschäftes

Chausseestraße 113

Gleichzeitig damit eröffnen wir die Frühjahrs-Saison 1914 mit einem gigantischen Aufgebot moderner Konfektion zu unseren nun schon bekannt niedrigen Preisen, und unsere gewaltigen Schaufenster werden an diesem Tage mit ihren neuen Dekorationen eine interessante Sehenswürdigkeit bilden.

Wir rechnen auf Ihren Besuch!

C & A

BRENNINKMEYER GMBH



Das elegante Kostüm aus „Baumrindensstoff“. Die Besonderheiten der herrschenden Mode sind hier in besonders geschmackvoller und ergiebiger Weise zur Anwendung gelangt

48.50

Was jetzt verlangt wird!

Mochelegant im Sitz u. Schnitt. In Blau u. farbig mit dem mod. Tunique-Rock m. apart. Gürtelgarnierung
55.50

lose Blusenfassung, guter blauer und farbiger Cotiléstoff mit Seidenkragen und seidenen Quasten
34.50

Vornehm wirkendes Straßenkostüm a. sehr gut blau Kammgarn m. reicher Stoffrollengarnierung mit Zierknöpf.
23.25

Selbste Kindermäntel in schönen Farben, reizend garniert, sehr praktisch in allen Preislagen

Sonntags geschlossen!

Königstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Beim Stottiner Bahnhof

Gewerkschaftliches.

Die Bergarbeiterpensionen in Frankreich.

Paris, 26. Februar. (Eig. Ber.)

Die Deputiertenkammer hat gestern die vom Senat zurückgelagerte Vorlage über die Alterspensionen der Bergarbeiter angenommen.

Das Gesetz stellt unstreitig einen sehr ansehnlichen Fortschritt in der französischen Arbeiterschutzeschgebung dar. Sicherlich hat es noch bedeutende Mängel — das hohe, von den wenigsten Bergarbeitern erreichte Bezugsalter von 55 Jahren, die Ausschließung der Erz- und Schieferbrucharbeiter, das Fehlen eines bestimmten Rentenjahres. Indes hat der Arbeitsminister Requin, ein „unabhängiger Sozialist“, der aus seiner, in den Reihen der sozialistischen Partei verbreiteten Jugend wenigstens das Verständnis und den Eifer für Sozialpolitik in seinen staatsmännischen Aufstieg hinübergerettet hat, in bezug auf die künftige Gleichstellung der ausgeschlossenen im Namen der Regierung eine feierliche Zusage gemacht. Und was die Höhe der Rente anlangt, so hat der Minister erklärt, daß im Fall, daß die Rente die vorgezeichnete Höhe von 730 Frank für die Vergleute und 365 Frank für die Witwen nicht erreichen könnte, die Regierung die notwendige Aufwendung beantragen würde.

Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes sind: Binnen 6 Monaten ist eine autonome Altersversicherungskasse für die Vergleute zu errichten, die als juristische Person anerkannt wird. Die in Frankreich in Bergwerken arbeitenden Ausländer sind dem Gesetz unterstellt, genießen jedoch die Zuschüsse des Staates wie die der Klasse nur im Falle eines Gegenseitigkeitsvertrages. Die Verwaltung der Kasse wird einem Vorstand übergeben, der aus je sechs Vertretern der Arbeiter, der Unternehmer und des Staates besteht. Die Kasse schuldet die dem bisherigen Gesetz von 1894 entsprechenden Renten, gemäß den von ihr von Seiten der bestehenden Klassen erhaltenen Beiträgen. Sie bezieht weiter, zum Zweck einer für die Renten bestimmten Kapitalsbildung, Beiträge in der Höhe von 4 Proz. des Lohnes, die zu gleichen Teilen von den Unternehmern und den Arbeitern zu tragen sind. Der Bezug der vollen Pensionen beginnt mit 55 Jahren, nach 30 Jahren Arbeit in französischen Bergwerken. Im Falle vollständiger Invalidität ist eine frühere Liquidation der Rente gestattet. Der Staat gibt jedem 55jährigen Bergmann französischer Nationalität nach 30 Jahren Arbeit (d. h. nicht nur Arbeit in Bergwerken) einen jährlichen Zuschuß von 100 Frank. Für die Vergleute, ihre Witwen und Kinder sind weiter die Uebergangsbestimmungen des allgemeinen Altersversicherungsgesetzes gültig. Die Versicherungskasse verfügt über einen Spezialfonds, der folgendermaßen gespeist wird: 1. durch vom Verwaltungsrat der Kasse zu bemessende Arbeiter- und Unternehmerbeiträge im Höchstbetrage von je 1 Proz. des Lohnes; 2. durch einen alljährlich im Finanzgesetz zu bestimmenden Beitrag, der nicht unter 2 Millionen Frank betragen darf; 3. durch Spenden und Vermächtnisse. Dieser Spezialfonds dient, außer für die Verwaltungsausgaben, zur Erhöhung der Pensionen bis 730 Frank jährlich, im Verhältnis zur Lohnhöhe, die auf Grund der sechs besten Jahre berechnet wird. Weiter zur Erhöhung der Witwenpensionen bis 365 Frank, für Zuwendungen an alte, vor der Anwendung des Gesetzes von der Arbeit

zurückgetretene, nicht pensionsberechtigten Vergleute, die 30 Arbeitsjahre, davon 15 in Bergwerken, zählen, und für deren Witwen; endlich für Zuwendungen an Bergmannswaisen. Unternehmer, die durch einen Kollektivvertrag ihren Arbeitern und deren Witwen die vollen Zuschüsse und Zuwendungen wie der Spezialfonds bis zu 730 Frank bzw. 375 Frank jährlich sichern, sind mit ihren Arbeitern von der Beitragspflicht für den Spezialfonds entbunden, sofern ihre Leistungen nicht geringer sind als das eine Prozent, von dem sie befreit sind. (Dies ist der vielumstrittene Artikel 11 des Gesetzes.)

Schon in dieser Zusammenfassung ist die außerordentliche Kompliziertheit des Gesetzes sichtbar. Sie wird noch durch das Weiterbestehen der Unternehmer- und Liquidationskassen sowie der auf Grund des Gesetzes von 1894 bestehenden nationalen Altersversicherungskasse vergrößert. Diese Unübersichtlichkeit hat sicher zur Erregung beigetragen, die den Streik in Mittel- und Südfrankreich hervorgerufen hat. Tatsächlich läßt sich nicht einmal die Höhe der derzeit möglichen Pensionen annähernd abschätzen. Der Berichterstatter der Kammer spricht von 600 Frank, der des Senats hält die vorhandenen Mittel für genügend, um 720 Frank zu bezahlen. Ganz ungefähr läßt nachfolgende Berechnung die Wirkung des Gesetzes vermuten. Die 100 Frank-Zuschüsse des Staates, die 2 Millionen Frank, die der Staat dem Spezialfonds zuwendet, und die 6 Millionen Frank, die sich aus dem von Arbeitern und Unternehmern bezahlten 1 Proz. des Lohnes zusammensetzen, ergeben jährlich etwa 8 600 000 Frank. Es gibt derzeit etwa 15 000 pensionierte Arbeiter, die bisher umgekehrt 8 1/2 Millionen Frank jährlich bezogen. Die verfügbare Summe ist also verdoppelt. Der Durchschnitt der Pensionen betrug bisher etwas über 400 Frank. Da aber eine unbekannte Zahl von Witwen, Waisen und alten Arbeitern Zuwendungen aus dem Spezialfonds erhalten wird, ist es durchaus unsicher, ob 730 Frank für die 55jährigen Vergleute übrig bleiben.

Indes der erreichte Fortschritt ist bedeutend und mit Genehmigung dürfen die Sozialisten ihres Anteils am vollendeten Gesetzeswerk gedenken. Es ist namentlich Genosse Albert Thomas, der einen großen Teil der schwierigen Detailarbeit geleistet und die zögernden Bürgerlichen vorwärtsgetrieben hat. In der Schlussberatung hat Laurès in entscheidender Weise eingegriffen und namentlich die Demagogie des Aristokraten Monarchisten Rameil zurückgewiesen, der, um bei seinen Bergarbeiterwählern Wohlgefallen zu erlangen, einen in der Erfüllung der Arbeiterforderungen weitergehenden Text vorschlug, dessen Annahme aber die Zurückleitung des Gesetzes an den Senat und zweifellos seine Nichterledigung in dieser Gesetzesperiode zur Folge gehabt hätte. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Meinungsverschiedenheiten über den Artikel 11 in der Debatte zu unersprechlichen Reibungen besonders zwischen Genossen Thomas und dem Bergarbeiterdeputierten Goniatz führten. Tatsächlich sind die Schwierigkeiten, die sich aus diesem Artikel für die Gemeinsamkeit der Bergarbeiterschaft ergeben, nicht so groß, als daß nicht ein guter Wille auf beiden Seiten bald darüber hinwegkommen könnte. Erlangen die aus dem Spezialfonds bedachten Vergleute Renten in derselben Höhe wie die durch Kollektivvertrag mit den Unternehmern auch in der Beitragspflicht günstiger gestellten Vergleute des Pas de Calais und Nord, wird sich wohl auch für den Anschluß der letzteren an die autonome Kasse, der zweifellos von großer moralischer Bedeutung für die Bergarbeiterschaft wäre, un schwer ein Weg finden lassen.

Allerdings — am guten Willen fehlt es heute noch auf beiden Seiten. Das zeigt auch der heutige Artikel der „Bataille Syndicaliste“ über die gestrige Sitzung. Es ist wahr — die Sozialisten haben gestern für das Gesetz gestimmt, gegen das sich der jetzige Streik richtet. Die „Bataille“ erhebt sich zu sagen, sie hätten das „aus elenden Wahrlüchtern“ getan und damit ihre Annahme, die Verteidiger des Proletariats zu sein, selbst zu nichte gemacht. Tatsächlich war das Verhalten der Sozialisten in der Kammer gerade das Gegenteil von politischer Profitmacherei. Sie hätten sich sogar, da die Annahme des Gesetzes gesichert war — sie ist einstimmig erfolgt — den Luxus leisten können, bei der Abstimmung dagegen zu sein oder sich zu enthalten. Sie haben es aber vorgezogen, für den Anteil, den sie am Zustandekommen der Reform haben, ohne Furcht vor der, von Unklarheit und künstlich erzeugter Verwirrung nicht freien Streiterregung die Verantwortung zu übernehmen. Der Ausstand ist sicher nicht ohne Wirkung geblieben. Er hat den bürgerlichen Parlamentariern die Lust benommen, das Zustandekommen des Gesetzes weiter zu verzögern und ihm ist wohl auch die feierliche Zusage der Regierung zugunsten der Erz- und Schieferbrucharbeiter zu danken. Diese Wirkung ist nicht ohne Bedeutung — aber sie ist auch die einzige Wirkung, die der Streik unter den gegebenen Verhältnissen haben konnte. Ihn weiter fortsetzen, heißt nicht nur der Arbeiterschaft nutzlose Opfer zumuten, sondern auch den prachtvollen, einmütigen Kampfsgeist der streikenden Arbeiter für die Zukunft aufs Spiel setzen. Die „Bataille Syndicaliste“ sagt freilich, ein Streiktelegramm sei mehr wert als die ganze Rede Laurès, denn das sei „Aktion“. Hier wäre also wieder die „revolutionäre Gymnastik“ in ihrer ganzen Fivolität. Die „Aktion“, die nicht nach Sinn, Möglichkeiten und Folgen fragt.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Warmarbeiter! Die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern werden am 4. März fortgesetzt. Bis zur Beendigung der Verhandlungen wird unsererseits an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert. Sollten von einzelnen Unternehmern irgend welche Änderungen an dem bisherigen Verhältnis vorgenommen oder beabsichtigt werden, so ist hierauf sofort Meldung im Verbandsbureau zu erstatten. Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Die Differenzen in den Betrieben der freien Vereinigung der Wäscheverleiger sind durch Verhandlungen beigelegt. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Achtung, Friseurgehilfen! Tariflich geregelt sind die Betriebe bei Körner, Engelfischer 17, Braay, Reußlin, Stuttgarter Str. 9, Büchold, Ober-Schönebeide, Deulstr. 22. Für Verbandsmitglieder gepefert sind: Kahrass, Lichtberg, Friedrichstr. 78, Kausch, Reußlin, Vestingstr. 27. Die Kontrollkarte ist braun. Verband der Friseurgehilfen.

Aus dem Fleischerhandwerk. Die Fleischereizentrale Paul Köhler, Ede Reichenberger und Förster Straße, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrags für organisierte Fleischergesellen gepefert. Die Tarifkommission.

Deutsches Reich.

Albert Tobler gestorben.

Der Vorsitzende des Vaterverbandes Genosse Albert Tobler ist am Freitag im Krankenhaus in Hamburg gestorben. Für die Partei schon unter dem Sozialistengesetz tätig, hat er Zeit seines Lebens beiden großen Armeen der Arbeiterbewegung treulich gedient. Doch lag sein Tätigkeitsfeld in den letzten Jahren mehr

Sie gab uns nur die eine Lehre: Lernet ertragen, Was gottgelehrt Obriheit auch härdet auf, Aufschut wünschend auf dem Bauch vor jedem roten Kragen In Staub und Dreck — S'ist euer Jwed! — Und stammelt nicht von „Bürgerpolitik“ — ich pfeif' darauf! Nun ist sie tot. Und in den Armen liegen wieder Sie „Heilige und Ritter“. Segnend nah'n den zwei'n Die „Wassermänner“ sich und stöten laut und wieder: Ihr hohen Herrn, Wir möchten gern In eurem Bunde wiederum die Dritten sein! Du aber, deutsches Volk, wardst abermals betrogen! Wie lang' noch willst du solche „Selbstentmannung“ seh'n? Ist jede Scham, ist jede Kraft zum Jorn verflogen, Daß du dich dachst Und alles schluckst? Dann laß dein hilflos' Jammern —: dir ist recht geschick'n! G. E.

Notizen.

Theaterchronik. „Die Trenkwalder“, Karl Schönherr's neue Komödie gelangt am Theater in der Königgräber Straße am Sonnabend, den 7. März, zum ersten Male zur Aufführung.

Parfial-Vorstellungen finden im Deutschen Opernhaus am 1., 5., 8., 12., 15., 20., 22., 24., 28., 29. und 31. März statt. Die Vorstellungen vom 1., 5. und 8. März sind ausverkauft. Der Vorverkauf für die übrigen 8 Märzvorstellungen beginnt am Donnerstag, den 5. März.

Vorträge. Im Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, spricht Dienstag Prof. W. Stahlberg über die Sturmfluten an der deutschen Ostseeküste.

Kunstabend. Käthe Hyann gibt am 6. März, abends 8 Uhr, im Kunstsalon Keller u. Reiner, Potsdamer Str. 118b, einen intimen Plauder- und Viederabend.

Die totale Sonnenfinsternis, die am 21. August stattfindet, wird der preussische Staat durch Prof. Miethe auf der Insel Alßen beobachten lassen. (Die dauernde Sonnenfinsternis, die der preussische Staat veranstaltet, läßt er leider nicht beobachten.)

Haeckel lehnt den Adel ab. Ernst Haeckel hat zu seinem 80. Geburtstag aus einem Piepvogel erhalten, mit dem der erbliche Adel verbunden ist — wenn der Dekorierter einen entsprechenden Antrag stellt. Haeckel hat es aber abgelehnt, den Antrag zu stellen.

Für 400000 Mark Radium für einen Kranken. Der Tod eines Mannes wird gemeldet, zu dessen Heilung die größte bisher für einen einzigen Menschen verwendete Menge Radium angeboten wurde. Das amerikanische Kongreßmitglied Robert G. Bremner litt an Krebs in einem fortgeschrittenen Stadium, und so verfuhrte man als letztes Hilfsmittel, ihm durch Radium zu helfen. Für 100 000 Dollar, also für mehr als 400 000 Mark, wurde von der heilkräftigen Substanz gekauft, aber auch dieser große Aufwand war vergeblich.

Kleines Feuilleton.

Von unzurechnungsfähige Alter. Jener Graf und Abgeordnete, der Frau und Kesseln erschoff, ist freigesprochen worden. Niemand hat es gewundert. In gewissen Kreisen ist es nachgerade umwöhlich geworden, daß jemand für gewisse Taten bestraft würde. Eher könnte das Reichstagswahlrecht in Preußen eingeführt werden, als daß Eulenburg zu seinem Rechte käme. Eher dürfte ein Hohenzoller zu den Trappisten gehen, als daß die Reuter und Fortiner für ihre Taten verantwortlich gemacht würden. Und nun vollends die faulere und gleichsam appetitliche Art, wie jener Graf „seine“ Ehre rächtel. Sind da nicht tausend Gründe, die einen Freispruch nahelegen, weil der Mann nicht im Vollbesitze seiner Kräfte war? Erwachsene haben ja so viele Sinne, Reigungen, Leidenschaften. Sie sind Säuser, Trotzmannen, Jähzornige, Leute mit Ehrgefühl, kurz, Leute mit Milderungsgründen und Unzurechnungsfähigkeiten.

Bei Kindern fehlt das. Was haben Kinder wohl für Leidenschaften? Keine. Also können sie unbeherrzt ihre Verstandeskraft walten lassen. Können urteilen, unterscheiden, was gut und böse ist. Wehe ihnen, wenn sie Unheil anrichten! Ankenntnis des Gesetzes schützt (Kinder) nicht vor Strafe. Erwachsenen schadet, wenn die Dinge günstig liegen, auch Ankenntnis des Gesetzes nicht, gegen das sie verstoßen. Sie müssen nur unzurechnungsfähig gewesen sein oder im guten Glauben gehandelt haben.

In Elbing ist am 23. Februar von der Strafkammer ein dreizehnjähriger Schüler zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Wegen Totschlags mit Ueberlegung. Mit Ueberlegung. Wieso mit Ueberlegung? Er hatte das siebenjährige Mädchen züchtigen wollen. Mit einer Eisenstange. Dies war die Ueberlegung. Wegen Diebstahls war er (mit 13 Jahren) bereits verurteilt.

Es versteht sich, daß Paul Teglaff, 13 Jahre alt, nicht aus guter Familie kommt. Das Gefängnis ist nur für Arbeiter da, dachte man bisher. Aber nein: auch für Arbeiterkinder. Welches ist nun eigentlich das unzurechnungsfähige Alter? Die Frage ist naturgeschichtlich nicht zu beantworten. Nur strafgeschichtlich. Bei den Weisenden kann jedes Alter unzurechnungsfähig sein. Beim Proleten keines. Doch eines: das Säuglingsalter.

Eine altpreussische Sittenpolizistin. Man denke nicht, daß die Sittenpolizistin allein eine Einrichtung fortgeschrittener Länder unserer Zeit sei. Sogar vor Traugott von Jagow gab es schon intelligente Polizeieinrichtungen. In einem Buch gesammelter Berliner geführter Zeitungen aus der Zeit Friedrich Wilhelm's I. findet sich folgende Notiz: „Es ist hier ein gewisses Weib, so die dicke Schneiderin genannt wird, diese ist dazu bestellt, daß sie alles leichtfertige Gefindel aufsuchen und in gute Gewahrsam müh bringen lassen, wie ihr dann zu ihrer Securität (Sicherheit) nicht allein eine Wacht zugegeben wird, sondern sie verkleidet sich auch öfters in Manneshabit und hat sie schon innerhalb 8 Tage an die 100 Duren ins hiesige Spinnhaus geliefert. Dieses Weib ist vordem selbstig unter einer Diebeshande gewesen, und hat sie wegen vielfältig verübten Diebstahls justifiziert werden sollen, da sie aber ein cas (im Falle) sie Bardon erhalten sollte, versprochen die Stadt von allem diebischen Volke, weil sie es nun von anderen genau zu distinguieren wüßte, zu reinigen, weshalb man ihr nicht allein Bardon erteilt, sondern sie hat auch ihre

Verprechen bisher wohl gehalten, gestalt man bey weitem nicht so viel von Diebereien gehöret, als wohl vor dem, ehe sie dieses Knecht getrieben. Sie ist aber in ihren Amtsgeschäften durch beygebrachtes Gift eines plötzlichen Todes gestorben.“

Das neue Urheberrecht der bildenden Künstler. Die Fortkämpfer eines Urheberrechtes der bildenden Künstler in Frankreich haben einen bedeutungsvollen Erfolg zu verzeichnen: der den Parlamenten vorliegende Gesetzentwurf ist von der Kammerkommission der schönen Künste, der der Entwurf zur Kommissionsberatung überwiesen war, außerordentlich günstig beurteilt und zur Annahme im Plenum empfohlen worden. Das Gesetz gibt den Malern, Bildhauern und Zeichnern nach dem Vorbild der Schriftsteller und Musiker das Recht auf Lantienmen und bestimmt, daß fortan bei allen Verkäufen oder Versteigerungen von Kunstwerken an den Künstler oder — bis 50 Jahre nach dessen Tode — an die Erben Lantienmen in Form einer Steuer entrichtet werden müssen. Die Kommission schlägt für den Verkauf von Kunstgegenständen bis zum Betrage von 2000 Fr. 1 Proz. Lantienme vor; der Satz steigt mit dem Preise an und erreicht bei einem Erlöse von 50 000 Frank für ein einzelnes Werk 4 Proz. Lantienme für den Schöpfer oder dessen Erben. Welche Bedeutung diese Bestimmung trotz der verhältnismäßig geringfügigen Prozentsätze für die Künstler hat, mögen ein paar Beispiele zeigen. Wenn das Gesetz bereits im Jahre 1912 in Kraft gewesen wäre, hätte allein während dieses Jahres der greise Vegas durch den Verkauf von Werken seiner Hand rund 882 000 Fr. eingenommen, den Erben Millet's wären 17 000 Fr. zugeflossen, den Erben Corot's 71 000 und die Erben Manet's hätten immerhin rund 20 000 Fr. eingenommen. In Wirklichkeit hat natürlich die gewaltige Wertsteigerung der Kunstwerke den Schöpfern oder deren Erben nicht einen Centime eingebracht: der Gewinn verblieb ohne die geringste Kürzung dem Kunsthandel und den Sammlern.

Der korrekte Beamte. In Paris wird folgende Geschichte erzählt: Auf dem Bahnhof St. Lazare kommt ein Schmelzung an. Beim Durchgehen eines II. Klasse-Coups entdeckt ein Beamter die Leiche eines Mannes, der während der Fahrt gestorben ist. Man forschet nach der Identität, öffnet das Portemonnaie und entdeckt darin ein Fahrblatt — III. Klasse. Und der tote ist II. Klasse gefahren! Der Beamte steht erschüttert vor einem fürchterlichen Dilemma: denn einerseits will er ein Protokoll aufnehmen, andererseits aber ist der Straffällige tot! Da kommt ihm ein wahrhaft genialer Gedanke: er entnimmt dem Portemonnaie des Toten den Betrag für eine Zuschlagskarte II. Klasse, legt den Schein in das Portemonnaie, klopft es zu und geht mit dem befriedigten Gewissen eines Beamten, der selbst dem Tod gegenüber stramme Pflicht gelübt, in seine Kanzlei, wo er beruhigt seinen sauberen Bericht abfertigt. Ein richtiger Beamter läßt sich eben auch von einem Toten nicht betrügen!

Humor und Satire.

Die Sabern-Kommission t.

(Ein Nachruf.)

Günnt ihr kein lärmendes Begräbnis. Ganz im stillen Sei sie verscharrt, als wär' sie hinter'm Busch verreckt. Schon daß sie nur gelebt, stieß an. — Im Gotteswillen Seid nicht so laut — Dem „Volksmann“ graut! Drum sei mit Aktienraub sie ruhmlos zugebedt.

auf gewerkschaftlichem Gebiet. Seit 28 Jahren gehörte er der gewerkschaftlichen Organisation an; seit 1897 bekleidete er das Amt des Zentralvorsitzenden im Malerverbande. Er war einer von den stillen, ruhigen Kämpfern, der in der großen Öffentlichkeit über den Bereich seiner Berufsorganisation weniger bekannt wurde. In früheren Jahren, unter materiell eingeschränkten Verhältnissen der Organisation, war seine Tätigkeit besonders körperlich aufreibend. Jede Lohnbewegung sollte der Vorsitzende selbst leiten und bei jeder Verhandlung zugegen sein. Und als dann aus kleineren Vertragsverhältnissen heraus die großen Tarifbewegungen und Bezirke und die schwerwiegenden Verhandlungen mit den Unternehmern erwachsen, galt es erst recht die ganze persönliche Kraft einzusetzen, um im Interesse der Berufsgenossen zu wirken. Diese aufreibende Tätigkeit, in der Töpler ganz aufging, hat auch seine Kraft frühzeitig gebrochen. Ein schweres Nerven- und Magenleiden zwang ihn im letzten Jahre, zeitweilig seine Arbeit einzustellen. Noch suchte er durch eine Kur Erholung. Aber bei den letzten Tarifverhandlungen wurde es schon allen bewußt, daß er ein körperlich gebrochener Mann war. Doch von großer Pflichterfüllung besetzt, kam er bis in die letzten Tage noch zur Arbeit in das Verbandsbureau. Dort, am Pult sitzend, überfiel ihn am Donnerstag ein heftiges Unwohlsein. Nach dem Krankenhaus überführt, verstarb er dort 57 Jahre alt, schon am nächsten Tage.

In der Arbeiterbewegung war Töpler allgemein sehr geachtet und beliebt. Die Gewerkschaftsbewegung, besonders der Malerverband, berief an ihm einen tüchtigen Führer, treuen Kameraden und modernen Mitarbeiter. Ehre seinem Andenken!

Feinde des Koalitionsrechtes.

Im Januar 1913 reichte der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter bei der Firma H. C. König (Steinhäger Urquell) Forderungen ein. Die Firma antwortete nicht, gab auch dem Gewerkschaftsleiter in Bielefeld auf zweimaliges Schreiben keine Antwort. Als nun in der Presse auf dies Verhalten der Firma aufmerksam gemacht wurde, warf die Firma zwei organisierte Arbeiter auf die Straße. Als die Arbeiterschaft zu diesem Akt energig Stellung nahm, lenkte die Firma ein. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, die den Arbeitern des Betriebes eine Lohnerhöhung von 10 Proz. brachte. Auch wurde die Wiedereinstellung der Gemahregelten bei Neubedarf von Arbeitskräften schriftlich anerkannt. Rechtsanwalt Schmidt-Bielefeld, Syndikus der Norddeutschen Brauereivereinigung, der die Verhandlungen leitete, betonte noch, daß der Ablass über die Wiedereinstellung loyal gehandhabt werden würde. Am 1. April 1913 wurden die beiden Arbeiter gemahregelt. Am 8. Mai wurde die Vereinbarung getroffen, aber bis heute sind die beiden Arbeiter noch brotlos, obgleich am 1. Oktober mehrere Arbeiter eingestellt wurden. Als die Verbandsleitung sah, daß der Vertreter der Firma, Rechtsanwalt Schmidt, in bezug auf die Einhaltung der Vereinbarung machtlos war, schickte dieselbe einen der beiden Arbeiter selbst nach der Firma. Er sollte einmal anfragen, ob die beiden Arbeiter nicht bald wieder anfangen könnten. Herr König fragte darauf den Arbeiter, warum er nicht schon eher gekommen wäre und fuhr fort: „Lassen Sie die Verhandlungsgeschichten unterwegs, dann kann alles wieder sein wie früher. Wenn die Schreibereien von Supper (Verbandsvertreter) und Rechtsanwalt Schmidt (Vertreter der Firma) aufhören, können Sie anfangen. . . . Der Verband ist doch in den anderen Bremer Betrieben nicht, warum gerade bei mir. Haben Sie Unterstützung erhalten? Nun, dann haben Sie ja Ihr Geld wieder. Sagen Sie es auch den anderen Leuten, sie sollen die Verhandlungsgeschichten unterwegs lassen.“ Als der Arbeiter später wieder anfragte, wann er anfangen könne, antwortete Herr König: „Wenn Sie einen Revers unterschreiben, daß Sie aus dem Verbandsverband austreten und nicht wieder beitreten, so lange Sie bei uns beschäftigt sind, können Sie sofort wieder anfangen.“

Also, wenn die Arbeiter sich politisch und gewerkschaftlich laziert hätten, indem sie obigen Revers unterschrieben, konnten sie gleich anfangen; vorher aber wurde der Organisation gegenüber stets erklärt, es sind noch keine Arbeitskräfte notwendig. Es liegt hier ein eklatanter Bruch der getroffenen Vereinbarung vor, der Firma gilt ihr gegebenes Wort nicht. Ein solches Verhalten verstößt gegen die guten Sitten noch mehr, die Firma wollte die augenblickliche Not der in Frage kommenden Arbeiter ausnützen. Das schlimmste aber ist, daß sie den Arbeitern ihr Koalitionsrecht rauben will.

Die Firma fragt offenbar nicht danach, was die Konsumenten über ihr feindseliges Verhalten den Arbeitern gegenüber denken. So lehnte sie auch die Vermittlung des Vorstandes des Bielefelder Birzvereins ab. Nachdem so jede Möglichkeit einer Verständigung gescheitert war, beauftragte sie auch das Bielefelder Gewerkschaftsamt mit dieser Angelegenheit. Es wurde beschlossen, die im Koalitionsrecht kämpfenden Bremer Arbeiter zu unterstützen und der Arbeiterschaft strengste Beachtung der bestehenden Verhältnisse (Schwapsdohott) zu empfehlen.

Parteienossen, Gewerkschaftskollegen! Solche Gewaltmaßnahmen müssen energig zurückgewiesen werden.

Die Leipziger Kraftdroschkenfahrer sind in den Ausland getreten, da ihre Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere eine Erhöhung des Prozentzuschlages von den Arbeitgebern nicht erfüllt worden sind. Im Hinblick auf den beginnenden Rehrverkehr dürfte sich der Ausstand besonders sichtbar machen.

Ausland.

Ein neuer Eisenbahnerstreik in Portugal.

Erst vor einigen Monaten hat die portugiesische Regierung einen allgemeinen Ausstand der Eisenbahner durch Massenverhaftungen und Repressalien unterdrückt. Die Verhafteten sind inzwischen meist wieder in Freiheit gesetzt worden. Sonst aber steht die Regierung ihre Versöhnungsversuche an den Eisenbahner fort. Ihre neuen Verordnungen sind von dem Sinne besetzt, den Eisenbahnern ihre Koalitions- und Streikrecht ganz zu nehmen. Dazu wurden jetzt wieder 40 Eisenbahner gemahregelt. Und dieser letzte Willkürakt der Regierung hat die Eisenbahner wieder zum Streik getrieben, zumal die versprochenen Lohnerhöhungen nur jenen Arbeitern bewilligt wurden, die am letzten Streik nicht teilnahmen. Inzwischen verbreitet die offizielle Presse alarmierende Nachrichten über Sabotageakte und Dynamitattentate der Eisenbahner gegen Dampflokomotiven und Bahnhöfe, doch sind solche Nachrichten nur sehr vorsichtig aufzunehmen. Der Eisenbahnverkehr in Portugal, besonders mit dem Auslande, ist völlig lahmgelegt. Die telegraphischen Verbindungen mit Portugal sind vollkommen unterbrochen; doch liegen von aus Lissabon kommenden Reisenden Nachrichten vor. Aus ihnen geht hervor, daß die portugiesische Regierung von der Bewegung durchaus übertrübt worden ist. Eine Anzahl von Streikenden wurde verhaftet, jedoch sind die Leiter der Bewegung noch in Freiheit. Truppen besetzen alle strategischen Punkte von Lissabon, und in den äußeren Stadtvierteln hört man deutlich Gewehrfeuer. Die Kavalleristen gingen mehrmals mit blanker Waffe gegen die Volksmenge vor, die vollkommen auf Seiten der Streikenden steht. Der öffentliche Ordnungsdienst ist vollständig gelähmt worden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Konzentration und Monopolbildung im Schiffahrtsgewerbe. Die Interessengemeinschaft zwischen Lloyd und Hapag.

Die Interessengemeinschaft, die vor kurzem zwischen dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie abgeschlossen worden ist, und die Vorgänge, die sich vor und nach diesem Friedensschluß in der internationalen Schiffahrt

abspielen, haben die weitere Dezentralität auf die außerordentlich starken Tendenzen zur Kapital- und Betriebskonzentration und zu monopolistischen Bildungen im Schiffahrtsgewerbe aufmerksam gemacht. Die neue Interessengemeinschaft zwischen dem Bremer Lloyd und der Hamburger Hapag ist in der Tat nicht der Beginn gemeinsamen Vorgehens der beiden größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften, sondern vielmehr der Schritt zur letzten Etappe der Verschmelzung. Und die Differenzen, die Ende vergangenen Jahres zwischen beiden Gesellschaften ausbrachen und am Anfang dieses Jahres zu einem offenen Kampfe führten, waren nur das notwendige Vorpiel zu der vollkommenen Einigung. Schon seit langem bestehen Beziehungen zwischen der Hamburger und Bremer Großschiffahrtsgesellschaft. Die neue Interessengemeinschaft dehnt diese Beziehungen in engerer Form als früher auch auf das wichtigste Arbeitsgebiet der beiden Unternehmungen, auf den Verkehr nach Nordamerika, aus — und darin besteht die Bedeutung des Abkommens.

Die Vorbedingungen für monopolistischen Zusammenschluß sind in der modernen kapitalistischen Wirtschaft da am größten, wo die Anlage und der Betrieb der Unternehmungen große Kapitalanlagen erfordert. Neben dem Bankgewerbe herrschen daher in der Schwerindustrie, wo gewaltige Kapitalsummen für den Selbstbesitz und die technischen Anlagen angelegt werden müssen, die Großbetriebe und der Zusammenstoß zu monopolistischer Ausbeutung vor. Daneben tritt das Verkehrsgewerbe, wo ebenfalls die Grundlagen für den Betrieb (Eisenbahnen, Lokomotiven und Wagen für die Eisenbahnen; Fahrzeuge für die Seeschiffahrt) Millionenvermögen verschlingen. In Deutschland kann es nur deshalb keinen Eisenbahntrust geben, weil dieses Verkehrsmittel überwiegend in den Händen der Bundesstaaten ruht. Aber im Schiffahrtsgewerbe läßt sich die Entwicklung zum Großbetrieb und zur Trustbildung verfolgen, seitdem Deutschland sich an dem Weltverkehr in fast wachsendem Maße beteiligt. Aus der großen Zahl von selbständigen Schiffahrtsgesellschaften haben sich Lloyd und Hapag zu den beherrschenden Gesellschaften herausgearbeitet und heute kontrollieren sie das gesamte deutsche Seeschiffahrtsgewerbe. Als begünstigender Faktor, ohne den kaum irgendwo eine Monopolbildung eingetreten ist, muß auch hier die Gunst des Staates genannt werden. In Amerika ist diese Gunst meist durch Bestechungen und Korruptionen aller Art erreicht worden. In Deutschland, wo übrigens die Beamtenherrschaft aus kapitalistischem Instinkt heraus, ohne solche rohen Mittel mit der Förderung privater Nischenbetriebe nicht lacht (Krupp), halfen der Schwerindustrie die hohen Einfuhrzölle, dem Schiffahrtsgewerbe staatliche Subventionen und Konzessionen zur Erleichterung der Konkurrenz. Der Bremer Lloyd und einige ihm nahestehende Schiffahrtsgesellschaften erfreuen sich noch heute staatlicher Unterstützungsgelder zum Betrieb von Reichspostdampferlinien, obgleich Herr Ballin, der Generaldirektor der Hapag, solche Subventionen für die Entwicklung der Schiffahrt als überflüssig und schädlich bezeichnet hat. Lloyd und Hapag genießen dazu die viel wertvollere Unterstützung, daß der Staat allein das einträgliche Auswanderergeschäft zugekauft hat. Noch vor zwölf Jahren bemühten sich die Schiffahrtsgesellschaften des Fürstentums, dessen Hauptfinanzier ein persönlicher Freund des Kaisers ist, um die Konzession für den Auswandererverkehr via Emden. Aber selbst Fürst von Fürstberg in Donaueschingen vermochte nicht das Monopol der beiden großen Gesellschaften zu brechen. Gewiß sprechen auch familiäre und soziale Gründe für eine staatliche Beaufichtigung des Auswandererverkehrs, aber der österreichische Auswandererandal und der Prozeß in Ryslowitz beweisen zur Genüge, was es mit den Wirkungen des Monopols in sozialer Hinsicht auf sich hat. Deutlich und unbestreitbar ist nur der finanzielle Erfolg für die begünstigten Gesellschaften. Es entspricht in diesem Zusammenhang nicht des Interesses, daß die neueste Einigung zwischen Hapag und Lloyd zum Teil gerade unter dem Druck der österreichischen Regierung bei der Regelung des Auswandererverkehrs erfolgt ist.

Der Zusammenschluß in der Schiffahrt geschieht in den beiden Formen, die auch in anderen Gewerben üblich sind: als Interessengemeinschaft und als Konvention (Kartell, Syndikat, Trust). Während die Konventionen (meist unter der englischen Bezeichnung „Pool“ — Ring) vornehmlich Vereinbarungen auf internationaler Grundlage treffen, ist die Interessengemeinschaft die Form der Regelung innerhalb des Schiffahrtsgewerbes einer Nation. Oft kamen Interessengemeinschaften zustande, um national geschlossen einen größeren Poolanteil bei der internationalen Regelung zu erzielen.

Eine der ältesten Betriebsgemeinschaften in der deutschen Schiffahrt ist die zwischen Hapag und Kosmos (1901). Die Hapag überließ der Kosmos Dampfer (für den Verkehr nach Südamerika) und erhält dafür einen entsprechenden Anteil am Betriebsergebnis der Kosmos. Eine etwas andere Form stellt die im gleichen Jahre (1901) getroffene Abmachung zwischen der Hapag und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft dar, wonach beide Gesellschaften sich in den Dienst nach Brasilien in bestimmten Prozentsätzen teilen. Später richteten beide Reedereien gemeinschaftliche Linien zwischen Brasilien und Nordamerika und zwischen Buenos Ayres und Haragnoch her. Der Konjunkturrückgang von 1907 und der damalige Kampfe der Hapag mit ausländischen Linien führte zu Interessengemeinschaften mit der Deutsch-Ostafrikanische und der Hamburg-Bremer, Afrikalinie für den afrikanischen Verkehr. Im Jahre 1910 folgten das Abkommen zwischen Hapag und Hansa (Bremer) für den indischen und ostasiatischen Dienst. Heute sind mit Ausnahme einer Gesellschaft (der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft) alle Hamburger Schiffahrtsgesellschaften durch Abkommen mit einander verknüpft.

Da auch der Lloyd (Bremer) an einzelnen Filialunternehmen der Hapag beteiligt ist, bestehen auch Beziehungen zwischen den beiden größten deutschen Schiffahrtsgesellschaften. So ist der Lloyd an der Hansa und an der Hamburg-Bremer Afrikalinie interessiert. Ferner sind beide Gesellschaften an der Australa-Americana (Triest) und an der Holland-Amerika-Linie beteiligt. Beide dieser Beteiligungen waren ursprünglich Kampfmaßnahmen. Der Erwerb von Aktien der Hamburg-Amerika-Linie geschah, um der Konkurrenz des amerikanischen Morgan-Schiffahrtstrustes zu begegnen, und die Beteiligung der Australa-Americana richtete sich gegen die englische Cunard-Linie, die mit Hilfe von Subventionen des englischen Staates sich in Hume (Oesterreich) zur Eroberung des ungarischen Auswanderungsgeschäfts festsetzte. Daneben kontrolliert der Lloyd noch mehrere kleinere Bremer Schiffahrtsgesellschaften.

Wie aus der kurzen, nicht vollständigen Uebersicht hervorgeht, bezog sich die gemeinsame Arbeit der beiden Gesellschaften bisher nur auf das südamerikanische und ostasiatische Geschäft. Gerade für den wichtigsten Verkehr, den nach Nordamerika, bestanden derartige Beziehungen nicht. Das Wendigste war hierfür nur die Beteiligung am Nordatlantischen Schiffahrtspool. Ursprünglich war es am Pool, der 1885 auf Betreiben der Hapag ins Leben trat, nur europäische Gesellschaften beteiligt. In dem Kampfe mit englischen Firmen und später mit dem Morganischen Schiffahrtstrust, dem auch englische Firmen angehörten, kam es zu neuen Verträgen, in denen sich alle großen Linien zu dem

großen Pool zusammenschloßen. Auch die Canadische Eisenbahngesellschaft, die bekanntlich Schiffahrtslinien von Canada nach Europa und umgekehrt betreibt, trat dem Pool bei. Hapag und Lloyd besaßen im „Neuen“ Pool zusammen eine bestimmte Quote, von der auf die Hapag 43 Proz., auf den Lloyd 57 Proz. entfielen. Diese Verteilung mußte für die Hapag um so unangenehmer werden, je rascher sie sich im Verhältnis zum Lloyd entwickelte. Der Schiffraum für den nordatlantischen Passagierverkehr wuchs nämlich von 1891 bis 1912 bei der Hapag von 122 000 auf 225 100 Tonnen, bei dem Lloyd von 171 000 auf nur 679 500 Tonnen. Der anfänglich größere Lloyd ist also von der Hapag überflügelt worden. Im Jahre 1910 war der Verkehr bei den Gesellschaften noch ungefähr gleich groß, seitdem folgte die Ausdehnung bei der Hapag noch rascher. Die Hapag forderte daher für die 1913 in Aussicht stehende Erneuerung der Poolverträge eine (um 5 Proz.) höhere Quote, und da der Lloyd sich sträubte, kündigte die Hapag die Verträge, der Pool wurde aufgelöst und die Kampfe setzten ein. Eine gewisse Lockerung des Pools war bereits im Jahre 1912 dadurch eingetreten, daß die Canadische Eisenbahngesellschaft aus dem Pool austrat, um eine Auswandererlinie Triest-Canada begründen zu können.

Die sinkende Konjunktur mit dem zu erwartenden Rückgang der Frachtenbeförderung und der bereits eingetretenen Abnahme des Zwischenverkehrs und der Kampfe zwischen den beteiligten Linien haben nun ziemlich rasch zu einer Einigung der beiden deutschen Gesellschaften und der Erneuerung der Poolverträge geführt. Da die ausländischen Gesellschaften den deutschen geschlossen gegenüberstehen, mußte die Einigung der beiden deutschen unter sich der aller Poolmitglieder vorangehen. Auch im neuen Pool werden die beiden Linien wiederum eine gemeinsame Quote besitzen. Für die Hapag wurde die Einigung um so notwendiger, als der Lloyd allein mit europäischen Linien einen Teil der Verträge verlängerte und außerdem früher zu einer Einigung mit der österreichischen Regierung gelangte. Der bekannte Auswandererandal hat nämlich Oesterreich dazu bewogen, den Gesellschaften scharfer auf die Finger zu passen. Die Gesellschaften müssen sich einer weitgehenden Kontrolle unterziehen, und ihre sämtlichen Anwerbungen geben über eine gemeinsame Buchungszentrale. Dem österreichischen Schiffahrtsgewerbe, das den Stand aus nationalen Profitinteressen ja selbst inszeniert hat, ist es dann weiter gelungen, die beiden Gesellschaften aus Oesterreich zu vertreiben: Hapag wie Lloyd mußten ihre Beteiligung an der Australa-Americana an eine österreichische Bankgruppe abgeben. Da beide Gesellschaften von der Regierung völlig gleich behandelt werden, lag es nahe, diese Gleichberechtigung auf ihr gesamtes Geschäft auszuweiten. So ist der neuen Interessengemeinschaft vorgearbeitet worden, noch der beide Gesellschaften mit völlig gleichen Anteilen im gesamten Amerikageschäft vorgehen werden. Im Frachten-, Kisten- und Zwischenverkehr herrscht von nun an völlige Gleichberechtigung. Der Quotenteilung soll die Gewinnbeteiligung entsprechen; Hapag und Lloyd partizipieren an den Gewinnen. Diese Abmachungen müssen weiter zur Folge haben, daß auch ein einheitliches Bauprogramm aufgestellt werden wird. Zu einer völligen Verschmelzung fehlt nur noch die Aufgabe der verschiedenen Namen und der scheinbaren Trennung der Organisation; denn die Leitung wird künftig hin eine gemeinsame sein müssen. Der Zentralisation ist also recht weit vorgearbeitet. Wohl bezieht sich die neue Gemeinschaft nur auf den Amerikaverkehr, aber gerade dieser ist der wichtigste für beide Reedereien.

Durch diese Einigung ist die Monopolbildung im deutschen Schiffahrtsgewerbe um ein großes Stück weiter geführt worden. Ähnlich wie in der Elektrizitätsindustrie, wo die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens-Schuckert-Konzern die tatsächliche Herrschaft besitzen, über künftig auch in der Seeschiffahrt zwei große Gruppen die Kontrolle über das ganze Gewerbe aus. Die Konzentration bedarf nur der Betriebsverschmelzung, um das Trustgebilde auch noch außen deutlich zu machen. Die Tatsache, daß die Interessengemeinschaft „nur“ auf 15 Jahre abgeschlossen worden ist, ändert daran nichts. Denn gerade in der Seeschiffahrt mit den kostspieligen und langdauernden Bauten bedeutet ein 15jähriges Zusammengehen eine Aus- und Angleichung auf weit längere Zeiten hinaus.

Aus Industrie und Handel.

Anilin-Aktien.

Das schreckliche Unglück in der Rummelsburger Fabrik der Anilinfabrikanten hat die Anilinfabrikation recht wieder zu Betrachtungen über das Risiko der Arbeit und des Kapitals an. Es war ein eigenartiger Zufall, daß fast um die gleiche Zeit, wo die verheerende Explosion sich ereignete, sich an der Berliner Börse eine auffallende Pause in den Aktien der Anilinfabrik vorbereitete. Die alsbald einlaufende Hubschiff verdrängte allerdings sofort der Börsenspekulation die Pause und setzte der Aufwärtsbewegung der Kurse ein Ziel. In Kapitalstreifen wird man sich einem rein menschlichen Mitleid mit den Opfern der Katastrophe hoffentlich wohl nicht verschließen können, man wird aber bald wieder an Geschäft denken und die jähle Unterbrechung der Pause in „Treptower Anilin“ aufs lebhafteste bedauern. Den Aktionären ist ein Kurzgewinn von einigen Prozenten entgangen. Und die Arbeiter? Aus ihrer Reihen hat der Tod zwölf Kameraden gerissen, dreihig Schwerverletzte und eine große Zahl Leichtverwundeter bedecken außerdem das Schlachtfeld der Arbeit. Es ist angesichts dieses Unglücks ein schwacher Trost, daß derartige große Katastrophen in der chemischen Industrie während der letzten Jahre noch verhältnismäßig selten vorkamen, obwohl doch in dieser Branche täglich und stündlich ungeheure Mengen explosiver Stoffe verarbeitet werden. Viel verlustbringender als einzelne größere Explosionen ist jedoch die fast unübersehbare Reihe von Betriebsunfällen, von denen die breitere Öffentlichkeit gewöhnlich gar nichts erfährt. Und doch verunglücken hierbei im Laufe der Jahre Hunderte und Tausende von Arbeitern. Der Kapitalist riskiert einen meist sehr minimalen Teil seines Vermögens, der Arbeiter setzt täglich von neuem sein Leben und seine Gesundheit aufs Spiel. Wer zählt die vielen Schäden, die giftige Gase und Dämpfe den Atmungsorganen usw. der Arbeiter der chemischen Industrie ständig zufügen! Hierüber verlaute überhaupt nichts.

Die Aktien der Treptower Anilinfabrik gehören zu den sogenannten „schweren“ Börsenpapieren, ihr Kurs pendelt gegenwärtig zwischen 530 und 540 Prozent. In diesen Ziffern drückt sich ungefähr die Verrieselung der einmal zum Nennwert ausgegebenen Aktien aus. Die Dividende ist seit nahezu zwei Jahrzehnten niemals unter 15 Prozent heruntergegangen, sie bewegt sich jetzt auf der Höhe von 23 Prozent, mehrere Reserven sind in einer Gesamthöhe von zula 8 Millionen Mark für den Fall, daß auch bei einer vorübergehenden Verschlechterung der Geschäftslage oder bei politischen Verlusten die Aktionäre ruhig schlafen und gut essen können. Das Risiko der Kapitalisten ist hier wirklich auf ein Minimum herabgedrückt, zumal die Zugehörigkeit zum sogenannten „Anilinkonzern“ dem Unternehmen guten Ablass und hohe Preise auf lange Zeit hinaus sichert. Der Anilinkonzern ist im Jahre 1905 auf die Dauer von 60 Jahren begründet worden. Er ist vorläufig eine der wenigen trustartigen Gebilde in Deutschland. Kann der Arbeiter der Anilinfabrik auch so sorglos in die Zukunft blicken wie der Aktionär! Keineswegs! Der Arbeiter riskiert in diesen Betrieben alles. Und die Risikoprämie? Diese

besteht bekanntlich gerade in den meisten chemischen Fabriken in einer ganz jammervollen Löhning. Diese Betriebe arbeiten fast durchweg mit ungelerten Arbeitern, bei denen die Organisations- und Lohnverhältnisse meist noch sehr im argen liegen.

Hoch- und Untergrundbahn.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin verzeichnet für 1913 einen Bruttoüberschuß von 7 107 890 Mark gegen 6 381 658 M. im Vorjahr und einen Reingewinn von 3 893 670 (3 531 906) Mark, woraus eine Dividende von wiederum 8 Proz. zur Verteilung vorgeschlagen wird. Die Betriebs-einnahmen haben sich um 1 229 000 M. und die Betriebsausgaben um 740 760 M. erhöht im Zusammenhang mit den im Juli und Oktober eröffneten Erweiterungslinien. Zur Deckung des Geldbedarfs für die Erweiterungslinien und zur Abtragung der Vorkaufschuld wird die Erhöhung des Grundkapitals um 20 Millionen Mark fünfprozentiger mit 110 Proz. rückzahlbarer Vorkaufskonten vorgeschlagen. Die Kapitalerhöhung erfolgt in der Weise, daß die zurzeit mit 25 Proz. eingezahlten 10 Millionen Mark Stammaktien, die sich im Besitze der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen A.-G. befinden, voll gezahlt und in 10 Millionen Mark fünfprozentige Vorkaufskonten auszugeben und schließlich für die Elektrische Licht- und Kraftanlagen A.-G. als Erlös wiederum 10 Millionen Mark mit 25 Proz. eingezahlte Stammaktien geschaffen werden. Die Kapitalerhöhung führt ein unter Führung der Deutschen Bank stehendes Konsortium durch.

Die Große Berliner Straßenbahn verteilt eine Dividende von 8 Proz. gegen 8½ Proz. im Vorjahr.

Die Hütten A.-G. erzielte in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1913/14 (Abschluß am 31. Dezember 1913) einen Betriebsergebnis von 18,8 Millionen Mark gegen 22,6 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Jahres 1912/13. Das Minderertragnis des ersten Halbjahres im Vergleich mit dem vergangenen Geschäftsjahr ist zurückzuführen auf geringere Uberschüsse bei den Hütten, während die Kohlenzinsen noch einen Nettogewinn gebracht haben. Die Hütten waren andauernd gut beschäftigt. Die Herabsetzung der Preise für Koks und Kohlen wirkt hier erst von Beginn des Kalenderjahres bzw. vom 1. April ab. Die Hüttenwerke waren in den ersten Monaten des vergangenen Jahres noch voll beschäftigt, erst in den letzten Monaten trat in einzelnen Fabriken, besonders in Trägern, ein Nachlassen der Beschäftigung ein, und es mußten vereinzelt Arbeiter entlassen werden. Zugleich machten sich die seit Anfang des vergangenen Kalenderjahres gesunkenen Preise der Zinkzinn in den Monatsergebnissen bemerkbar. Am stärksten waren die Preise für Stabeisen und Bleche, Draht und Nägel, sind wenig löhrend. Von Einfluß auf die Gesamtmarktlage, nicht nur für den Hüttenmarkt selbst, war auch das Scheitern der Verhandlungen über ein Kohlenkartell, das vorübergehend bereits geschlossen worden.

Die Aussichten auf eine Belebung des Geschäfts im Frühjahr haben durch die inzwischen eingetretene erhebliche Herabsetzung des Bankdiskonts eine Stärkung erfahren. Es besteht deshalb bei der Leitung des Unternehmens die Hoffnung auf eine lebhaftere Bautätigkeit und somit auf ein Anwachsen des Bedarfs an Trägern und sonstigem Baueisen. Im ganzen ist die Stimmung auf dem Eisenmarkt aber noch gedrückt, und die Preise für viele Erzeugnisse, besonders für Stabeisen und Bleche, Draht und Nägel, sind wenig löhrend. Von Einfluß auf die Gesamtmarktlage, nicht nur für den Hüttenmarkt selbst, war auch das Scheitern der Verhandlungen über ein Kohlenkartell, das vorübergehend bereits geschlossen worden.

Aus der Partei.

Ein Märtyrer des Sozialismus in Japan.

Man schreibt uns aus Brüssel: Katayama, der bekannte japanische Sozialist veröffentlicht im „Peuple“ die Lebensgeschichte eines jungen japanischen Sozialisten, den eine unablässige politische Verfolgung schließlich zum Selbstmord trieb.

Jedzo Hamamoto — dies der Name des jungen Sozialisten — widmete sich schon als Student dem Studium und der Propaganda des Sozialismus. Er schrieb und sprach geläufig französisch und Englisch und besaß genaue Kenntnisse der ökonomischen Werke von Marx. Er gab als Student eine kleine Revue für den Sozialismus heraus, die aber bald unterdrückt wurde. Während des russisch-japanischen Krieges schloß er sich gleichgesinnten Kämpfern an, um eine antimilitaristische Propaganda zu entfalten. Seit dieser Zeit, die mit der Hinrichtung der Märtyrer Kotoku, Saloi u. a. zusammenfällt, dahlert seine Verfolgung durch die japanische Geheimpolizei, die ihm überall, selbst bis in den Hörsaal, nachschimpft. Als er, um nicht länger einer alten Verwandten, die ihm das Studium ermöglichte, zur Last zu fallen, nach einem Beruf trachtete, machte ihm die Polizei die Ausführung aller Pläne zu nichte. Sie bestete sich an seine Person, wo immer er auftauchte und schuf um seine Person eine derartige Atmosphäre von Furcht, daß ihn niemand beschäftigen wollte, so sehr er für die verschiedensten Stellungen befähigt war. Hamamoto hatte unter anderem eine Stelle an einer methodistischen Schule bekommen sollen. Die Geheimpolizei verhinderte diese Ernennung, indem sie glattweg erklärte, daß das Institut unaufrichtig von Detektiven umgeben werden würde, um Hamamoto auszuspiionieren. . . . Und so lebte ihn eine Behrenhaft nach der anderen ab, da keine mit der Polizei zu tun haben wollte. Schließlich fühlte er sich am Ende seiner Kraft und machte — ein kaum vierundzwanzigjähriger! — seinem Leben ein Ende. Sozialistische Freunde geleiteten seinen Beerdigung zur Verbrennung.

Katayama berichtet, daß alle Sozialisten in Japan, wenn auch nicht bis zu diesem extremen Ende, von der japanischen Regierung verfolgt werden; in Korea und Formosa hat dieses Vorgehen zu einer förmlichen Revolte geführt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Auch eine Verleumdung.

Für konservative Leute soll es beleidigend sein, wenn von ihnen öffentlich behauptet wird, sie seien gewillt gewesen, mit den Sozialdemokraten bei Wahlen gemeinsame Sache zu machen. Auf diesem etwas sonderbaren Standpunkt stellte sich die vierte Breslauer Strafkammer in einer Berufungssache des Verantwortlichen der „Breslauer Volkswacht“, Genossen Förster, und verurteilte diesen zu je dreimal 30 M. Geldstrafe. Die „Volkswacht“ hatte aus Anlaß der im Frühjahr vorigen Jahres in Groß-Kochbern bei Breslau stattgefundenen Gemeindevorwahlen noch nebensächlich darauf hingewiesen, daß einige von den Grundbesitzern, ohne aber Namen zu nennen, versucht hätten, mit unseren Genossen bei der Gemeindevorwahlen gemeinsame Sache zu machen, später jedoch, als unsere Genossen bestimmte Garantien verlangten, davon Abstand genommen haben. Diese ganz allgemein gehaltene Notiz bekritten drei Gutbesitzer, Scholz, Hempel und Geisler, in einer Verurteilung an die „Volkswacht“, während diese durch Müßiggänger bei ihren Gewächsmännern tatsächlich fehlerlos konnte, daß ein Bauer namens Kitzlaus, der viel mit den drei genannten Gutbesitzern zu tun hatte, überall erzählte habe, von den Bauern beauftragt zu sein, mit den Sozialdemokraten Fühlung wegen eines Kompromisses bei den Gemeindevorwahlen zu suchen. Auf Grund dieser Ermittlungen hielt die „Volkswacht“ ihre Angaben wegen der von den Konservativen nachgesuchten Wahlhilfe aufrecht. Das führte zu einer Privatverleumdungsklage gegen den Genossen Förster, weil die konservativen Herren es als beleidigend empfanden, mit den Sozialdemokraten zu pal-

lizieren. Vor dem Schöffengericht stellte sich dann die sehr auffällige Tatsache heraus, daß der Zeuge Kitzlaus sich an nichts mehr erinnern konnte. Erst als ihm durch andere Zeugen das Gedächtnis etwas geschärft wurde, gab er zu, das alles erzählt zu haben, daß er sich aber die ganze Geschichte von Anfang bis Ende aus den Fingern gefogt habe. Das Schöffengericht erkannte nur wegen formaler Verleumdung auf 30 M. Geldstrafe, und sprach Förster von den anderen angeklagten Verleumdern, die in der von den konservativen Gutbesitzern bei den Sozialdemokraten erbetenen Wahlhilfe liegen sollte, frei. Von den Klagen sollten drei Viertel die Kläger tragen. Hiergegen legten die Kläger als auch der Verurteilte Berufung ein, die am Freitag vor der 4. Strafkammer zur Verhandlung kam. Nach eingehender Beweisaufnahme, die das gleiche Bild, wie die erste Verhandlung ergab, kamen die gelehrten Richter zu dem Ergebnis, daß es für die Kläger als Mitglieder der konservativen Partei als ehrenrührig zu betrachten sei, wenn ihnen zum Vorwurf gemacht wird, sie hätten mit der Sozialdemokratie ein Wahlbündnis beabsichtigt. In solcher Formurteil geeignet, sie in der Achtung ihrer Parteimitglieder herabzusehen. Das Gericht erkannte deshalb auf insgesamt 90 M. Geldstrafe.

Vielleicht erlundigen sich die Richter der vierten Strafkammer einmal bei den verschiedensten Rührern der Konservativen, ob sie es für ehrenrührig gehalten haben, als sie von den Sozialdemokraten Wahlhilfe gegen lügende Münze erbeten haben, aber nicht erhielten.

Gerichtszeitung.

Zum Prozeß Keiling.

Genosse Glaschleifer Wilhelm Keiling, Neudöln, Reineckestraße 55, bittet uns um Feststellung, daß er mit dem Polizei- und Streifenbetreuer Keiling nicht verwandt ist. Wir kommen diesem Wunsch nach und geben, um Verwicklungen vorzubeugen, nachstehend nochmals die Personalien des Arbeiters auf Alford für Polizei und Arbeitgeber an:

Paul Keiling, der am 8. Februar zu Tischen den Maschinenmeister Solinger erschossen hat, ist am 18. Juni 1868 in Reppen geboren und wohnt hier in Berlin, Hochstraße 28, in demselben Hause, in dem sich das Polizeirevier 82 befindet.

Schwindel.

Die „Erste Berliner Strawatten-Akademie“ des unferen Lesern sollsam bekannten Herrn Adolf Steinberg, die schon wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt hat, stand im Mittelpunkt einer gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts II verhandelten Anklage wegen Verleumdung. Der Kaufmann Adolf Steinberg und dessen Ehefrau legten gegen die Frau Meta Waldbaum, geb. Behrend. Die Angeklagte hat Widerklage erhoben.

Die Privatkläger unterhalten eine Lehranstalt, in welcher das Strawattennähen gelehrt wird, daselbst ist bei dem Ehemann der Angeklagten der Fall. Letztere erteilt in dem Geschäft ihres Ehemann den Unterricht. Zwischen beiden Parteien herrscht ein scharfer Wettkampf, der dazu führte, daß bei Anfragen von Personen, die das Strawattennähen erlernen wollten, die eine Partei sich über das Geschäftsgeheimnis der anderen höchst abfällig äußerte. Der Angeklagten wurde nun vorgeworfen, daß sie zu einigen Personen gesagt habe: Steinbergs verstanden nichts von der Arbeit, das Lehrgeld bei ihnen sei wengiger, Arbeit bekomme man nach der Lehrzeit doch nicht, das sei „Schwindel“, die Privatkläger seien auch schon wegen dieser geschäftlichen Schwindeleien vorbestraft. Andererseits hat Frau Steinberg sich über die Frau Waldbaum sich dahin geäußert: Diese Person habe bei ihr nur ein paar Tage gelernt und sei das halbe Lehrgeld schuldig geblieben.

Vor dem Schöffengericht hatte die Angeklagte den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen über die „Erste Berliner Strawatten-Akademie“ antreiben und das Gericht hat auf Grund der Aussagen von 12 Zeuginnen für erwiesen erachtet, daß die von der Angeklagten behaupteten Tatsachen der Wahrheit entsprechen, mit Ausnahme der behaupteten Verurteilung. Insbesondere hat das Schöffengericht auch als erwiesen angesehen, daß die Bezeichnung „Schwindel“ gerechtfertigt ist. Das Gericht ist, wie es in dem Erkenntnis heißt, hierbei von der Erwägung ausgegangen, daß, wenn auch vielleicht die Tatbestandsmerkmale des strafbaren Vertriebes nicht vorliegen, die Privatkläger sich doch einer vorläufigen Täuschung bedient haben, um Lernende anzulocken. Es kann nicht verkannt werden, daß Geschäftspraktiken wie die der Privatkläger allgemein mit Recht als Schwindel gekennzeichnet werden. Dagegen hat das Gericht in der unzutreffenden Äußerung, die Privatkläger seien schon wiederholt wegen dieser Schwindeleien bestraft worden, eine Verleumdung erblickt, für die es 10 M. Geldstrafe für ausreichend hielt. Dieselbe Strafe traf die Privatklägerin und Widerbeklagte Frau Steinberg.

Hiergegen war von den Privatklägern Berufung eingelegt worden. Der Vorsitzende verlas eine Auskunft des Polizeipräsidenten, wonach dieser Steinberg die Erlaubnis zum Betrieb erteilt, daß er öffentlich vor dem Unternehmen gewarnt und daß Steinberg das Geschäft dann auf seine Frau übertragen habe. — Die Strafkammer verworft die gegen das schöffengerichtliche Urteil eingelegte Berufung.

Die verliebte Frau Amtsdirektor und der Wärtnerbueche.

Daß Liebe blind macht, bewies wieder einmal ein Fall, der schon in dem recht nichternen Rahmen einer Gerichtsverhandlung recht eindrucksvolle Wirkungen auf das Auditorium ausübte.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich der Wärtnerbueche Willi Groß zu verantworten, der schon öfter Verurteilungen mit dem Strafrichter gemacht hatte. — Vor einiger Zeit machte der Angeklagte durch eine Heiratserklärung die Bekanntheit der verstorbenen Frau Amtsdirektorin, die „des Alleinseins müde“ schließlich gleich späterer Heirat suchte. Diese Dame verstand es, durch Anwendung von Kosmetika und schönen Toiletten ihren äußeren Reizen in einen harmonischen Einklang mit ihrer noch von jugendlichem Feuer durchdrungenen Seele zu bringen, so daß sie in Verbindung mit einer kaum zu löhndigen Lebenslust und ihrer heimlich böhnerischen, ziemlich weichelnden Offenherzigkeit so ganz den Typ einer „lustigen Witwe comme il faut“ darstellte. Es mußte wohl eine Art Liebe auf den ersten Blick gewesen sein? Denn sonst hätte die lustige Amätküchlein wohl gleich bemerkt, daß der Angeklagte unendlich der „Kriminalaffekt von Groß“ sein konnte, für den er sich ausgab. Ihre imponierte offenbar das Strafvollstreckungsamt an dem „Herrn Affektor“, während ihm das etwa 100 000 M. betragende Vermögen der Frau Amtsdirektorin imponierte. Es folgten dann Tage seligen Liebesglücks, die auch dadurch seine besondere Eindrücke erlitten, daß der „Herr Affektor“, der sich inzwischen zu einem Ahnenberühmt und Manoliet emporgeschwungen hatte, öfter in Geldverlegenheiten war. Einmal mußte er seinem Freund, dem Landgerichtsrat Schmedtke, mit 1200 M. ausbellen, ein andermal dem „Affektor Neumann“ mit 2000 M., dann war ihm selbst der Koffer mit seinen Kleidungsstücken und wertvollen Schmucksachen und 2000 M. Bargeld verbrannt, kurzum, in ihrer Liebe sah und hörte die Frau Amtsdirektorin nichts, sondern sah und liebte. Eines Tages erklärte der Angeklagte, daß er nach Leipzig fahren müsse, um dort sein „Dekret als Landgerichtsrat“ beim Reichsgericht in Empfang zu nehmen. Das Märchen fuhr noch dort und hier kamen der verliebten Frau zum ersten Male Bedenken; denn der Herr Affektor kam total betrunken und nach Nümmel duftend von seinem angebliehen Gange zum Reichsgericht zurück und gebrauchte Ausdrücke, die nichts weniger als salonsfähig waren. Sie fuhr nach einer heftigen Szene im Hotel sofort nach Berlin und stellte hier Befundungen an. Sie erfuhr bei der Witin des Angeklagten, daß der „Herr Affektor“ ein krummgerückter Wärtnerbueche war, daß

er schon mit einer anderen Frau angebandelt hatte und schließlich auch, was sie in ihrer Eitelkeit am meisten empörte, daß er mit Bezug auf ihre Person gedauert hatte, wenn sie komme, so solle die Witin „die alle Ruh“ nicht reinlassen. Sie ließ wutentbrannt zum Kadi und der Angeklagte wurde verhaftet.

Mit Rücksicht auf seine Verurteilung und die Tatsache, daß er circa 8000 M., allerdings auf sehr leichte Weise erbeutet hatte, erkannte das Gericht auf 1½ Jahr Gefängnis.

Aus aller Welt.

Die gefundenen Millionen.

Man schreibt uns aus Brüssel: Der Spektakel, der nach dem Tode Leopolds um seine Millionen anhub, geht zu Ende: der Staat kriegt seine Millionen, die Töchter kriegen die ihren und — man erinnert sich, daß es Prozesse gab — in den Armen liegen sie beide. Der eben der Kammer zugegangene Entwurf des Justizministers, der den Vergleich zwischen dem Staat und den drei Töchtern Leopolds in der Erbschaftsangelegenheit regelt, enthält eine schwindelnde Kolonne von siebenstellige Ziffern. Die Gläubiger der Prinzessin Louise werden in keine gelinde Aufregung geraten. . . . Alles in allem erben Leopolds Töchter 37 Millionen, von denen sie feinerzeit bereits 21 Millionen herabbekommen haben. — Bekanntlich zeigte sich bei der Uebernahme des Congo durch Belgien, daß eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Millionen — Leopold hat sich prinzipiell nicht mit Zahlen unter sechs Nullen abgegeben — sozusagen verschwunden waren, wenigstens für den Staat, für den das Annegationsgeschäft damit nicht gerade rentabel geworden war. Die Bagatelle, um die der Staat durch die Ränke und Finessen Leopolds geprellt werden sollte, betrug nach der Schätzung Janjans und Petronis 80 Millionen Frank. Der Minister Renkin habe damals keinen leichten Stand gegenüber der Opposition, die ihn im besten Fall als einen von Leopold abhängigen behandelte. Diese Millionen wurden von Leopold in der berühmten Niederfüßbachstiftung und den diversen „Sociétés“, die sämtlich aus Ströhmännern gebildet wurden, zu dem Zweck vergraben, sie dem Staat und den Kindern abwendig zu machen. Die „Zerümer“ wurden aufgelöst, die Millionen sind „aufgefunden“ worden. Die Prinzessin Louise und die Gräfin Longchamps prozessierten und forderten den ganzen Anteil, verloren aber den Prozeß, der nunmehr mit dem in dem Entwurf niedergelegten Vergleich endet. Dem Staat verblieben nach Abzug von 8 Millionen für die Niederfüßbachstiftung und einem weiteren Abzug von etwa 2 Millionen ungefähr 52 Millionen. Es sind wirklich „gefundene“ Millionen.

Fünf Arbeiter überfahren.

Ein schweres Betriebsunglück, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich am Sonnabend vormittag in der Nähe des Bahnhofes Magdeburg-Neustadt zugetragen. Dort war eine Abteilung von 25 Arbeitern des Steinlegemeisters Schmidt unter Aufsicht des Kottenführers Herbst aus Neustadt mit einer Kabellegung beschäftigt, als ein Fehlzug aus Berlin heranbrausete. Der Führer Herbst vermag wohl die Arbeiter auf das Gerannahen des Zuges aufmerksam zu machen, sodas sie nicht zur Seite traten. Der Zug fuhr mit voller Kraft in die Arbeitergruppe hinein; Herbst und vier andere Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Die übrigen konnten sich in Sicherheit bringen, nur einige haben unbedeutende Verletzungen erlitten.

Ein ähnliches Unglück hat sich am Sonnabend in Maubridge im nördlichen Frankreich zugetragen. Dort wurden drei Eisenbahnarbeiter infolge herrschenden Nebels von einem Güterzug überfahren und getötet.

Ein Opfer der Wissenschaft.

Einem unglücklichen Versehen ist in Kalkutta der australische Gelehrte Dr. Fog, Erfinder eines Antitoxins gegen Schlangengisse, zum Opfer gefallen. Fog, der sich schon öfter von Giftschlangen hatte beißen lassen, um den Erfolg seines Mittels zu demonstrieren, ließ sich bei einer praktischen Vorführung seines Antitoxins am Sonnabendvormittag im Zoologischen Garten in Kalkutta von einem Giftschlange an fünf Stellen ins Handgelenk beißen. Vier Wunden behandelte Fog mit seinem Gegengift, aber das fünfte. Am späten Nachmittag zeigten sich die Vergiftungsercheinungen; als man die fünfte Wunde entdeckte, war es zu spät; Fog starb, da das Antitoxin nur wirkt, wenn es unmittelbar nach dem Biß angewandt wird.

Millionerraub.

Aus einem Postwagen, der in Paris den Geldverkehr mit Bankinstituten vermittelt, wurden am Sonnabend morgen Werte in Höhe von über eine Million Frank geraubt. Der Diebstahl wurde im Zentrum von Paris von einer vollkommen organisierten Bande ausgeführt, die ihren Anschlag von langer Hand vorbereitet hatte. Der Postbeamte, der die Wertsendungen für die Banken austrug, hatte bereits mehrere Verlese verteilt, als er bei seiner Ankunft in der Rue Chauchat bemerkte, daß ein an Beschlageneitens auszubühnender kleiner Sack, der Werte von über einer Million enthielt, aus dem Postautomobil verschwunden war. Die Uebeltäter mußten den Augenblick benutzt haben, in dem der Wagenführer, der nach der Vorschrift den Wagen in Abwesenheit des ausstragenden Postboten zu überwachen hat, einen anderen Sack bis zu dem Fenster einer Bank getragen hatte.

Keine Notizen.

Der tägliche Grundunfall. In der vierten Abteilung des Hermannsbadches bei Waldenburg waren die Häuser Kühn und Weidauer mit dem Abtufen eines neuen Schachtes beschäftigt. In der vergangenen Nacht kürzten beide etwa 20 Meter tief in den Schacht. Kühn war sofort tot, während Weidauer auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb.

Abzug zweier türkischer Flieger. Der Flieger Fethi war mit dem Leutnant Sadik Freitag früh bei Damaskus aufgestiegen, um nach Jerusalem zu fliegen. Da bis Mittag keine Nachricht von ihnen eintraf, wurden Nachforschungen angestellt, wobei man den geräummetten Flugapparat zwischen Samaria und Julia im Distrikt Liberas auffand. Fethi und Sadik waren tot.

Ein Priester als Sittlichkeitsverbrecher. Der katholische Pfarrer Belacchi ist von dem Gericht von Ferrara wegen Sittlichkeitsverbrechen zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten verurteilt worden. Der Geistliche hatte die strafbare Tat an einem öffentlichen Ort vorgenommen, weshalb der Prozeß nicht durch Privatklage, sondern von Amts wegen erledigt wurde.

Briefkasten der Redaktion.

B. S. 4. Auch in diesem Jahre wird die Summe für die Spende bewirkt werden; sie liegt bereits im Etat.



A. Wertheim



Leipziger Str. Königstr.

Schriftliche Bestellungen an die
Versand-Abteilung Berlin W 66 erbitten

Rosenthaler Str. Moritzplatz

G. m. b. H.

In dieser Woche Großer billiger Verkauf:

Frühjahrs-Kleiderstoffe

Einfarbige Seidenstoffe

Reinseid. Merveill. u. Paillette	schwarz, 1 M. Meter
Messaline	in vielen Farben Mtr. 1.35
Paillette	in grosser Farbauswahl, 50 cm breit, Mtr. 1.80
Honnan	gefärb. Bastseide, gute Qual. Mtr. 2 M.
Crêpe-Loanda	Halbseide, ca. 100 cm breit, hell- und mittelblau, Meter 2.50
Deutsche Tussah-Seide	solide Qual. f. Kleider, 110 cm br., Mtr. 2.90
Satin Grenadine	In allen Farben, 105 cm breit, Mtr. 4.80

Gemusterte Seidenstoffe

Schollen reine Seide Mtr. 1.25
Taffel-Schollen	mit Solin Mtr. 1.90
Messaline	mit römischen Streifen . . Mtr. 2.75
Givrine	römisch gestreift Mtr. 3.40
Halbseidener Krepp	mit kleinen Druckmustern Mtr. 5 M.
Bedruckt. Shantung-Seide	neue Dessins Mtr. 2.50
Taffel-Chiffon	weiß-schwarz gestreift, 100 cm breit Mtr. 4.50
Givrine tailleur	mit spalten Streifen in römischer Art Mtr. 8.50

Besonders preiswerte Posten

Gefärbte Bastseide	ca. 50 cm breit Meter 1.35
Bedr. Lyoner Peau de soie	100 cm br., Meter 1.75
Bedr. baumwoll. Voile Meter 65 Pf.
Elsasser Wollmusseline	nur gute Fabrikate . . . Meter 65 Pf.
Melierte Kostümstoffe	130 cm breit, Meter 1.35

Jacken-Kostüme

aus gutem blauen Diagonal mit reinseidenem Füller, nach Maß 59 M. mit Anprobe

Damen-Hüte

Trotteur aus Strohpicot mit schottischer Seide oder aus Borlen handgenäht mit schottischer Seide oder einfarbigem Seidenband 9.75

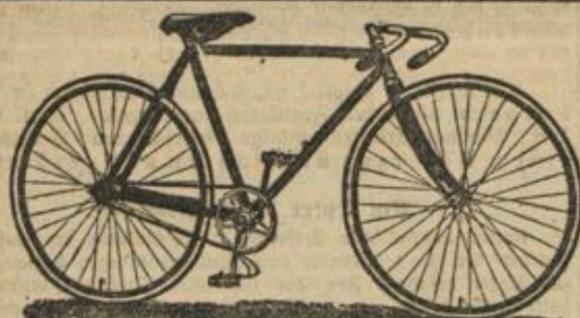
Kleiderstoffe

Gestreifter Voile	ca. 110 cm breit, in den neuen Farben Mtr. 1.60
Crêpeline-Côtelé	ca. 110 cm breit, Mtr. 1.80
Granil reine Wolle	, ca. 110 cm breit, Mtr. 2.40
Gabardine	ca. 110 cm breit, großes Farbensortiment Mtr. 2.50
Halbseid. Grenadine	ca. 110 cm breit, halbklares Gewebe . Mtr. 2.70
Côtelé reine Wolle	, ca. 110 cm breit, Mtr. 2.60
Lasting	einfarbig gemustert, ca. 110 cm breit, Mtr. 3.20
Eolienne	ca. 110 cm breit, in vielen Farben, Mtr. 3.40
Mohair-Jacquard	ca. 110 cm breit, weiche Qualität Mtr. 3.60

Kostümstoffe

Schollen	ca. 130 cm breit, blau-grün mit farbigen Durchzug Mtr. 2.90
Karierte Kostümstoffe	ca. 130 cm breit, kleine Karos, Mtr. 3.30
Velours	ca. 120 cm br., mit Blockkaros Mtr. 4.75
Côtelé	ca. 130 cm breit, mod. Farben Mtr. 4 M.
Blockkaros	ca. 130 cm breit, mit farbigen Durchzügen, Mtr. 3.90
Cover-Coating	ca. 130 cm breit, neue Malangen Mtr. 3.90
Gabardine	ca. 130 cm breit Mtr. 4 M.
Einfarbiger Ramagé	ca. 130 cm breit Mtr. 4.50
Gabardine	ca. 140 cm breit, einfarbig gestreift Mtr. 6.50

Handschuh-Verkauf Damen-Glacé - Suède 95 Pf. Herren-Glacéleder 95 Pf. Suède 95 Pf.



Radfahrer, Fahrradhändler Achtung!

Das gesamte Warenlager der Konkursmasse G. HEYSE (Christall-Fahrradwerke) habe ich vom Konkursverwalter käuflich erworben und verkaufe die Bestände, wie: Christall-Fahrräder, Nimrod-Fahrräder, Spezial-Fahrräder, Freilauf-Räder, Holzfelgen-Räder, prachttvolle Damenfahräder, Fahrradzubehöerteile, Sprechmaschinen, Schallplatten etc. zum grössten Teil in meinem Hauptgeschäft Weinmeisterstr. 14 sowie Königsberger Str. 7 und Oranienstr. 32 zu besonders billigen Preisen. — Neue Fahrräder mit Doppelglockenlager, Schutzbleche und Handdruckbremse komplett mit Pneumatik 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 75 Mark zum grossen Teil mit Freilauf und Rücktrittbremse. — Jedes Rad wird geliefert mit Glocke, Speichen mit Nippel 100 St. l. — M., Komplette Rahmen mit Doppelglockenlager, Sattelstütze und Lenkstange 18. — M. Kleidernetze für Damenräder Garnitur 40 Pf. bis 1.50 M. Kettenschützer für Damenräder aus Celluloid mit Nickelrahmen 2. — M. Alle Gattungen Glocken von 10 Pf. an sowie sämtliche Fahrrad-Zubehöerteile enorm billig!

- komplett in Werkzeug, Acetylenlaternen und 1-3 jähriger Garantie
- Luftschluche 1.25, 1.50, mit 1 Jahr. Garantie 2. — M.
- Laufdecken 23er, 1.50, 2.00, 2.50, 3. — Mark.
- Sattelstützen 75 Pf., Pedale Paar 85 Pf. bis 2. — M.
- Gespannte Freilaufäder mit Rücktritt - Bremse schwarze od. gelbe Felgen 10 M. Emaille-Lack 10 Pf.

- Gespannte Vorderräder 2. — M.
- Gespannte Hinterräder 2.50 M.
- Vernick. Lenkstangen 75 Pf. bis 1.75 M. zum Aussuchen
- Vernickelte Fusspumpen 50 Pf.
- Ketten 1/2 Teilung 95 Pf. bis 2. — M.

- Korkgriffe Paar 10 Pf.
- Zahnkränze 10 Pf. bis 50 Pf.
- Engländer 15, 25, 30 Pf. etc.
- Schraubenzieher 3 St. 10 Pf.
- Sättel 1.50 bis 3.50 M.
- Satteldecken 50 Pf.

- Gebrauchte Fahrräder 10. —, 15. —, 20. —, 25 Mark.
- Geschäftszweiräder in allen erdenklichen Ausführungen

Grosser Posten Schallplatten 25 cm gross, doppelseitig 45 Pfennig bis 1 Mark etc. etc.

Ausserdem empfehle meine berühmten ARCONA-RÄDER, welche sich in der ganzen Welt einen Ruf erworben haben. Auf Arcona-Rad sind die bedeutendsten Siege, welche bis jetzt angefahren wurden, errungen worden. So wurde beim IL. Dresdener 6 Tage-Rennen der 1., 2., 3., 4., 5. Preis auf Arcona-Rad gewonnen. Im V. Berliner 6 Tage-Rennen wurde der 2., 4., 5., 6. Preis auf Arcona-Rad gewonnen. Die Weltmeisterschaft 1912 wurde in New York auf Arcona-Rad gewonnen. Die Meisterschaft von Berlin 1912 über 300 km wurde auf Arcona-Rad gewonnen.

Die bedeutendsten Rennfahrer der Welt, wie: Saldow, Lorenz, Stabe, Marx, Arend, Tadewald, Stellbrink, Bottnick (Berlin), Moran, Walthour, Hill, Kollins, Wiley (Amerika), Halstead, Drohbach (England), Miquel, Poulain (Frankreich), Nowack, Kudela (Oesterreich), Schilling (Holland) und viele andere benutzten bei den längsten u. schwierigsten Rennen das leichtlaufende, stabile und unbedingt zuverlässige Arcona-Rad.

Neue Arcona - Fahrräder 55, 65, 70, 75, 85 Mark mit kleinem Vorderrad, Kippständer, festem Gepäckträger, Korb etc. Transportdreiräder gebrauchte 35, 40, 50-100 Mark, neue 250 Mark.

Automobile, Automobil-Zubehöerteile, Nähmaschinen, Sprechmaschinen, Schallplatten. Arcona-Schallplatten nur das Neueste 95 Pf. bis 1.50 Mark. Die echten Grammophon-Platten statt 3.50 Mark nur 1.95 Mark, Zonophon-Platten, 11a Etikett, statt 1.25 Mark nur 95 Pfennig. Zonophon-Platten, gelbes Etikett, statt 2.50 Mark nur 1.25 Mark. Echte Pathé-Platten, 29 cm gross, statt 3.50 Mark nur 2.50 Mark, Beka-Platten 1.50 Mark.

Verlangen Sie illustrierten Prachtkatalog No. 6, welcher nach auswärts gratis und franko versandt wird.

Ernst Machnow, grösstes Fahrradhaus Berlins, Hauptgeschäft Weinmeisterstr. 14

Jahresumsatz über 20 000 Fahrräder, Filialen: Grosse Frankfurter Strasse 119, Kottbuser Damm 18-19, Königsberger Strasse 7, Oranienstrasse 32.

Sonntags geöffnet bis 20. April 12-2 Uhr, vom 1. Mal ab von 8-10 Uhr.

67 Lothringer Straße 67 Möbel-Beiser 67 Lothringer Straße 67

2 Minuten vom Untergrundbahnhof Schönhauser Tor.
Stube und Küche
bestehend aus:
2 Bettstellen 1 Tisch
2 Matratzen mit 2 Stühlen
2 Keilkissen 1 Küchenschrank
1 Kleiderschrank 1 Küchentisch
1 Spiegel 1 Küchenstuhl
1 Spiegelspind 1 Küchenrahmen
Wochenrate 1,50 Mark

Anzahlung **15** Mark
2 Stuben und Küche
bestehend aus:
1 Kleiderschrank 1 Trumeau
1 Wäschespind 1 Sofa
1 Waschtilette 1 Tisch
2 Bettstellen 4 Stühlen und
2 Matratzen mit 1 farbigen kom-
Kissen pletten Küche
Wochenrate 2,50 Mark

Anzahlung **25** Mark
2 Stuben und Küche
in nubbaum u. moderner Ausführung:
1 mod. Kleiderschrank 1 Plüschsofa
1 modernes Vertika 1 mod. Umbau
2 engl. Bettstellen 1 Tisch
2 Matratzen 4 Stühle und
1 Waschtilette 1 mod. kompl.
2 Nachtschränke farb. Küche
Wochenrate 3 Mark

Anzahlung von **40-60** Mark. Wochenrate 4 Mark.
1 modernes Herrenzimmer
1 modernes Schlafzimmer
1 modernes Speisezimmer
1 modernes Wohnzimmer
in allen Holz- und Stahlar-
ten
Einzelne Möbelstücke und
Polsterwaren
Anzahlung **3 Mark**
Wochenrate 1 M.
Anzahlung von 3 Mark an, wöchentlich 1 Mark.

Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Lieferung auch nach auswärts. Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Zwei Frauen in Potsdam ermordet.

Ein schweres Verbrechen ist in der Nähe von Potsdam verübt worden.

Die Frau des Wärters Witt und die Frau des Arbeiters Schwarz aus Rommels begaben sich mit einem kleinen Handwagen am Freitag in die Potsdamer Forst, um Holz zu sammeln. Als am Abend die Ehemänner beide Frauen vergeblich erwarteten, wurde die Forst mit Unterstützung einiger Männer abgesehen. Die Streife blieb erfolglos. Erst gestern gegen Mittag wurden beide Frauen tot mit Strahlwunden im Gesicht und durchschnittenen Kehle in der Nähe des Teufelssees bei Potsdam aufgefunden. Die Tat wurde im Anschluß an Eittlichkeitsverbrechen begangen. Bis zur Stunde fehlt von den Mördern jede Spur.

Die Stelle, an der die beiden ermordeten Frauen aufgefunden wurden, befindet sich ganz in der Nähe des Ortes, wo im März 1900 der Giftmörder Janide die Mäherin Bergner aus Berlin mittels eines sogenannten „Zaubertranks“ vergiftete.

Zu dem Doppelmord erläßt der Erste Staatsanwalt nachfolgende Bekanntmachung:

1000 Mark Belohnung.

Am Vormittag des 28. Februar sind am Teufelssee bei Potsdam im Jagd 128 der Potsdamer Forst die Leichen zweier Frauen, Witt und Schwarz, aus Rommels gefunden worden. Ihre Schädel waren eingeschlagen. Ein blutiger, im Walde aufgenommener Knüttel lag in der Nähe. Wahrscheinlich handelt es sich um Lustmord. Als Täter kommen mehrere noch unbekannte Personen in Frage. Die Tat muß am Freitag, den 27. Februar, zwischen 4 und 8 Uhr nachmittags verübt sein. Um diese Zeit sind einige Radfahrer in der Nähe des Tatortes gesehen worden. Für die Untersuchung ist von größter Wichtigkeit, daß alle diejenigen Personen sich melden, die am Freitag, den 27. Februar, nachmittags, in der Nähe des Teufelssees gewesen sind und dort irgendwelche zweideutige Wahrnehmungen gemacht, insbesondere die Radfahrer oder sonstige verdächtige Personen gesehen haben. Auskünfte werden von der Staatsanwaltschaft in Potsdam sowie von allen Stellen der Berliner, Potsdamer und Notwendiger Polizei entgegengenommen. Der Herr Regierungspräsident in Potsdam hat für diejenigen Personen, die zur Ueberführung des oder der Täter soviel beitragen, daß die gerichtliche Verurteilung derselben erfolgt, eine Belohnung von tausend Mark ausgesetzt.

Potsdam, den 28. Februar 1914.

Der Erste Staatsanwalt.

Parteiangelegenheiten.

Achtung, Arbeiterjugend!

Der für heute Sonntag, abends 6 Uhr, in Kellers „Neuer Philharmonie“, Adenider Straße, angelegte Elternabend muß Umständen halber ausfallen; er findet dafür am 15. März, abends 6 Uhr, im „Elysium“, Landsberger Allee 40 statt.

Vierter Wahlkreis. Heute, abends 6 1/2 Uhr, findet im Elysium, Landsberger Allee 40, eine öffentliche Versammlung statt. 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Feis Jüdel über: „Heide ringsum!“ 2. Diskussion. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Jugendsektion des 5. Kreises, Abteilung für 18-21jährige Mitglieder. Am Mittwoch, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Bohlitz, Joststr. 7. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Davidsohn: Das Erwerbsprogramm. 2. Diskussion. Der Abteilungsvorstand.

Lichtenberg. Morgen Montag, den 2. März, abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee. Genossin Dr. Rosa Luxemburg spricht über das Thema: „Die Justiz im Dienste der Politik“.

Treptow-Baumhulsenweg. Am Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zur Rembahn“ in Treptow: Zweiter Vortragsabend über „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“.

Friedenau. Die Genossen nehmen heute mittag an der Versammlung in Steglitz teil.

Tempelhofer Mariendorf. Der Bildungsausschuß veranstaltet am Montag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Tempelhofer Theaters eine Theateraufführung. Zur Aufführung gelangt: „Die Schiffsbrüder“ von Eugen Brieux (unter Leitung von Herrn Franz Cornelius). Eintrittskarten a 50 Pf. (Abendkasse 60 Pf.) sind außer an den üblichen Stellen in den örtlichen Verkaufsläden der Rommingsgesellschaft zu haben.

Britz-Budow. Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Wuschrag“, Budower Straße 51: Außerordentliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Lankwitz. Die Teilnehmer an der heutigen Versammlung im Albrechtshof in Steglitz treffen sich 1/11 Uhr bei Prodoezla, Viktoriastraße 41.

Alt-Glienide. Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, im Lokal von Vohn, Grünauer Str. 55: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über Feuerbestattung mit Erläuterung am Modell. Referent: Genosse Bahmarz Freund-Kentöän. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste willkommen.

Berliner Nachrichten.

Ein Besuch beim 400 000. Abonnenten der „Morgenpost“.

Nachdem mir durch einen glücklichen Zufall die Adresse dieser „Persönlichkeit“ bekannt geworden war, lag nichts näher, als den Weg nach dem Norden, allwo sie wohnt, unverzüglich anzutreten. Sie heißt Spulle, ist eine Reimmachefrau und wohnt in einem Quergebäude vier Etagen hoch. Ich mußte dreimal klopfen, die Klingel funktionierte nicht, um gehört zu werden. Durch den Türspalt frug eine Frauenstimme mißtrauisch: „Was woll'n Sie?“

„Entschuldigen Sie, sagte ich. Sind Sie Frau Spulle?“

„Ja, aber ich brauche nichts.“

Schon wollte sie die Türe wieder schließen, aber ich verhinderte es, indem ich ihr einen Blumenstrauch unter die Nase hielt.

„Ich bin kein Hosieryer. Ich will Sie nur interviewen. Sie sind doch der 400 000. Abonnent der „Berliner Morgenpost“.“

„So. Das mußte ich garnicht. Riechen schön die Blumen. Treten Sie näher, junger Mann. Es ist kalt hier draußen.“

Ich hüpfte nur so über die Schwelle.

„In die Stube kann ich Sie nicht führen,“ sagte die etwa

fünzigjährige Frau, „sie ist noch nicht in Ordnung. Meine beiden Schlafkürchen haben keine Arbeit und schlafen jetzt immer lange. Aber in der Küche ist es schön warm.“

Ich nahm Platz, räusperte mich und begann: „Sie verheiratete Frau Schulle, sind der 400 000. Abonnent der „Berliner Morgenpost“. Ihnen ist der Marstein in der Entwicklung der bürgerlichen Presse zu verdanken. Sie sind ein Wahrzeichen moderner Kultur.“

„Sagen Sie det?“

„Nein. Das sagt der Professor Sombart. Ihr Abonnement auf die „Morgenpost“ zeugt von dem starken Interesse des deutschen Bürgers für die Welt und Staatsgemeinschaft, in der er lebt. Ihr „Morgenpost“-Abonnement ist ein Kulturdokument, an dem man nicht achlos vorübergehen darf. Sie haben das ja alles selber gelesen.“

„Ne. Wo war det zu lesen?“

„In der Festnummer der „Morgenpost“ am Sonntag; gleich auf der ersten Seite.“

„So'n Quatsch lese ich nicht. Am Sonntag, da war doch auf der ersten Seite gedruckt, daß sie den Grafen freigesprochen haben, den polnischen, der seine Frau erschossen hat. Wille war ja nicht dran an ihr. Niemals? Aber —“

„Sagen Sie mir doch“, fiel ich ihr ins Wort, „was Sie zur Aufnahme eines „Morgenpost“-Abonnements bewogen hat?“

„Was? Früher habe ich die „Volks-Zeitung“ gelesen. Die ist aber immer man so dünne. In der „Morgenpost“, da steht wille mehr drin.“

„Sie sagt aber auch alles, was gesagt werden muß, um dem Niedergang des öffentlichen Geistes, der bis in die Innerlichkeiten der Familie hinein seinen kalten Hauch bläst, zu begegnen.“

„Ich habe keine Familie nich. Ich bin eene alleinstehende Frau und habe nicht übriges.“

„Hat Ihnen die „Morgenpost“ keine Ehrengabe überreicht? Hat sie Sie nicht zum Ehrenabonnenten ernannt? Sind Sie nicht für die „Illustrierte“ gezeichnet worden? Hat Sie das „Pathé-Journal“ noch nicht kurbeln lassen?“

„Ne.“

„Wie kleinlich ist dieser „Hort der Vielen“. Wie arm an glänzenden Ideen der „Schah der Armen“. Doch man darf nicht vergessen, daß die Pioniere des fünften Hunderttausend über Sie schon hinweggeschritten sind. Die kulturelle Entwicklung steht nicht still. Und so lange sich der Abonnententrend der Morgenpost erweitert, wird es nicht Abend werden in Deutschland. In dieser Gewißheit dürfen Sie bis an ihr festes Ende darben. Adieu.“

Ich verabschiedete mich schnell. Im Treppenhause rief mir die Alte nach: „Grüßen Sie Rudicken von mir. Det ist mein Freund.“

Reichsverbändlerische Endelschriften für Schulkinder.

Von verschiedenen Seiten sind uns Exemplare des „Deutschen Volkskalenders“ zugestellt worden, mit dem Bemerkten, daß diese in Papier- und Schulbuchhandlungen an Schulkinder beim Einkauf von Büchern als Zugabe verteilt werden. Wie wir weiterhin erfahren, soll sich hinter dem Feigenblatt „Deutsche Verlagsvereinigung G. m. b. H.“ der bekannte Hilliger-Verlag verbergen. Da Erwachsene natürlich für das großschlächtige Schundwerk keine 10 Pfennig ausgeben wollen, es selbst als Geschenk verschmähen, hat der Verlag die ganze Auflage auf dem Halse behalten und zu einem Spottpreis an die Buchhandlung Mugdon verkauft. Diese läßt nun ihre Reisenden auf die kleinen Papier- und Schulbuchhandlungen los, deren Inhaber sich durch den billigen Preis vielfach verleiten lassen, kleinere oder größere Posten abzunehmen. Und die geben das Schmutzprodukt ordinärer Art Schulkindern in die Hände. Dagegen müssen wir uns ganz energisch wenden. Die kleinen Händler würden jedenfalls sehr in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie sich umgibt von einer weiteren Ausgabe absehen und an Mugdon den Rest retournieren, denn es haben und schon viele Eltern erklärt, daß sie ihren Kindern unterlagt haben, bei Geschäftsleuten zu kaufen, wo die Schrift verteilt wird. Auch die Lehrerschaft müßte sich aus pädagogischen Gründen gegen diesen Unfug wenden.

Steuererlaß.

Längere Arbeitslosigkeit begründet nach § 63 des Einkommensteuergesetzes einen Anspruch auf Erlass der Steuerzahlung vom Beginn des Monats ab, der demjenigen Monat folgt, in dem die Arbeitslosigkeit (auch Krankheit) begonnen hat.

Das Einkommen muß um mehr als den fünften Teil des Jahreseinkommens vermindert sein, die Arbeitslosigkeit muß in das laufende Steuerjahr, wenn auch mit Unterbrechungen, fallen. Die Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit ununterbrochen zehn Wochen andauern muß, ist falsch; es genügt, wenn dargetan werden kann, daß durch die Erwerbslosigkeit überhaupt im Steuerjahr ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes verloren ist. Bei Saisonarbeitern — auch bei Bauarbeitern — wird allerdings ein längerer Zeitraum anzunehmen sein, dies insbesondere dann, wenn in dem der Veranlagung vorangegangenen Kalenderjahr nicht ununterbrochen gearbeitet worden ist und das Einkommen dieses Kalenderjahres der Veranlagung zugrunde gelegen hat.

Der Antrag auf Steuererlaß ist vor Ablauf von drei Monaten nach dem Schluß desjenigen Steuerjahres, in dem die Einkommensminderung eingetreten ist, zu stellen und zwar bei dem Vorsitzenden der Einkommensteuerveranlagungskommission.

Gegen einen ablehnenden Bescheid ist die Beschwerde an die Regierung zulässig, über die der Finanzminister entscheidet. Die Beschwerde ist binnen längstens vier Wochen, von der Zustellung des Bescheides ab gerechnet, einzureichen.

Gesuche um Stundungen von Steuern sind an die Steuerdeputation des Magistrats zu richten.

Billige Theaterbillets für Lessing-Theater.

Zu der heute nachmittags 3 Uhr im Lessing-Theater stattfindenden Aufführung: Professor Bernhardt von Artur Schnitzler sind noch Billets an folgenden Stellen zu haben:

- Gustav Schmidt, Oneisenaustr. 72.
- Zigarrengeschäft von Gorsch, Engelfufer 15.
- Restaurateur Diesel, Brunnenstr. 145.
- Restaurateur Rischmann, Gerichstr. 74.
- Restaurateur Paersch, Oldenburger Str. 10.

Die Wirtschaft in der Stadtsynode.

Zu diesem Kapitel liefert uns ein Leser folgenden Beitrag:

Im Jahre 1908 trat ich aus der evangelischen Landeskirche aus. Im August 1912 heiratete ich und wurde sogleich zur Hälfte der

Kirchensteuer für meine Frau herangezogen. Noch in demselben Jahre trat auch meine Frau aus der Landeskirche aus, so daß ich mit dem 1. Januar d. J. wieder gänzlich kirchensteuerfrei wurde. Im Herbst v. J. erhielt ich von der Berliner Stadtsynode eine Aufforderung, für den Zeitraum vom 1. September 1912 bis 31. März 1913 Kirchensteuer zu zahlen (ich hatte vom 1. Januar bis 1. August 1913 in Berlin als Witwer gewohnt). Auf meine Reklamation erhielt ich nach einigen Monaten folgenden Bescheid:

„Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß wir ihre Veranlagung zur Kirchensteuer für 1912 aufgehoben haben. Ihrer evangelischen Ehefrau wird demnächst ein Veranlagungsschreiben zur Kirchensteuer für die Zeit vom 1. April bis 31. August 1912 zu gehen.“

Es verging eine geraume Zeit, und ich glaubte schon, die Kirchenbehörde würde sich eines Besseren besonnen haben; da erhielt ich dieser Tage tatsächlich die angekündigte Zahlungsaufforderung. Die Kirche verlangt also von mir bezw. meiner Frau Kirchensteuer für einen Zeitraum, als wir noch gar nicht verheiratet waren, und zwar nach dem Steuerfuge, den ich zahle (44 M.); ferner wohnte meine jetzige Frau zu der angegebenen Zeit gar nicht in Berlin und schließlich hatte sie auch kein steuerpflichtiges Einkommen. Außerdem bin ich auch noch zweimal wieder zur Kirchensteuer veranlagt worden.

Gibt es denn gar kein Mittel, sich vor diesen fortwährenden Belästigungen zu schützen? Ich habe natürlich sofort wieder reklamiert.

Leider muß der zu Unrecht Veranlagte immer wieder reklamieren. Die Belästigten sind schulplos.

Der Polizeipräsident und die Großmarkthalle.

Zu einer öffentlichen Versammlung, in der gegen den Bau der Ob- und Gemüse-Markthalle an der Beusselstraße Protest erhoben werden soll, ist von den Einberufern dem Polizeipräsidenten eine Einladung zugegangen mit der Bitte, zu der Versammlung einen Vertreter zu entsenden. Darauf hat der Polizeipräsident folgende Antwort erteilt:

„Verlegung der Großmarkthalle ist dringendes Bedürfnis. Dem Wande in der Panoramastraße am 25. d. M. wären mutmaßlich zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen, wenn er zur Markzeit erfolgte, also die Straßen in bekannter Weise versperrt waren. Daher holte ich für erwünscht, daß die Verlegungsverhandlungen unverweilt Fortgang nehmen. Auch habe ich gegen die beabsichtigte Protestversammlung grundsätzliche Bedenken. Denn es ist ausschließlich Sache der gesetzlich berufenen Instanzen — vorliegend in erster Linie des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung — die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Deren Aufgabe durch Protestversammlungen zu erschweren, halte ich nicht für richtig. Sonach bedauere ich, dem Wunsche, einen Vertreter zu entsenden, nicht entsprechen zu können.“

Abstreift vorstehenden Schreibens hat der Polizeipräsident dem Magistrat zur Kenntnisnahme überandt. — Bekanntlich ist inzwischen auch das Enteignungsrecht hinsichtlich des einzigen nicht freihändig erworbenen Geländes verliehen worden. Und es ist selbstverständlich, daß alle Einsprüche gegen die Ausführung des Projektes keinerlei Einfluß auf die wohlverwogenen Entscheidungen der Gemeindebehörden ausüben können.

Feuer in der Vorwärts-Buchdruckerei.

Feuer in der Vorwärts-Buchdruckerei alarmierte gestern Sonnabend früh 8 Uhr die Hauptwache der Berliner Feuerwehre nach der Linden- Ecke der Jerusalemer Straße. Es brannte der Maschinen-saal, in dem mehrere Rotationsmaschinen, elektrische Motoren und dergl. untergebracht sind. In diesem, zu ebener Erde liegenden Raum, in dem auch der „Vorwärts“ gedruckt wird, wüteten bei Anbruch der Feuerwehre die Flammen, die an Del und künstlichem Terpentin und Papier Nahrung gefunden hatten. Die Stichflammen schlugen bis zum vierten Stock empor. Der Brandmeister ließ gleich mit zwei Schlauchleitungen wirksam eingreifen und es gelang den Brand auf den Rotationsaal im Erdgeschoß zu beschränken. Bei der Ablösung erlitt Brandmeister Bauer durch Stichflammen schmerzhaftes Brandwunden im Gesicht und der Oberfeuerwehmann Gabler an der rechten Wade. Die Entziehung des Brandes wird auf einen jungen Mann zurückgeführt, der sich mit dem künstlichen Terpentin zu schaffen machte und mit einem Streichholz dem ausgelassenen Rest einer Kerze zu nahe kam. Dieser Rest und der Inhalt der Kerze standen sofort in Flammen. Nach Ablösung des Brandes ging es sofort an die Aufräumungsarbeiten. Die großen Rotationsmaschinen, die den „Vorwärts“ drucken mußten mit aller Veschleunigung in Stand gesetzt werden, um den Druck der Sonntagnummer zu ermöglichen. Bei allem Eifer dürfte das Gelingen, wenn auch die heutige Nummer etwas später in den Besitz der Abonnenten kommen dürfte.

Bemerk sei, daß nach Bekanntwerden des Brandes mehrere größere Druckereien, darunter zuerst die Lindendruckerei, sich sofort erboten, im Bedarfsfalle ihre Maschinen zum Druck des „Vorwärts“ zur Verfügung zu stellen.

Zagow und die Schulleute.

Der Konflikt zwischen Polizeipräsidentium und Schulleitung hat ein neues Opfer gefordert; von demselben Schicksal, das den früheren Telegraphisten Schrader vom 38. Revier getroffen, wurde auch der Telegraphist Pohlmann ereilt. Dieser war von seinen Kameraden als Vertrauensmann erwählt, um in der Frage betreffend Gründung eines Schulleitendenvereins zwecks Einrichtung einer Hinterbliebenen-Zuschußkasse die besonderen Wünsche der Schulleute bei den Vorgesetzten zu vertreten. Wie sein Kollege Schrader, ist jetzt auch Pohlmann seines Amtes als Telegraphist enthoben und in den Revier- und Straßendienst zurückversetzt worden. Der Vereinsgründungsgedanke hat somit bisher fünf Opfer gefordert. — Am Freitagabend ist der nach Jahre langem Strafverfugte Schulleiter Fuhrmann abgereist. Trotz aller Verbote waren nahezu 1000 Schulleute am Bahnhof, um ihrem Kollegen Lebewohl zu sagen. Der Andrang war so stark, daß die beiden Uniformierten und das Bahnpersonal die größte Mühe hatten, die Ordnung auf dem Bahnsteig nur einigermaßen aufrecht zu erhalten. Es wurden mehrere Reden gehalten, in denen auf die Tätigkeit Fuhrmanns als Organisator des Verbandes hingewiesen und der Wunsch ausgedrückt wurde, daß er bald einen Nachfolger erhalten möge, der seine Ziele mit der gleichen Energie verfolgen werde wie Fuhrmann. Als der Zug in die Halle einfuhr und Fuhrmann, dem mehrere Kränze überreicht worden waren, den Wagen bestieg, sangen die Versammelten das Lied vom „guten Kameraden“; Fuhrmann brachte dann ein mit Begeisterung aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus, worauf die Anwesenden entblößten Hauptes das „Heil dir im Siegerkranz“ anstimmten. Als der Zug sich schließlich in Bewegung setzte, brach die Menge in brausende Hochrufe aus.

Mordversuch auf offener Straße.

Eine blutige Ehestrage hat sich gestern gegen Abend im Nordosten der Stadt abgespielt. An der Ecke der Danziger- und Dunderstraße unternahm der 34 Jahre alte Tischler **Ferdinand Mertens**, Plantagenstr. 11 wohnhaft, einen Mordversuch auf seiner Ehefrau, indem er einen Revolver auf sie abfeuerte. Frau M. hatte ihren Mann von seiner Arbeitsstelle abgeholt und unterwegs gerieten die beiden in einen Streit. M. wurde dabei so erregt, daß er, als die beiden an der Kreuzung der Danziger- und Dunderstraße angelangt waren, plötzlich einen scharfgeladenen Revolver hervorholte und auf seine Frau einen Schuß abgab. Die Kugel drang der Bedrohten in den rechten Arm.

M. richtete die Waffe nun gegen sich selbst, doch wurde ihm der Revolver, ehe er abdrücken konnte, von hinzuspringenden Passanten entzogen. Der Attentäter wurde darauf einem hinzukommenden Polizeibeamten übergeben und wegen Gattenmordversuchs ins Polizeipräsidium eingeliefert. Die Ursache des Konfliktes, der zu dem Drama führen sollte, ist, wie wir hören, in Eifersucht Angelegenheiten zu suchen. Frau M. erhielt auf der Hülfschwache Notverbände.

Der Berliner Lehrerverein verhandelte in seiner Freitagssammlung das Verbandsstema des Deutschen Lehrervereins „Die nationale Einheitschule“. Das Referat hatte Rektor O. Schmidt. Nach längerer Debatte wurden folgende Leitsätze angenommen:

1. Wir fordern die nationale Einheitschule, weil sie das Recht der Persönlichkeit zur Geltung bringt, die Massen- und Bildungsgegenstände ausgleichen hilft und durch Auslösung von jetzt zurückgehaltenen Kräften volkswirtschaftliche Vorteile schafft.
2. Die Gliederung der Einheitschule muß den Forderungen der Kulturarbeit des Volkes und der Verschiedenheit der Schüler entsprechen. Insbesondere sind zu fordern:
 - a) unentgeltlicher Besuch aller Schulgattungen;
 - b) eine gemeinsame Grundstufe bis zum 12. Lebensjahr;
 - c) eine Differenzierung in Schulgattungen, die in gleicher Weise den allgemein-praktischen, gewerblichen, kaufmännischen und den Interessen der gelehrten Bildung entspricht.
3. Das Wesen der Schule ist allein nach nationalen Rücksichten zu bestimmen. Der Lehrerstand muß wissenschaftlich einheitlich sein.
4. Als schwere Mängel des gegenwärtigen Schulwesens müssen vom Gesichtspunkt der nationalen Einheitschule aus bezeichnet werden:
 - a) die Einrichtung der Vorschule;
 - b) die Absonderung der Mittelschule von der Volksschule;
 - c) die starke Betonung des Konfessionsaltersprinzips;
 - d) die getrennte Verwaltung der höheren Lehranstalten und der Volksschule;
 - e) das Fehlen von Einrichtungen, die den Uebergang von der Volksschule auf die höheren Schulen erleichtern.

Ein Meisfall. Bei der Wahl zum Ausschuss der Schuhmachereinnungskassenkasse (Zwangseinnahme) ging es am Montag, den 23. Februar, sehr lebhaft her. Der Obermeister Hierbach bemühte sich in eigener Person und betätigte sich als Stimmzettelverteiler und Schleppe der Friedrichshäger Hofschuhmachermeister. Es waren im ganzen 4 Listen aufgestellt. Liste I und Liste II der Arbeitgeber, sowie der Kassenmitglieder. Es erschienen von den Arbeitgebern 243 zur Wahl mit einer Stimmzahl von 394. Davon erhielt die Liste I der Innungsgetreuen — infolge des mehrfachen Stimmrechts — 206 Stimmen. Die Liste II der Freien Vereinigung selbständiger Schuhmachermeister 98 Stimmen. Die Herren mit mehrfacher Stimmrecht sind auf den Ruf des Obermeisters Mann für Mann angetreten, haben es aber trotzdem nicht vermocht, das Einbringen der Freien Vereinigung selbständiger Schuhmachermeister in den Vorstand zu verhindern. Die Liste I des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands erhielt 85 Stimmen, die Liste II der meistertreuen Gesellen, darunter auch etliche Kleinmeister als Kassenmitglieder, haben es auf ganze 56 Stimmen gebracht.

Zum Lobe des Herrn Obermeisters muß hervorgehoben werden, daß sich derselbe vor und während der Wahl die größte Mühe gegeben hat, die zentralorganisierten Mitglieder hinauszuholen zu lassen. Aber! O Weh! Nur 2 Vertreter von 30 Ausschussmitgliedern.

Gartenstadtbildung einer Arbeiterbauernoffenschaft.

In Vohnsdorf, 20 Minuten von Grünau entfernt, mit der Stadtbahn und vom Gorkijer Bahnhof bequem zu erreichen, besitzt die Arbeiterbauernoffenschaft „Paradies“ zu Berlin, Kottbuser Ufer 44, ein circa 100 Morgen großes Gelände, auf dem sie bereits eine Reihe Wohnhäuser mit insgesamt 85 Wohnungen von 1, 2 und 3 Stuben zu einem Mietspreis von monatlich 21 bis 40 M. hergestellt hat. Sämtliche Wohnungen haben Badebelegenheit, zum überwiegenden Teil eigene komplette Badeeinrichtung. Ein Gärtchen in der Nähe des Hauses ist selbstverständlich.

Das rege Interesse, welches auch die Arbeiterbevölkerung für eine gesunde Wohnungspolitik bekundet, haben die Genossenschaft veranlaßt, versuchsweise einen ihrer Baukörper mit Einfamilienreihenbauern zu besetzen. Im Sommer vergangenen Jahres wurden 54 solcher Wohnungen, auf sechs Gruppen verteilt, sowie zwölf Wohnungen in zwei Etagenhäusern untergebracht, in Angriff genommen, die jetzt ihrer Vollendung entgegensehen, und vom 15. März ab bezogen werden.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte veranstaltet auch in dieser Woche wiederum hygienische Vorträge, die nachstehend aufgeführt sind. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist unentgeltlich. Am Donnerstag, den 6. März, sprechen in den folgenden Schulen über: Verdaulichkeit beim Gekochten und Kranken“ Herr Dr. W. Kramm, Nigaeer Straße 81/82, Herr Dr. Moses, Waldenstraße 20/21, Herr Dr. G. Sandberg, Eberswalder Str. 10, Herr Dr. Ratkowski, Skalitzer Str. 55/56.

Ueber „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“ sprechen am Freitag, den 6. März, Herr Dr. G. Siefert, Dillstr. 4/5, Herr Dr. A. Simon, Kanfstr. 17, Herr Dr. Bour, Passauerstr. 5, Herr Dr. Jabel, Bergmannstr. 28/29. (Nur für Frauen.)
In Urig, Gemeindefchule, Bürgerstraße, spricht Montag, den 2. März, Herr Dr. Kühne über „Ursache und Verhütung von Frauenkrankheiten“ (Nur für Frauen.)
In Charlottenburg, Gemeindefchule, Sophie-Charlotten-Str. 60/70, spricht Mittwoch, den 4. März, Herr Dr. G. Hagedorn über „Infektionskrankheiten“.

In Köpenick, Dorotheenschule, Freiheit, spricht Dienstag, den 3. März, Herr Dr. W. Brund über „Hals-, Hals- und Ohrenkrankheiten“.
In Friedenau, Gymnasium am Mahdaplaz, spricht Montag, den 2. März, Herr Dr. Chajes über „Geschlechtskrankheiten und deren Verhütung“.
In Nichtenberg, Gemeindefchule, Kronprinzenstraße 10, spricht Donnerstag, den 5. März, Herr Dr. M. Birnbaum über „Die Schlingen wie uns vor ansteckenden Krankheiten?“
In der „Neuen Schule“, Marktstraße, spricht am Dienstag, den 3. März, Herr Dr. G. Hirsch über „Herz, Lungen und Sport“.
In Mariendorf, Gymnasium in der Kaiserstr. 17/21, spricht Donnerstag, den 5. März, Herr Dr. Friedländer über „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“.
In Neukölln, Albrecht-Dürer-Ober-Realschule, Emser Str. 137, spricht Freitag, den 6. März, Herr Dr. Keil über „Störungen der Schwangerschaft, der Geburt und des Wochenbettes“ (Nur für Frauen.)
In Pantow, Gemeindefchule, Granowstraße, spricht Donnerstag, den 5. März, Herr Dr. v. Ruffowski über „Die Tuberkulose und deren Verhütung“.
In Reinickendorf-DE spricht Mittwoch, den 4. März, Herr

Dr. Vobländer über „Geschlechtliche Ansteckungen und ihre Folgen“, Gemeindefchule Lette-Allee 28/27.
In Reinickendorf-West, Gemeindefchule, Auguste-Viktoria-Allee 87, spricht Donnerstag, den 5. März, Herr Dr. L. Peltelohn über „Erste Hilfe in Unfallsfällen“.
In Schöneberg, Gemeindefchule, Feurigstr. 61/62, spricht Dienstag, den 3. März, über „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“ Herr Prof. Dr. Vinkuh. (Nur für Frauen.)
In Steglitz, Gemeindefchule, Plantagenstr. 8/9, spricht Mittwoch, den 4. März, Herr Sanitätsrat Dr. Wittenzweig über „Welchen Schutz bietet unsere Zeit den Geisteskranken?“
In Zehlendorf, Gemeindefchule, Treslowstraße, spricht Dienstag, den 3. März, Herr Dr. M. Halle über „Erkrankungen der oberen Luftwege“.
In Tempelhof, Gemeindefchule, Friedrich-Wilhelm-Str. 11/13: Ueber „Die Tuberkulose und ihre Verhütung“ spricht am Dienstag, den 3. März, Herr Dr. Neher.
In Weihenau, Langhausstr. 120, spricht am Freitag, den 6. März Herr Dr. Schwend über „Beschwerden von Seiten des Harnapparats“. Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich abends 8 Uhr.

Vorortnachrichten.

Wahlen mit Hindernissen.

Die Ausschussswahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Adlershof und Umgebung zeigten diesmal eine stärkere Beteiligung als in den früheren Jahren. Lange hat es gedauert, bis die zuständigen Stellen sich entschließen konnten, die Wahlen anzuberaumen, werden doch schon seit Monaten die Geschäfte der Wasse nur durch einen Rentanien erledigt und nicht durch einen Vorstand und Ausschuss, wie es die Satzungen der Reichsversicherungsordnung vorschreiben. Besonders waren es die Frauen, die sich sehr rege an der Wahl beteiligten. Leider konnten im Bezirk I in Treptow Hunderte von Wählern ihr Wahlrecht nicht ausüben, weil das Wahllokal sich als zu klein erwies und nur noch diejenigen ihren Stimmzettel abgeben durften, die um 7 Uhr im Wahlzimmer eingepfercht waren. Nicht besser war es im Bezirk II Nieder-Schöneweide, wo ebenfalls nur ein kleines Zimmer als Wahllokal diente. In langen Zügen mußten bei diesem nässlichen Wetter die Wähler stundenlang auf der Straße ausharren, bis sie wählen konnten. Eine langsame Abfertigung machte sich in allen Wahllokalen bemerkbar.

Es ehrt die Arbeiter, daß sie fast in den meisten Betrieben das Opfer brachten, einige Stunden Lohn zu verlieren, um früher zur Wahl gehen zu können, sonst wäre noch mehreren Mitgliedern ihr Wahlrecht illusorisch gemacht worden.

An ostelbische Wahlen gemahnte das Bild im Bezirk III in Rudow. Hier führte ein Herr Daubis das Rudel, obwohl er nur als Beisitzer dem Wahlvorstande angehörte. Es mag ja hier in den Vormittagsstunden ganz gemütlich gewesen sein, als die Getreuen dieses Herrn und die ländliche Bevölkerung mit dem richtigen Stimmzettel in der Hand im Wahllokal waren. Anders wurde es, als diejenigen kamen, mit denen man nicht gerechnet hatte, denen anscheinend das Wählen verweigert werden sollte dadurch, daß als Wahlort Rudow bestimmt wurde. In Hunderten strömten Frauen und Männer die Chaussee von Grünau und Adlershof entlang; dazwischen führten von der Unterkommission der Gewerkschaften gestellte Krempfer, um den älteren Leuten die Ausübung ihres Wahlrechtes zu ermöglichen.

Als die Hartenden durch särmische Jurufe ihren Anwillen kundgaben und schneller abgefertigt sein wollten, bekamen es die Herren wohl mit der Angst zu tun; sie erbaten sich deshalb polizeilichen Schutz. Hierauf konnte unter deren Obhut, aber auch nicht besser wie zuvor, die Wahl weiter vor sich gehen. Die letzten Wähler mögen wohl erst um 11 Uhr nachts nachhause gekommen sein. Mit wie wenig Wählern man gerechnet hatte, zeigte der Wahlzettel, auf welchem außer einer Stimmzetteliste noch einige Suppenkücheln und Wasserreimer als „Urnen“ fanden; allerdings war sehr oft die Gefahr vorhanden, daß der Wahlzettel mit dem Wahlvorstande von der unwilligen Menge umgekippt wurde.

Auch bei den Arbeiterwahlen, die im Restaurant „Loreley“ stattfanden, war eine sehr starke Beteiligung zu verzeichnen; hier gewährten wenigstens die Raumbhältnisse genügend Platz.

Man kann sagen, daß die Vorarbeiten und die Wahlen zur Krankenkasse mit einer Begeisterung geführt wurden, wie man sie sonst nur für die Reichstagswahl antrifft. Hoffentlich fällt das Resultat, das jetzt vom Versicherungsamt festgestellt wird, so aus, daß die Delegierten der freien Gewerkschaften die Mehrheit im Ausschuss haben.

Neukölln.

Die Abfendung einer Petition an den Landtag wegen der Einführung eines geschlichen Ausgleichs der Volksschulnoten in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten der Monarchie, bilicete den Gegenstand der Beratung in der letzten Stadtvorordnetenversammlung. Justizrat Abraham (Altbürgerl.) begrüßte die in der Petition aufgestellte Forderung; sie sei so gerecht, daß sie nicht oft und laut genug erhoben werden kann, bis sich die maßgebende Stelle entschließt, der Forderung Gehör zu schenken.

Stadt. Silberstein (Soz.) erklärte namens seiner Fraktion, der Petition ebenfalls die Zustimmung zu geben, da sie in vorzüglicher Form abgefaßt sei und keine Angriffe auf eine Nachbargemeinde enthalte. Der Ausgleich könne natürlich nur auf der Basis freierster Entwicklung der Gemeinden zustande kommen. Am besten lies dies durch Eingemeindung großer Stills erfolgen. Jedenfalls könne der Zweckverband als Organisation für den Ausgleich der Volksschulnoten nicht in Frage kommen. Dieser sei ein Gebilde, was nicht leben oder sterben könne. Auf diesen Landtag dürften wir auch keine allzu großen Erwartungen setzen.

Stadt. Rosenow (kommunalfortschr.) erzuhte namens seiner Fraktion ebenfalls um die Zustimmung zu der vorliegenden Petition. Die Stadtvorordnetenversammlung erklärte mit der Abfendung der Eingabe ihr Einverständnis.
Für den geplanten Rathausbrunnen will die Landes-kunstkommission die Kosten übernehmen, wenn die Stadtgemeinde ein Drittel der Gesamtkosten übernimmt. Dieses wurde beschlossen. Ferner wurde noch ohne Debatte beschlossen, daß die Stadt-gemeinde Neukölln der Radiumgesellschaft Groß-Berlin als Mitglied beitrete. Zu diesem Zweck wurden die entstehenden Kosten von 3000 M. bewilligt.
Zur Teilnahme an den Schularzkonferenzen wurden 6 Mitglieder der Stadtvorordnetenversammlung gewählt; von der sozialdemokratischen Fraktion gehören derselben die Genossen Dr. Silberstein und Dr. Fürst an.

Die Wahlen zum Kaufmannsgericht

finden heute von 12 bis 3 Uhr in den Schulgebäuden Erlstraße 27/28 und Vobdinstr. 52/56 statt. Jeder freie Arbeiter muß seine Stimme abgeben für
Liste A 2
beginnend mit Otto Schulze.
Für die wahlberechtigten Handlungsgehilfen kommt nur die Liste B 3 des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in Frage. Auskünfte in allen Wahlanglegenheiten erteilt das Zentralwahlbureau im Restaurant Wachheiter, Vobdinstr. 4. Kein Wähler darf der Wahlurne fernbleiben, da es auf jede Stimme ankommt. Handlungsgehilfen, darum auf, wählt die freigewerkschaftliche
Liste B 2

Straßenbahnunfall. Gestern abend gegen 8 1/2 Uhr wollte ein Herr Stefan Penlowitz aus der Steinmetzstraße 26 an der Ecke der Berg- und Steinmetzstraße den in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen verlassen. Er kam jedoch zu Fall und blieb bewußtlos neben den Schienen liegen. Auf der Unfallsstation wurde ein schwerer Schädelbruch festgestellt. Nach Anlegung von Notverbänden brachte man den Verunglückten nach dem Krankenhaus in Rudow.

Treptow-Baumfchulweg.

Heute Sonntag finden die Gemeindevahlen der 3. Abteilung statt. Die Wahlzeit ist von früh 8 Uhr bis 12 Uhr mittags festgesetzt. Wer innerhalb dieser Zeit nicht zur Wahl geht, verliert sein Wahlrecht. Das Wahllokal für den 3. Bezirk (Ortsteil Baumfchulweg) ist die Turnhalle, Kieffolstraße 74. Hier sollen in 4 Stunden 1010 Wähler ihr Wahlrecht ausüben. Das Wahllokal für den 4. Bezirk (Ortsteil Treptow) ist die Turnhalle, Douchestr. 76. Hier kommen 2344 Wähler in Betracht. Es scheint daher geboten, recht frühzeitig zur Wahl zu gehen.

Die Genossen wollen sich daher recht zahlreich an der Wahlarbeit beteiligen. Das Wahlbureau der Partei ist für den Ortsteil Treptow im Lokal von Scholze, Graegstraße 49, und für den Ortsteil Baumfchulweg im Lokal von Woch, Baumfchulweg 67.

Friedenau.

Ueber Militarismus und Arbeiterklasse sprach in der gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Dr. Thalhimer. Redner schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede: Auf das Frankfurter Urteit gegen die Genossin Luxemburg, das der Kritik und dem Kampf gegen den Militarismus überhaupt gelte, gibt es nur eine Antwort: Jetzt erst recht! In der lebhaften Diskussion gab eine Reihe von Rednern der die Versammlung beselenden Kampflust und dem Verlangen nach energischen und umfassenden Angriffsalitionen Ausdruck.

Der Antrag des Vorstands, die 6 Jahlabende versuchsweise für die nächsten 3 Monate zu 2 zusammenzulegen, wurde angenommen. Genosse Bloch wies im Anschluß an die Diskussion darauf hin, daß das Grundübel, an dem die Jahlabende krankte, die bestehende Organisationsform sei, die der Selbsttätigkeit der Mitglieder viel zu enge Schranken ziele. Ein Antrag, der den Berliner Zentralvorstand und den Parteivorstand aufforderte, Massendemonstrationen gegen das Frankfurter Urteit zu veranstalten, wurde angenommen. Eine besondere Versammlung soll sich später mit der Reorganisation von Groß-Berlin beschäftigen.

Steglitz.

Bauernfängerei bei den Gemeindevahlen. Unsere gestern gedruckte Ansicht, daß die Wähler der dritten Klasse von der herrschenden Hausbesitzerpartei nur als Stimmvieh betrachtet werden, wird bestätigt durch ein Flugblatt, das noch kurz vor Tagesbruch von einem angeblichen „Wahlanschuss der vereinigten bürgerlichen Parteien“ verschickt wurde. Dieses Flugblatt ist von der ersten Zeile bis zur Unterschrift ein so faustdicker Schwundel und eine so dreiste Spekulation auf die Urteilslosigkeit der Wähler der dritten Klasse, daß alle diejenigen, die darauf hineinfallen, die Bezeichnung „Stimmvieh“ vollaus rechtfertigen. Die „vereinigten bürgerlichen Parteien“ sind nämlich in Wirklichkeit nur der Hausbesitzerverein mit seinem Anhängel „Kommunalverein“, und die Kandidaten sind oeshalb auch lediglich von ihm ernannt resp. bestätigt. Der empfohlene Obertelegraphenassistent Höber ist sogar Vorstandmitglied des Hausbesitzervereins. Und diese markierten Kandidaten versprechen in dem Flugblatt, einzutreten für die baldige Stadterwerb, für Verbesserung der Volksschule, für die Bekämpfung des Wahlrechtsraubes, für die Fortentwicklung der sozialen Fürsorge. Und doch war und ist es die Hausbesitzerpartei, die die Stadterwerb mit allen Mitteln verzögert, die durch Errichtung von Mittelschulen die Verbesserung der Volksschule verhindert, die den Wahlrechtsraub begangen hat und sich mit Händen und Füßen gegen die wiederholten Versuche, das Wahlrecht des anderthalbfachen Steuerbetrages zu beseitigen, gewehrt hat. Es ist die Hausbesitzerpartei, die auch alle Anträge der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Sozialpolitik niederstimmte. Die organisierte Arbeiterkraft weicht das alles, aber die große Masse der rund 14000 Wähler der dritten Klasse ist nicht unterrichtet, und auf die Stimmen dieser Leute wird spekuliert. Parteigenossen, hier müßt Ihr alle eingreifen! Sagt Euren Bekannten, Euren Arbeitskollegen, an die wir durch die Presse und Versammlungen nicht herankommen, die Wahrheit über alle diese Dinge, sie werden sich dann nicht einsperren lassen. Es wird morgen, Montag, und übermorgen, Dienstag, von 8 bis 12 und von 2 bis 8 Uhr gewählt. Wenn es irgend möglich ist, wähle schon am Montag. An beiden Tagen aber stellt Euch so früh wie möglich, jedoch spätestens um 6 Uhr abends, dem Wahlkomitee im Restaurant Element, Düppelstr. 7, zur Schleppearbeit zur Verfügung. Wer es ermöglichen kann, sei am Montag einige Minuten vor 8 Uhr früh in seinem Wahllokal (Mordredtschhof oder Schloßpark) zur Bureauwahl. Parteigenossen! Noch nie waren unsere Aussichten so gute, wie diesmal. Seid Ihr auf dem Posten, dann werden die drei Siege der Mehrheit entrisfen.

Lichterfelde.
Die Gemeindevretreung war zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um noch kurz von den Gemeindevahlen über die Einsprüche gegen die Wählerliste zu entscheiden und im Einklang mit der Zwei-Millionen-Etat in zweiter Lesung zu beraten. Gegen die Richtigkeit der Wählerliste lagen 15 Einsprüche vor, die fast ausschließlich sich dagegen richteten, daß die betreffenden Gemeindeglieder angeblich wegen Unselbstständigkeit nicht aufgenommen wurden.

Von diesen Einsprüchen wurden elf als berechtigt anerkannt und die nachträgliche Aufnahme beschlossen, die übrigen wurden abgewiesen. Unter diesen befanden sich auch solche, die nicht in Schlafstelle wohnen, sondern mit ihren Eltern einen gemeinschaftlichen Haushalt führen; ihnen wäre zu empfehlen das Verwaltungstreiberfahren wegen Verweigerung des Gemeindevrechtes gegen den Gemeindevorstand durchzuführen. Infolge der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung hat die Gemeindevretreung einem Ortsstatut zugestimmt, das allen Beamten, Lehrern, Angestellten der Gemeinde die auf Grund des genannten Gesetzes ihnen zustehenden Ansprüche gewährleistet; Gemeindevorordneter Lehmann war sich seiner Verantwortung gegenüber der Gemeinde voll bewußt und glaubte, auf die Gefahr der Simulation in diesen Kreisen besonders hinzuweisen zu müssen, wofür sie ihm hoffentlich recht dankbar sind.

An dem Gemeindevetat wurden wesentliche Änderungen gegenüber der ersten Lesung nicht vorgenommen, bis auf die Gemeindevorordneter, die aus verschiedenen Gründen, aber hauptsächlich aus Furcht vor der Konkurrenz der Nachbargemeinden, nicht auf 125 wie ursprünglich geplant, sondern nur auf 120 Proz. festgesetzt wurde. Das Gehalt des neuen Gemeindevorsetzers Prohm beträgt 12000 M. pro Jahr. Bei der Stadterwerb wurden an den Ausgaben für 2 1/2 Jahre 5000 M. getrichen, weil die Kommission annahm, daß die Kosten recht hoch seien und durch Anwendung von Stadterwerbungsmaschinen eine Verminderung herbeigeführt werden könne. Gemeindevorordneter Weidemann forderte eine straffere Organisation, Gemeindevor-

Bezirksdirektor Herr Bach eine ausgiebige Kontrolle der Gemeindearbeiter, von denen er behauptet, daß sie „herumtrotzen und sich was erzählen“. Wahrscheinlich gehören diese Gemeindearbeiter zu denjenigen, die moralisch mitschuldig sind an dem grauen Finanzelend der Gemeinde. Es ist bezeichnend, daß solche Ausführungen in der baltischen Presse regelmäßig ungedruckt werden. Auch an der Armenverwaltung soll gepöbel werden. Nach Angabe der Staatskommission kommen auf den Kopf der Bevölkerung in Lichterfelde 2 1/2 M., also fast ebensoviele wie Neukölln, dessen Bevölkerung im Gegensatz zu Lichterfelde wenig wohlhabend ist. Woher diese erhöhten Kosten im Etat der Armenverwaltung kommen, konnten merkwürdigerweise weder die Staatskommission noch Mitglieder der Armenkommission angeben; aus der Armenfürsorge speziell können sie nicht entstanden sein, denn die ist in Lichterfelde genau so ungenügend und minderwertig wie anderwärts. Beim Schultat regte Gemeindevorordneter Schürmer an, den Turnvereinen bezüglich der Benutzung der Turnhallen in den Schulen entgegenzukommen und die bis jetzt recht hohe Entschädigung zu ermäßigen. Auch Gemeindevorordneter Herr Bach empfahl die Turnvereine dem Wohlwollen des Gemeindevorstandes, der versprach, die Angelegenheit im Sinne der Vorredner zu erledigen. Auch wir schließen uns diesen warmen Worten an und empfehlen unersetzlich dem Arbeiterturnverein, sich wegen Ueberlassung der Schulturnhallen an den Gemeindevorstand zu wenden, da bei dem Uebermaß von Wohlwollen sicherlich auch für ihn etwas abfällt.

Infolge der Festsetzung der Gemeindeeinkommensteuer auf 120 Proz., statt 125 Proz., ergab sich ein Defizit von 46 306 M., das aus dem Steuerzuschlagsfonds gedeckt werden muß. Derselbe betrug 240 210 M. und mußte bedecken ein Defizit 1912: 16 000 M., 1913: 182 000 M. und jetzt 1914: 46 306 M.

Für 1915 müßten demnach besondere Steuern für den Steuerzuschlagsfonds erhoben werden, damit er den gesteigerten Ansprüchen wenigstens noch für einige Zeit genügen kann!

Stralau. Aus der Gemeindevertretung. Als Armen- und Schularzt wurde Dr. Sonntag bestellt. Das Honorar für seine Tätigkeit als Armenarzt wurde von 200 auf 260 M. und das als Schularzt von 250 auf 350 M. erhöht. Die Schulzahnpflege wurde wiederum dem Zahnarzt Kaspari unter der alten Bedingung übergeben. Einem Antrag des Verlegers des Stralauer Anzeigers, um Erhöhung der Entschädigung für die Aufnahme amtlicher Bekanntmachungen, wurde gegen die Einwände unseres Vertreters stattgegeben. In der geheimen Sitzung wurde beschlossen, die mit der Stadtgemeinde Berlin-Lichtenberg im Zusammenhang stehenden Grundstücke am Rummelsburger See, welche seit fünf Jahren bestehen, auf dem Wege des Vergleichs zu beilegen. Für die Gemeinde kommen 1821 M. Steuern in Frage.

Röpenitz. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde an Stelle des Herrn August Selchow, der sein Amt aus Gesundheitsrückgründen niedergelegt hat, der Fabrikbesitzer Paul Prämmer zum Stadtrat gewählt. Der Verlegung der Wassermesserprüfstation, welche sich jetzt im Gemeindebauhof am alten Markt befindet, nach der früheren katholischen Gemeindefabrik in der Luisenstraße, wurde zugestimmt. Zu einer Vorlage des Magistrats betreffs Errichtung einer Badeanstalt in der Kolonie Wendenhof am Langen See erklärte unsere Genossen ihre Zustimmung; sie beantragten zugleich, die Badeanstalt auch in eigener Regie zu verwalten. Bürgermeister Prämmer ersuchte, von einer Beschlussfassung über den letzten Antrag vorläufig abzusehen, da der Magistrat über die Frage der Verpachtung oder der Verwaltung in eigener Regie noch nicht Beschlus gefaßt habe, daher der Antrag unserer Genossen noch berücksichtigt werden könne. Die Verammlung beschloß demgemäß, die Frage des Verkaufs von 5000 Quadratmeter Land an der Waidendorfer Straße an den Deutsch-Israelitischen Gemeindebund zur Errichtung einer Fürsorgeanstalt für Mädchen wurde vertagt, um erst noch über den Charakter der Anstalt nähere Erklärungen einzuholen. Beschlüssen wurde ferner, die Dampfzähne, welche den Verkehr zwischen Friedrichshagen und dem Müggelschloß vermitteln, nicht mehr von der Gemeinde Friedrichshagen verwalten zu lassen, sondern vom 1. April dieses Jahres ab selbst zu übernehmen. Weiter wurde beschlossen, das Restaurant „Mendhorst“, das durch Versteigerung in den Besitz einer Bank übergegangen ist, für 25 000 M. auf Kosten der Stadt zurückzuerwerben, daselbst renovieren zu lassen und dann von der Stadt direkt weiter zu verpachten. Der Magistrat hofft auf diese Weise mindestens eine Rachtsumme zu erzielen, die der Verzinsung des aufgewendeten Kapitals entspricht. Bisher gehörte nur der Grund und Boden der Stadt, während die Pauschalitäten von dem Pächter erbracht resp. mit übernommen werden mußten. Rumme wurde der Bericht der Kommission zur Errichtung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung entgegengenommen. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Mehrheit der Kommission nicht für eine Arbeitslosenversicherung ist, da dies Sache des Staates sei. Die Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsnadaufweises für die Gemeinden Groß-Berlins sei indessen wünschenswert. Gleichzeitig mit dieser Angelegenheit wurde ein Antrag unserer Genossen verhandelt, der verlangt, daß 5000 M. bereitgestellt werden, um an Arbeitslose zinslose Darlehen in Höhe bis zu 40 M. zu vergeben. Unter lebhafter Zustimmung der bürgerlichen Vertreter ersuchte Stadtvorordneter Jacobi (fr. Sp.) diesen Antrag abzulehnen, da die Stadt schon durch Bereitstellung von 15 000 M. für Notstandsarbeiten mehr getan hätte, als andere Gemeinden Groß-Berlins. Von unseren Genossen wurde diesem Herrn gründlich heimgeleuchtet und nachgewiesen, daß die Stadt bisher weiter nichts getan als für einen Teil der Arbeitslosen ein wenig Arbeit beschafft hätte und zwar zu dem horrenden Verdienst von 2,20 M. pro Tag. Wenn hierbei von Vorteilen gesprochen werde, so sei derselbe auf Seiten der Stadt, die auf diese Weise billige Arbeitskräfte bekommen habe. Statt dessen sei es aber Pflicht der Gemeinden, die für die Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung zu sorgen. Wie vorausgesehen, wurde der Antrag der Kommission angenommen und der Antrag unserer Genossen abgelehnt. In geheimer Sitzung wurde noch beschlossen, das Bölenmiersche Hausgrundstück in der Waidenstraße neben dem Rathaus für die Stadt anzukaufen, um für spätere Erweiterungen des Rathauses Platz zu gewinnen.

Adlershof. Bei den Ersahwahlen zum Gewerbegericht war es uns möglich, einen weiteren Arbeitgeberbeisitzer durchzubekommen. Wir sind also jetzt vertreten durch sechs Beisitzer für die Arbeitnehmer und zwei für die Arbeitgeber. Die Wahlbeteiligung war eine sehr geringe. Wenn man die Bedeutung der Gewerbegerichte in Betracht zieht, muß man sich wundern, daß noch ein erheblicher Teil Gewerbebetreibender diesen Wahlen so wenig Beachtung schenkt. Daß dies für die Zukunft anders wird, muß unsere Aufgabe sein.

Tegel. Auf zur Gemeindevahl! Morgen, Montag, den 2. und Dienstag, den 3. März, finden die Gemeindevahlen statt. Hierzu nahm eine öffentliche Versammlung Stellung, in der Genosse Karl Leid die Gegenfälle in der Gemeinde und die unseren Genossen in derselben erwachenden Aufgaben beleuchtete. Besonders verwies er auch auf die in den Landgemeinden hervorragend herrschenden Terrainsgesellschaften, die mit ihren Spekulationsinteressen die Gemeinden und deren Verwaltungen stark beeinträchtigen. Aus diesem Interessenkampf ergab sich auch in den Gemeindeparlamenten ein ständiger Klassenkampf, den wir durch sozialdemokratische Gemeindevorsteher zu führen haben. Und solche zu wählen sei Pflicht aller Wahlberechtigten, die Genosse Leid in einem kräftigen Appell aufforderte, am Montag und Dienstag ihre

Schuldigkeit zu tun. — Die Versammlung nominierte einstimmig zu Kandidaten für die Wahl der Eingetragenen am Montag, den 2. März, die Genossen Ernst Renner und Joseph Kassa, als Nichtangetragene zur Wahl am Dienstag, den 3. März, den Genossen Alexander Meyer. Die Wähler des ersten Wahlbezirks haben sämtlich an beiden Tagen ihr Wahlrecht auszuüben, und zwar von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr, beide Male im Wahllokal bei Hamufed, Hauptstraße 6. Wer von den Genossen bei der Wahl behilflich sein will, und zahlreiche Beteiligung auch hierbei ist nötig, da auch unsere Gegner auf dem Posten sind, der finde sich rechtzeitig im Restaurant Horning am Brunowplatz ein. Die Verkündung der Wahlergebnisse findet Montag und Dienstag abends im Restaurant Renner, Berliner Straße, statt. — Für die Wahlen in der zweiten Klasse am Donnerstag und Freitag wurde als Kandidat Genosse Renner aufgestellt. Auch hier gilt es für unsere Genossen dieser Klasse, zahlreich am Wahltag zu erscheinen.

Reinickendorf-West. Ueber die Tätigkeit der Fraktion im Gemeindeparlament berichteten in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlbezirks der Genossen Vahr und Lange. In der Diskussion wurde die Arbeit unserer Genossen im wesentlichen gutgeheißen. Für die im März stattfindenden Wahlen zur Gemeindevertretung sind im Ortsteil Westen in der dritten Klasse zwei Angesehene zu wählen. Einstimmig wurden die Genossen Franz Lange und Heinrich Schütz nominiert. Eine Wahlbeteiligung in der zweiten Klasse wurde abgelehnt, da das famose Dreiklassenwahlrecht selbst einen Wahlerfolg nicht gewährleistet.

Der Vorsitzende wies sodann noch auf die Vorbereitungen zur „Roten Woche“ hin und ermahnte, tatkräftig zu agieren, um mit Genehmigung auf unseren Erfolg hindeuten zu können.

Nieder-Schönhausen, Nordend. „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gemeinde“, über dieses Thema referierte in einer öffentlichen Versammlung bei Niedemitt Stadtverordneter Genosse Dupont. Der Redner entwarf in großen Zügen ein Bild der Tätigkeit unserer Genossen in der Kommune. Hierauf erbat Genosse Bioge den Tätigkeitsbericht der Gemeindevertreter. Er erwähnte, daß die finanzielle Lage der Gemeinde eine sehr bedrückte sei. Es habe aller Anstrengungen unserer Genossen bedurft, um den Bürgerlichen die bescheidensten Forderungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Arbeitslosenfürsorge abzurufen. In der Diskussion suchte der Gemeindevertreter Herr Hermann Auhmann die Tätigkeit der Bürgerlichen herauszusträuben. Dabei machte er unseren Vertretern zum Vorwurf, daß sie für die Erhöhung des Steuerzuschlages auf 130 Prozent gestimmt hätten. Mit ihm rechnete Genosse Siebel in gründlicher Weise ab. Er betonte, daß, wenn die bürgerlichen Vertreter sparen zu müssen glauben, sie das tun sollten, wenn es sich darum handle, Mittel für patriotische Festlichkeiten zu bewilligen, für den Ausbau und die kulturelle Entwicklung des Gemeindelebens aber dürften die erforderlichen Mittel nicht getrichen werden. Genosse Hellrich widerlegte die Behauptung des Herrn Auhmann, daß die Sozialdemokraten die Erhöhung des Steuerzuschlages gewollt hätten. Bereits seit einigen Jahren, noch ehe die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung gewesen sei, habe der Steuerzuschlag 125 Prozent betragen. Er und seine Genossen hätten allerdings für die Erhöhung gestimmt, weil die Finanzmiserie dies erforderte und sie damit erreichen wollten, daß sozialpolitische Forderungen desto eher bewilligt werden können.

Als Kandidaten für die 3. Klasse wurde Paul Dumich, für die 2. Klasse Friedrich Freitmann und Albert Müller aufgestellt.

Hohen-Schönhausen. Der Termin für die Gemeindevahlen ist nunmehr auf Sonntag, den 8. März, von mittags 12 Uhr bis nachmittags 3 Uhr festgelegt. Das Wahllokal ist die Turnhalle im neuen Schulhaus, Nordendstraße. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen Karl Drens und der bisherige Vertreter Max Siebenwirt. Parteigenossen! Agitiert nach Kräften, damit unsere Kandidaten mit noch höherer Stimmenzahl gewählt werden als im Jahre 1912. Von gegnerischer Seite sind vier Kandidaten aufgestellt, von einer öffentlichen Agitation für dieselben ist aber nichts zu merken. Nur ein Herr, der für eine ganz besondere Art freiwirtschaftlichen Sozialismus strebt, zieht mit Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie zu Felde. Auf eine Aufforderung unserer Genossen, zu einer öffentlichen Aussprache zu erscheinen, lauff der Lappere.

Wittenau-Vorflur. Auf wiederholte Anfragen sei mitgeteilt, daß das am 7. März stattfindende Stiftungsfest des Jugendbundes eine Veranstaltung der bürgerlichen Jugendbewegung ist (Jugenddeutschland-Bund). Das Bergnügen vom Verein Jugendheim findet erst am 14. März statt. Erwachsene zahlen 25 Pf. Entree. Jugendliche unter 18 Jahren haben freien Zutritt.

Oranienburg. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Pflegekosten für das städtische Krankenhaus soll nach einem Magistratsantrage neu festgesetzt werden. Die benachbarten Gemeinden wie auch die hiesigen Krankenkassen zahlten bisher nach einem früheren Beschluß für die Behandlung und Verpflegung eines Kranken pro Tag 2,50 M. In Zukunft sollen mit Rücksicht auf die allgemeinen Teuerungsverhältnisse die Krankenkassen den Satz von 3 M. entrichten. Den benachbarten Gemeinden dagegen soll die mit dem Kreise bei Gewährung des zinsfreien Darlehns für den Krankenhausbau vereinbarte Vergünstigung von 25 Pf. pro Tag gewährt werden. Die Vorlage wurde der Krankenhausdeputation überwiesen. — Den Bericht der Staatskommission zur Genehmigung der städtischen Etats für 1914 gab Stadtvorordneter Neumann. Als einer unserer größten Sozialistenfreier konnte er seinen Gefühlen keinen Einhalt tun, und glaubte durch Phrasen unsere Genossen dafür zu strafen, daß sie es unternommen haben, eine Reihe von Anträgen zu stellen, die wohl im Interesse der Allgemeinheit liegen, aber keinesfalls den Beifall unserer Herren „Housagrier“ finden können. Für sein vorläufiges Vorgehen mußte er denn auch recht dicke Worte des Genossen Pappe anhören. Der Etat der Gemeinde weist eine Einnahme von 15 600 M. auf. Die Ausgaben belaufen sich auf 144 600 M. An Gehältern werden für insgesamt 38 Lehrkräfte 88 700 M. gefordert. Demzufolge ist von der Stadt ein Zuschuß von 129 000 M. erforderlich. Es waren im letzten Jahre 1816 Schulkinder vorhanden, die Schulkassen beitragen für jedes Kind 71,10 M. Unsere Genossen beantragten einen besseren Ausbau der Schulzahnpflege, Gewährung von freien Lehrmitteln an unbemittelte Kinder, Verabsolung von warmem Frühstück und Mittag. Sodann ging Genosse Pappe auf die hohe Klassenfrequenz ein und forderte hier baldige Abhilfe. Am ehesten werde diese durch eine zweimalige Ein- und Ausschulung und entsprechende Anstellung von weiteren Lehrkräften erreicht. Besonders arg seien die Zustände aber in der 7. und 8. Klasse, da hier die Schülerzahl 70 resp. 71 beträgt. Stelle man aber die Gemeindefabrik mit der höheren Schule in Parallele, so zeige sich, daß für jedes Kind der Gemeindefabrik 71 M., für das des Realgymnasiums aber 340 M. aus dem Stadtfiskus gezahlt würde. Eine Anfrage des Genossen Pappe, ob es richtig sei, daß von unbemittelten Eltern, deren Kinder bereits freie Lehrmittel erhalten haben, die hierfür entstehenden Kosten zurückverlangt worden sind, beantwortete der Bürgermeister damit, daß ihm solche Fälle nicht bekannt seien. Obwohl Stadtvorordneter Lehrer Rantow unserem Genossen in vielem beipflichtete, mußte, lehnten die bürgerlichen

Vertreter alle von und gestellten Anträge ab; es wurde lediglich zum Zwecke der Schulzahnpflege die Summe von 300 auf 500 M. erhöht. Der Etat für die gewerbliche Fortbildungsschule weist an Ausgaben 8100 M. auf, denen Einnahmen von 320 M. gegenüberstehen. Die Schülerzahl beträgt 106. Die Einnahmen für das Realgymnasium belaufen sich auf 16 500 M., während die Ausgaben 58 000 M. betragen. Im nächsten Jahre kommt noch für die Amortisation eine Summe von 10 000 M. hinzu, ebenso für die Einrichtung von zwei neuen Klassen ein Betrag von 3000 M. Der Etat für die höhere Mädchenschule weist in Einnahme 15 000 M. auf, denen eine Ausgabe von 32 800 M. bei einer Schülerinnenzahl von 120 gegenübersteht. Bei dem Amortisationsbeitrag betragen die Ausgaben 104 000 M. Die Einnahmen (Zuschuß aus dem Haushaltesat) betragen 21 700 M. Zu decken bleiben somit 83 200 M. Dieser wurde eine Amortisationsgebühr von 4 1/2 Proz. erhoben. Würde dieser Satz beibehalten, so würde ein Fehlbetrag von 29 000 M. entstehen, der auf die gesamten Steuern übernommen werden müßte. War schon in der Kommissionsberatung ein großer Streit darüber entstanden, wer diese Kosten zu tragen habe (Nieter oder Hausbesitzer), so sollte dieser im Plenum erst recht entbrennen. Beschlossen wurde, die Amortisationsgebühr auf 6 1/2 Proz. zu erhöhen. Die Beratung des Hauptetats mußte der vorgerückten Zeit wegen in eine in nächster Woche abzuhaltende außerordentliche Sitzung verlegt werden. Hätten unsere Genossen nicht eine Erhöhung der Amortisationsgebühren herbeigeführt, so müßten die Gemeindesteuerschläge unweigerlich auf über 300 Proz. festgesetzt werden.

Trebbin (Kreis Teltow). Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Kammereffizient für 1914 bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 127 700 M. Die Summe hat sich gegenüber dem Vorjahre wesentlich durch die Erziehung der Mittelschule erhöht. Es muß daher der Zuschlag zur Einkommensteuer von 100 auf 170 Proz. erhöht werden. Die Grundsteuer soll von 2 M. auf 2,90 M. pro Tausend erhöht werden. Auf Antrag des Genossen Richter wurde die Weiterberatung des Etats vertagt und derselbe einer Kommission zur Vorkonferenz überwiesen. Der Wasserwerkesat bilanziert mit 14 400 M. Die Grundgebühr des Wasserwerkes wurde von 1 Proz. auf 1 1/2 Proz. des Gebäudewertes herabgesetzt, was einen Anfall von 1100 M. verursacht. Die letzte Holzauktion brachte einen Erlös von 2492,10 M.

Neu-Zittau (Kreis Beeskow). Die Gemeindevahl findet am Montag, den 2. März, abends 7 Uhr im „Goldenen Anker“, statt. Die Arbeiterchaft wird ersucht, Wähler aus Neu-Zittau auf die Wichtigkeit dieser Wahl aufmerksam zu machen. Den Auftakt zur Gemeindevahl gab eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Reichardt über die Selbstverwaltung referierte. Hierauf wurde vom Genossen Schütz über die Tätigkeit in der Vertretung Bericht erstattet. Als Kandidaten wurden normiert: Richard Voigt für die dritte Abteilung und Gustav Hemmerling für die zweite Abteilung.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. **Vorkahle-Wittenau.** Dienstag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus. **Schwabde.** Montag, den 2. März, abends 6 Uhr, im Rathaus, Grünerhof. **Tempelhof.** Montag, den 2. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Gemeindefabrikzimmer, Dorstr. 42. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Frauen-Leseabende. **Friedenau.** Montag, den 2. März, bei Klabe, Handyrstr. 60/61, Vortrag der Genossin Dunder. **Friedrichshagen.** Dienstag, den 3. März, 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Friedrichstr. 60, 2. Hof, hinterer Hof. **Vantau.** Montag im Lokal von Schulz, Kurlenstr. 37. Vortrag: „Die Frau und die Gemeindepolitik“. Referent Genossin R. Böhm. **Wilmersdorf.** Montag 8 1/2 Uhr bei Schilling, Lauenburger Str. 20. Vortrag der Genossin Hagedorn über „Unser Frauenamt“. Diskussion. Aussprache über den Leseabend, Neuwahlen, Verschiedenes.

Jugendveranstaltungen. **Mit-Glück.** Dienstag, den 3. März: Vortrag über „Sowjetkrieg und Reformen“. Vortragender Ermin Neumann-Adlershof. Von den Arbeiter-Eltern wird erwartet, daß sie ihre Kinder im Alter von 14—18 Jahren dem Jugendheim zuführen. **Vantau.** Heute Sonntag, nachmittags 1/4 Uhr: Besuch des Tempelhof-Wandendorfer Jugendheims, Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 76. Treffpunkt: Kirche (Viktoriastraße). — Dienstag, den 3. März: Mädchenabend bei Frau Rodorf, Charlottenstr. 47. Anfang 8 Uhr. — Donnerstag, den 5. März, abends 8 Uhr: Les- und Diskussionsabend bei Heilmann, Marienstr. 7. Vortrag des Herrn Richter. — Sonntag, den 8. März: Unterhaltungsabend bei Schulz, Kurlenstr. 37. Anfang 8 Uhr. Registratorien, Lieder-, Gitarre- und Kondolinenvorträge, ausgeführt von Tempelhof-Wandendorfer Jugendheim.

Neukölln. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in Barfisch Festhöllein ein heiterer Abend statt. Mitwirkende: Muli; Jugendgänger „Lernen“, Gesang: Jugendheimlicher, Regitation; Bolter Trüger. Außerdem gelangt zur Aufführung: „Sommerabend in der Förkerel Franzenshof“. Szene aus dem Benefizleben mit vollständigem Tanz- und Chorgruppen zur Seite. Billetts für Erwachsene 20 Pf., für Jugendliche 10 Pf. sind im Vorderrestaurant von Barfisch zu haben. Die Duelle bleiben geschlossen. **Reinickendorf-West.** Heute Sonntag: Spielpartie nach Saatenfelde, Anfang 1 Uhr mittags vom Heim aus. Lieberbisher nicht vergessen! Das Spiel ist gestrichelt: Dienstags, Mittwoch, Donnerstags, Freitags und Samstags von 6 1/2—9 1/2, Sonntags von 4—9 1/2 Uhr. Jeden Freitag: Mädchenabend. Die Anzeigereiten werden gebeten, alle Schulentastenta auf das Heim aufmerksam zu machen.

Eingegangene Druckschriften. **Koalitionrecht und Arbeitgeber.** Herausg. von D. Schweizer Industrieamt-Verlag, 6. u. 8. Berlin NW 52, 20 Pf. **Universal-Bibliothek.** 5646, 47. Die Frau Professorin. Dorsgeschichte von A. Auerbach. — 5648, Das Ambigüel für das Deutsche Reich vom 8. April 1874. Herausgegeben von Dr. P. Michaelis. — 5649, Melchior Katalany. Erzählung von Solomon Mikschkin. — 5650, Vergessenen. Von H. v. Schulern. Einzelnummer 20 Pf. **Reclam, Leipzig.** **Die Wunder der Natur.** Lieferung 44—49. Erscheint in 65 Lieferungen à 60 Pf. Bang u. Co., Berlin W 57. **Die Persönlichkeit.** Heft 2. Romanstreife, herausgegeben von Ed. Schneider. Bertel, 2,90 M. — H. Kästner, Frankfurt a. M. **Hilfe in Zahlungsverlegenheiten.** Von Dr. E. Rademeyer. 4,50 M. — E. Abigt, Wiesbaden. **Geburtenrückgang und Geschlechtskrankheiten.** Von Prof. Dr. H. Blaschko. 80 Pf. — H. v. Barth, Leipzig. **Das Frauenbuch.** Bd. III: Stellung und Aufgaben der Frau im Recht und in der Gesellschaft. Herausgegeben von Eugenie v. Soden. Geb. 4,50 M. — Stuttgart, Franzische Verlagshandlung. **Durchs Ziel.** Roman von G. Tonole. 4 M. — J. Fontane u. Co., Berlin-Grunewald. **Echo aus der Katorga.** Sammlung von Briefen aus den russischen Gefängnissen. Herausgegeben von St. Wisler. 50 Cts. — **Demokratie und Militarismus.** Von H. Gerber. 50 Cts. — **Erlöse einer Gebirgswander.** Bilder aus der Hotelindustrie von Kneffe Klegg. 133 Cts. Gräfflert, Zürich.

Marktpreise von Berlin am 27. Februar 1914, nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums. Weizen (gute Sorte) 16,50—17,50, Donau 00,00—00,00, Reis (runder), gute Sorte 14,60—14,90, Rühlfisch 0,00 bis 0,00, Hen 6,80—8,00. **Kartoffelartenpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00, Spießbohnen, weiße 35,00—60,00, Bohnen 40,00—50,00, Kartoffeln (Kleinh.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—2,40, Schweinefleisch 1,40—2,00, Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 4,20—6,00, 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,40, Kälber 1,50—3,20, Zander 1,40—3,20, Hechte 1,40—2,90, Barsche 1,00—2,20, Schlei 1,00—2,20, Heie 0,80—1,50, 60 Stück Krebse 2,50—21,00.

Alle in der Leipziger Straße ausgegebenen Gutscheine, Leihbibliothek-Abonnements, Markler- und Prozentkarten usw. usw. werden nach der im Anfang März erfolgenden Schließung unseres Hauses am Dönhoffplatz im Passage-Kaufhaus, Friedrichstr. 110-112, erledigt

W. Wertheim G. m. b. H.

Friedrichstraße 110-112 ♦ Leipziger Straße 75-76
Passage-Kaufhaus am Dönhoffplatz

Konfirmanden-Stiefel u. Schuhe ganz besonders preiswert!

Damenkostüme

aus Stoffen englischer Art, moderne Fassons

16.50 24.00

marineblaue Kammgarn- oder Cheviotstoffe, feste, aparte Fassons

22.50 36.00

Kostümröcke

Stoffe engl. Art, verschied. Fassons

2.90 3.90

Jupons

Trikot mit seidnem Ansatz

3.90 4.50

reine Seide in verschiedenen Farben

8.50 12.50

Gardinenstoffe

Engl. Tüll für Schelbengardinen, ca. 67 cm breit, Meter 35, 50, 65 Pf.
Engl. Tüll für Gardinen, weiß und cremefarbig... Meter 32, 50, 75 Pf.
Engl. Mull mit Tupfen u. Stellen, ca. 120 cm breit Meter 72, 90 Pf., 1.05
Allover-Net englisches Tüllgewebe zur Anfertigung von Gardinen, ca. 140 cm breit Meter 60, 85 Pf., 1.15
Etamine bunt gemustert, für Schelbengardinen, ca. 65 cm breit Meter 70 Pf., 1.00, 1.50

Gardinen und Bettdecken

Engl. Tüll-Gardinen abgepaßt, Fenster = 2 Flügel 2.20, 3.75, 7.50
Engl. Tüll-Stores weiß und cremefarbig, gestreift oder mit Medaillon 1.75, 4.50, 7.50
Allover-Net-Halbstores mit Einsätzen und Spitzen 11.75, 14.75
Allover-Net-Stores mit Einsätzen und Spitzen 13.50, 15.50, 17.50
Erbstüll-Gardinen mit reicher Bandarbeit, Fenster = 2 Flügel 6.75, 9.75, 12.50
Erbstüll-Halbstores mit reichem Bandbesatz 2.60, 5.75, 8.50
Erbstüll-Stores elfenbeinfarbig u. ockergelb 4.60, 6.50, 8.75
Engl. Tüll-Bettdecken reiche Musterauswahl, für 1 Bett 1.65, 3.80, 6.75
Engl. Tüll-Bettdecken weiß und cremefarbig, für 2 Betten 5.75, 7.50, 10.50
Erbstüll-Bettdecken mit reicher Bandarbeit und Volant, für 1 Bett 3.75, 6.50, 8.75
Erbstüll-Bettdecken mit reichem Bandbesatz u. Volant, für 2 Betten 7.25, 9.75, 12.50

Fensterdekorationen

aus engl. Tüll Ornament: 2 Flügel u. 1 Querbehang 4.75, 7.50, 10.50
aus Erbstüll mit reichem Bandbesatz 5.80, 9.75, 11.75
aus Velvet mit reicher Stickerei und Applikation 8.25, 9.50, 13.75
aus Kochelleinen reich bestickt u. appliziert 7.90, 12.50, 15.00

Decken

Kamelhaardecken mit Greque-Kante, schwere Qualitäten 13.25, 15.75, 24.75
Diwanddecken Phantasiegewebe, moderne oder persische Muster 4.90, 7.50, 9.75
Diwanddecken Gobelingsgewebe in reicher Musterauswahl 15.00, 18.00, 24.00
Tischdecken Phantasiegewebe, bunte und persische Muster 2.40, 4.50, 5.25
Tischdecken Filstroch bestickt 1.75, 3.00 und appliziert 3.75, 6.50

Deutsche Teppiche

Axminster gute Qualität, reiche Musterauswahl ca. 165/235 cm 18⁶⁰ 200 25⁷⁵ 260 41⁵⁰
Prima-Axminster vorzügliche Qualität, neueste Muster ca. 170/240 cm 31⁵⁰ 200 46⁵⁰ 250 68⁷⁵
Prima-Velours erprobte haltbare Qualität ca. 170/230 cm 25⁷⁵ 200 37⁷⁵ 250 64⁵⁰
Bouclé moderne Muster und Farben, gute Qualität ca. 165/235 cm 18⁷⁵ 200 26⁷⁵ 250 44⁵⁰

Nur Friedrichstr. Orient-Teppiche Nur Friedrichstr.

Ein Posten durchweg □-Meter Persische Zimmer-Teppiche 21.00
Ein Posten schwere, seidenreiche Ware, durchweg Galerieteppiche 78.00
Ein Posten darunter viele alte Stücke Gendjes und Kasaks 35.00 bis 78.00

Nur im Passage-Kaufhaus, Friedrichstrasse

zur Dekoration benutzte echte Teppiche gereinigt und teilweise

repariert, zu äußerst niedrigen Preisen.

Damenmäntel

aus einfarbigen oder englisch-artigen Stoffen, schicke Fassons

18.00 25.00

Damenkleider

Weiße Stickereistoffe oder Wasch-Volle mit reicher Stickereigarnierung

6.75 12.50

Blusen

Wollkrepp oder Popelin in moderner Verarbeitung

2.90 3.75

Seide, neueste Farben und Fassons

5.75 6.50

Hervorragend preiswert:

Schlafdecken

graue Wolle mit gestreifter od. Jacquardkante... regulär 6.75 5.90
kamelhaarartig mit gestreifter Kante, schwere Qualität, regulär 4.85, 7.00 5.30

Hervorragend preiswert:

Steppdecken

Handarbeit, doppelseitig ca. 150/200, bordeauxrot od. olivgrün 9.50
Prima-Qualität, viele Farben... 11.25
Beste Qualit., besond. reiche Muster 15.75

Enorm billige Kleiderstoffe

Blusenstoffe Halbwolle gestreift... Meter 55 Pf.
Kostümstoffe gemustert, ca. 130 cm breit... Meter 75 Pf.
Stickereistoffe ca. 115 cm breit... Meter 85 Pf.
Krepon reine Wolle, ca. 105 cm breit... Meter 1.25
Voile-Stickerei-Volants ca. 110 cm breit... Meter 2.45

Enorm billige Seidenstoffe

Halbseidener Serge für Futterzwecke... Meter 65 Pf.
Blusen-seide gestreift, reiseid. Qualitäten, Meter 75 Pf.
Seiden-Voile gestreift 110 cm breit... Meter 95 Pf.
Paillette einfarbig, reine Seide... Meter 1.15
Messaline reine Seide, doppeltbreit... Meter 2.90

Die angesammelten Reste sowie einzelne Kleider u. Abschnitte von **Seiden-, Woll- u. Waschstoffen** außergewöhnlich billig

Ausnahme-Preise Kurzwaren und Schneidereiartikel

Nähnadeln mit Goldühr, 3 Briefe 10 Pf.
Messingstecknadeln 6 Briefe 10 Pf.
Sicherheitsnadeln sort., 2 Dtz. 9 Pf.
Haarnadeln gelbe Briefe, 6 Briefe 9 Pf.
Lockennadeln... 25 Pack 10 Pf.
Druckknöpfe rostfrei, 3 Dutzend 9 Pf.
Kragenstäbe Zellulose, 3 Dutzend 10 Pf.
Kragenstäbe „Spiral“, Seide, Dia. 9 Pf.
Nähseide... 4-Gramm-Rolle 10 Pf.
Armblätter Trikot... 3 Paar 25 Pf.
Armblätter waschbar, verschiedene Größen... 3 Paar 45 Pf.
Pa-Halbseidenband 3 Breiten, 3 Stk. à 1m 23 Pf.
Wäscheknöpfe versch. Grösa., 6 Dutzd. 15 Pf.
Jakonetband versch. Breiten, St. 10 Pf.

Sonder-Angebot für Schneider und Hausbedarf

Stoff-Büsten Prima Fabrikat ohne Ständer 3⁵⁰, mit Ständer und Metallschraube 5⁸⁰
Nähgarne erstklassiges Fabrikat!
Konfektionsgarn Kreuzspule 1000-Yard-Rolle 11 Pf.
Untergarn... 1000-Yard-Rolle 14 Pf.
Obergarn... 1000-Yard-Rolle 25 Pf.
Obergarn auch farb. 200-Yard-Rolle 5 Pf.

Durch Dekoration angestaubte Englische Batist-Taschentücher

weiß mit Hohl-saum... Stück 7 Pf.

Reichstag.

224. Sitzung, Sonnabend, den 28. Februar 1914, mittags 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Breitenbach.

Nach debattierter Erledigung der Rechnung über den Haushalt des Schutzgebietes Staatschau für 1908 wird die zweite Beratung des

Etats der Verwaltung der Reichseisenbahnen fortgesetzt.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Die positive Arbeit der Sozialdemokratie zeigt sich immer wieder deutlich an den Verbesserungen, die die Lage der Arbeiter erfährt. Dafür ist der Etat der Reichseisenbahnen ein deutliches Beispiel, und trotz aller Einwendungen von Herrn Jäcker nimmt die Sozialdemokratie für sich das Verdienst in Anspruch, durch ihre ständige Kritik die Verbesserungen der Lebenslage und der Arbeitsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter herbeigeführt zu haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Verbesserungen sind sicherlich ungenügend, aber was geschehen ist, verdanken die Arbeiter dem energischen Vorgehen meiner Partei, nicht aber der dienstfertigen Unterwürfigkeit, die Herrn Jäcker und seine Freunde auszeichnen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) — Die Betriebssicherheit im deutschen Eisenbahnenwesen macht, wie wir gern anerkennen, dank den Bemühungen der Verwaltung große Fortschritte. Immerhin haben sich in der letzten Zeit Unfälle ereignet, die die Frage nahe legen, ob nicht noch viel zu tun übrig bleibt. So bedarf namentlich die schwere Katastrophe dringend der Aufklärung, der am 2. Januar ein Militärzug mit Wehrnachurlaubern im Bahnhof Boßpi bei Reh zum Opfer gefallen ist. 7 Soldaten verunglückten tödlich, 7 andere wurden schwer verletzt. Es fragt sich, ob in den Einrichtungen des Bahnhofs alles Nötige geschehen ist, und ob in der Anstellung ortsfundiger Lokomotivführer die Verwaltung sorgfältig genug vorgeht. Der Fall ist so schwer, daß wir vom Herrn Eisenbahnminister hier wohl Aufklärung erwarten dürfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach:

Ich will mir bei Erörterung dieses fürchtbaren Unglücks große Reserve auferlegen, da die Untersuchung in vollem Gange ist. Nicht richtig ist, daß der betreffende Führer ortsunkundig war; er hat selbst die Unkundigkeit für sich beansprucht, hat auch gleichartige Fälle schon erfahren. — Erfreulich war mir, daß der Abg. Weill anerkennt, daß die Betriebssicherheit der deutschen Eisenbahnen an erster Stelle steht. Sie ist in der Tat die größte von allen Eisenbahnen der Welt. Das kann und eine gewisse Veruhigung geben, wenn so schwere Unglücksfälle über uns hereinbrechen. — Die neue Lohnordnung ist in vollem Einverständnis der Verwaltung mit den beteiligten, natürlich erstklassigen Arbeitern zustande gekommen, ich hoffe daher, daß sie in der Gesamtarbeiterchaft größte Befriedigung hervorrufen wird.

Abg. Dr. Schay (Elf.):

wünscht einige neue Zugverbindungen im Elsaß.

Abg. Jäcker (natl.):

Das Koalitionsrecht nehmen auch wir in Anspruch, auf das Streikrecht verzichten wir, darin unterscheiden wir uns von den Sozialdemokraten. Sie sagen, die Arbeiter werden nicht streiken, wenn sie ausreichende Löhne haben. Aber es gibt auch andere Anlässe zum Streiken. Daran, daß die Eisenbahnen nicht still liegen, hat das ganze Volk das größte Interesse. Damit schließt die Debatte.

Im Außerordentlichen Etat beantragt die Budgetkommission den viergleisigen Ausbau auf der Strecke Strahburg-Basel und Einstellung von 50 000 M. für Vorarbeiten zur Erschließung des Rieds und der Hardt.

Abg. Dr. Haegy (Elf.):

Befürwortet einen Antrag, an Stelle des viergleisigen Ausbaues der Strecke Strahburg-Basel 300 000 M. zum Bau der Ried-Hardtbahn einzusetzen.

Die Abstimmung wird mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses ausgesetzt.

Es folgen die Einnahmen.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

Von der Lösung der Frage der Mosel- und Saar-Kanalisation hängt die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens ab. Nicht nur die Großindustrie, auch der Mittelstand und die Arbeiterschaft sind an der endlichen Verwirklichung des Kanalprojektes interessiert. Auch besteht die Befürchtung in der Bevölkerung, daß die Lebensmittelversorgung in ersten Zeiten ohne die Kanalisation außerordentlich schwierig ist. Der Eisenbahnminister bestreitet, aus kleinlichem fiskalischem Interesse sich der Mosel-Saar-Kanalisation zu widersetzen, sondern führt das wirtschaftliche Interesse des Niederrheins, der rheinisch-westfälischen Industrie an. Diese Industrie widersetzt sich aber gar nicht mehr der Mosel-Saar-Kanalisation. Aber der Minister fürchtet, die ganze niederrheinische Industrie würde nach Lothringen abwandern und sich an der Mosel und Saar niederlassen, und zwar nicht allmählich, sondern sehr schnell. Diese Furcht ist hinsichtlich des Mosel-Saar-Gebietes gar nicht mehr weiter aufnahmefähig für die Schwerindustrie, denn der Erzvorrat Lothringens ist vergeblich. Aber auch abgesehen davon ist es ausgeschlossen, daß eine Industrie, die mit ihrer Heimat so eng verknüpft ist, wie die rheinisch-westfälische, ihre Heimat ohne weiteres verlassen wird, der Niederrhein ist auch gar nicht Gegner der Mosel-Saar-Kanalisation. Mitglied des Verbandes für diese Kanalisation sind die Handelskammern von Bochum und Düsseldorf und die Bede Hibernia (Hört! hört! links), an der der preussische Fiskus stark beteiligt ist. Die sogenannte kleine Mosel-Kanalisation, die der elsässische Landtag bereits beschlossen hat, ist keineswegs als Pressionsmittel auf Preußen gedacht, um die große Kanalisation zu erlangen, sondern auch dies kleinere Projekt ist schon von eminenter wirtschaftlicher Bedeutung, speziell für Strahburg. Große Aussicht auf Verwirklichung hat das französische Kanalprojekt der Mosel, durch das Luxemburg an das französische Industriegebiet angeschlossen werden würde. Sehr schwer würde der Niederrhein durch die Vollendung dieses Projektes getroffen werden; denn die französischen Industriegebiete, die heute ausschließlich Rohstoffe beziehen und Eisenerze noch dem Niederrhein liefern, würden dann belgische und englische Rohstoffe können und mit England und Belgien in den Austauschverkehr treten, den sie heute mit dem Niederrhein haben. Das sind Gefahren, die dem Niederrhein wirklich drohen, nicht die eingebildeten, die der Minister aus der Mosel-Saar-Kanalisation befürchtet. Die Konkurrenz zwischen Wasserstraßen und Eisenbahnen ist nicht neu; aber man sollte doch einsehen, daß diese Konkurrenz nicht übertrieben werden darf, sondern daß beide Anstalten dem allgemeinen höheren Verkehrsinteresse dienen müssen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baffermann (natl.):

Die Ablehnung der Mosel-Saar-Kanalisation hat nicht nur bauerliche wirtschaftliche, sondern auch nationale Folgen. In anderen Gebieten treibt Preußen eine großzügige Kanalpolitik. Für

die Lebensmittelversorgung in den Gebieten der Mosel und Saar im Kriegsfall können die größten Notstände entstehen, wenn nur der Eisenbahnweg zur Verfügung steht. Die Erregung über die ablehnende Politik der Regierung ist in den beteiligten Gebieten sehr groß. (Sehr richtig! bei den Natl.) Die Bewegung ist so stark geworden, daß der Widerstand des Ministers sicher mit der Zeit fruchtlos sein wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Minister v. Breitenbach:

Ich habe erst kürzlich im Abgeordnetenhaus ausführlich zu dieser Frage gesprochen und kann nur sagen, daß ich neues nicht mitzuteilen habe. Aus überwiegend wirtschaftlichen Rücksichten kann die Kanalisation der Mosel und Saar zurzeit nicht in Aussicht genommen werden. Die Abwanderung vom Ruhrgebiet würde zu groß sein. Die Handelskammern vertreten in diesem Falle mehr die Interessen des Handels als der Industrie. Was die angeführten militärischen Gründe anlangt, so werden sie vom Generalstabes nicht geteilt. Er legt, wie ich im Friedensinteresse, größeren Wert auf den Ausbau der Eisenbahnstrecken dieses Gebietes. Außerdem hat die Verwaltung bereits große Eisenbahntraktierungen gewährt, die 80 Proz. der Waren betreffen, die auf den kanalisiertem Flüssen transportiert werden. Sie beziehen sich auf annähernd 13 Millionen Tonnen Güter. Was hierdurch geleistet wird ist außerordentlich viel, und trägt den nationalen Bedürfnissen auch Rechnung. (Sehr richtig! rechts.) — Das große Projekt in Frankreich zu wagen, ist richtig, aber eine Aussicht, daß sie zur Ausführung kommen, besteht zurzeit nicht. Das Großherzogtum Luxemburg hat den größten Vorteil von den Frachtermäßigungen, ohne eine Mark Ausgaben dadurch zu haben.

Elsaß-Lothringischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Nobis:

Es besteht in dieser Frage bekanntlich ein Gegensatz zwischen der preussischen Regierung und der kaiserlichen Regierung in Elsaß-Lothringen. Jede Regierung unseres Landes muß für die Kanalisation der Mosel eintreten, weil die natürlichen Verhältnisse des Landes das verlangen. Aber ich erkenne an, daß die Gründe Preußens schwerwiegend sind. (Sehr richtig! rechts.) Wenn das Projekt zustande kommen sollte, müßte Preußen große Opfer bringen. Trotzdem hoffen wir, daß das Projekt schließlich noch zustande kommt, und zwar deshalb, weil wir wissen, daß Preußen ein Staat ist, der gewohnt ist, nach dem Grundgesetz noblesse oblige (Adel legt Pflichten auf) zu handeln. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Es ist eine eigenartige Situation. Hier liegt einmal der Fall vor, wo ganz Elsaß zum engeren Anschluß nach Deutschland drängt und unglücklicherweise kann in die dargebotene Hand nicht eingeschlagen werden. Helfen Sie mir, Elsaß wirtschaftlich zu heben, das ist der sicherste, vielleicht sogar der einzige Weg, dies schöne und reiche und mit so kostbarem Gut erkaufte Land dauernd mit Deutschland zu verschmelzen. (Bravo!)

Abg. Coßmann (3.):

tritt aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen für die Mosel- und Saarkanalisation ein.

Abg. Dr. Dertel (L.):

Der elsässische Bundesratsbevollmächtigte appelliert an das noblesse oblige, das Preußen zeigen sollte. Das ist selbstverständlich, und so etwas sagt man nicht. Ich bedaure auch, daß er von der dargebotenen Hand gesprochen hat. Es handelt sich hier lediglich um die sachliche Abwägung verschiedener wirtschaftlicher Interessen in ihrer Bedeutung für die Gesamtheit Deutschlands, und da sind die vom Minister angeführten Gründe für mich überzeugend; auch der elsässische Bundesratsbevollmächtigte sollte diese Erwägungen beachten. (Bravo! rechts.)

Abg. Schay (Elf.):

betont nochmals, daß die Befürchtungen für das rheinisch-westfälische Industriegebiet unbegründet seien.

Abg. Ledebour (Soz.):

Herr Dertel spielte sich hier als praecceptor germaniae (Führer Deutschlands) auf. Dieselbe Szene erlebten wir vor einigen Tagen in der Budgetkommission, wo er verfuhr, in derselben Weise wie heute dem Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrat, dem Staatssekretär Dr. Solz, den Zylinderhut aufzubügeln (Heiterkeit). Herr Dertel, der Vertreter eines preussischen Wahlkreises, stellt den preussischen Partikularismus über die weiche Weite seiner nationalen Gesinnung, früher, als er noch sächsischer Partikularist war, war sie wohl grün. (Heiterkeit). Herrn Dertels Belehrung war darauf berechnet, den Herren höheren und allerhöchsten Ortes eine schwarze Note zu geben. Offenlich bleibt diese Belehrung auf das künftige Wohlverhalten des Herrn ohne Einfluß. Der Vertreter der preussischen Regierung hat sich die größte Mühe gegeben, uns davon zu überzeugen, daß die preussische Regierung sich auf die Mosel- und Saarkanalisation wegen der angeblichen Schädigung der Industrie am Niederrhein nicht einlassen könne. Aber der früherer Widerstand der Vertreter dieser Industrie ist in hohem Maße geschwunden. Der einzige ernstliche Widerstand gegen diese notwendige Verkehrseinrichtung ist der preussische Partikularismus der preussischen Regierung. Wenn es sich um fremde Weltteile handelt, führen die Vertreter dieser selben Regierung Argumente für die Hebung des Verkehrs zu Wasser und zu Lande ins Feld, hier aber, wo ein wichtiges Erzeugnis für das ganze Reich nutzbar gemacht werden kann, tritt dieser engherzige Partikularismus zu Tage. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) Man braucht nur die Frage zu stellen, wie sich die preussische Regierung stellen würde, wenn das Rheingebiet nicht in Elsaß-Lothringen, sondern innerhalb einer preussischen Provinz läge. Dann würden solche Bedenken sicher nicht geltend gemacht werden. Es gibt ja überhaupt keine neue Verkehrseinrichtung, durch die nicht irgendwo andere Interessen geschädigt würden. Wenn solche Gesichtspunkte maßgebend sein sollten, dürfte man überhaupt keine neue Verkehrseinrichtung in Deutschland schaffen. Wir erblicken in diesem ganzen Verfahren nur einen Ausbruch des ganz engherzigen preussischen Partikularismus, für den der Gedanke des noblesse oblige vollkommen unangebracht ist. (Weißfall bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt. Die Einnahmen werden bewilligt. Die Petitionen verschiedener Arbeiterverbände, die Vorschläge zur Verringerung der Lage und Hebung der Eisenbahnarbeiter enthalten, beantragt die Kommission, der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Fuhs (Soz.):

begründet einen Antrag, diese Petitionen dem Reichskanzler teilweise zur Berücksichtigung, teilweise zur Erwägung zu überweisen. Die Abstimmung wird ausgesetzt. Hierauf verlegt sich das Haus auf Montag 2 Uhr. (Petitionen, Besoldungsvorlage, Rechnungssachen, Etat der Reichspost mit dem Postbesatzgesetz.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung, Sonnabend, den 28. Februar 1914. Am Ministertisch: Unterstaatssekretär Coels van der Brügghen.

Der Baudetat.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

fordert Erleichterung der Zahlung des Schleusengeldes für die Binnenfahrer, damit sie dazu nicht erst weite Wege machen müssen. Wenn bei den Schleusen gewisse Bedingungen (Zauch-

tiefe usw.) vorgezeichnet sind, so sollten die Schleusenmeister dies den Schiffen mitteilen. Es müssen auch genug Pfähle für die wartenden Schiffe angebracht werden. Die Befreiung von Schiffahrtshindernissen dauert oft viel zu lange und das hindert dann die Schiffer in ihrem Gewerbe. Für die Kosten solcher Verkehrshinrichtungen fordert man von den Schiffen Beiträge. Mit welchem Recht denn? In Bezug auf das Forstleusenrecht bestehen große Mißstände, und alle Beschwerden scheinen fruchtlos zu sein. Es wird da in ganz eskalierter Weise gegen die Bestimmungen gehandelt, und es zeigt sich da ein Bestechungswesen oder mindestens eine Zugänglichkeit der Beamten gegen Gefälligkeiten der Großfirmen. Solche Fälle werden zum Beispiel aus Breslau mitgeteilt, wo die große Firma Friedländer bevorzugt wurde. Man kann hier von einer Korruption durch das Großkapital auch hier sprechen. Ich glaube, die von mir vorgebrachten Mißstände sind ernst genug, um die Regierung zur Abhilfe zu veranlassen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Coels van der Brügghen

erklärt, daß stets ohne Ansehen der Person vorgegangen werde; es gingen auch keine Reklamationen ein.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Das beweist nicht, daß keine Mißstände vorhanden wären, denn die Schiffer fürchten die Folgen der Reklamationen.

Abg. Dr. Jahn (L.):

erhebt Vorwürfe gegen die Hamburgische Wasserbauverwaltung, die rückständig die preussische Fischerei schädige.

Zur Beratung steht ein von allen bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag, der eine Erweiterung der bestehenden unzureichenden Fischerei-Pachtstellen am Fischereihafen Geestemünde fordert. Für diesen Antrag spricht u. a. auch Abg. Ad. Hoffmann (Soz.), der erklärt, daß die bürgerlichen Parteien öfter solche vernünftigen Anträge bringen sollten, denn seien sie der Zustimmung der Sozialdemokratie sicher. Der Baudetat wird erledigt.

Das Gesetz betr. Einziehung staatlicher Schiffahrtsgeldern durch Gemeinde und Private will erreichen, daß die Schiffer nicht nur an den Schleusen, sondern bei schleusenlosen Wasserstraßen auch an den Ein- und Ausladeorten abgefertigt werden können.

Abg. v. Loos (L.):

steht dem Gesetzentwurf im wesentlichen zustimmend gegenüber und beantragt Kommissionsberatung.

Die Abgg. Schmiedding (3.), Lippmann-Stettin (Sp.) und Schröder-Kassel (natl.) geben ebenfalls Erklärungen zu dem Gesetzentwurf ab.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Abgaben müssen möglichst niedrig sein. Im wesentlichen stimmen wir dem Entwurf zu, vor allem da wir wünschen, daß die preussischen Wasserstraßen von den gleichen Bestimmungen getroffen werden, wie diejenigen Wasserstraßen, die dem Reichsgesetz unterworfen sind. Trotz dieses Mangels erklären wir uns für den Entwurf, da wir das Interesse der Allgemeinheit und das Interesse des Verkehrs voranstellen.

Damit schließt die Debatte.

Der Gesetzentwurf wird an die zu bildende Kommunalabgabenkommission überwiesen.

Das Ausgrabungsgesetz.

Kultusminister von Trost zu Solz

begründet das bereits in der vorigen Session beraten und nunmehr auch schon vom Herrenhaus erledigte Gesetz. Er bemerkt, daß er auf Grund der bei der vorjährigen Beratung hier aufgetretenen Bedenken einige Beschränkung der Anzeigepflicht von Funden hat einbringen lassen. Baldige Verabschiedung des Gesetzes ist nötig, denn sonst gehen und viele wertvolle Funde durch Raubbau verloren. (Weißfall.)

Abg. Lippmann (Sp.):

Das Gesetz haben wir seinerzeit fast einstimmig angenommen, können es also rasch erledigen, umso mehr, als das Bekanntwerden dieses gesetzgeberischen Planes den Raubbau und die Ausfuhr von Bodenschätzen fördern wird, um die Zeit bis zum Inkrafttreten auszunutzen. Rechnen wir das Gesetz ohne weiteres an! (Weißfall links.)

Abg. Weiskermel (L.) spricht sich gleichfalls für das Gesetz aus, ebenso Abg. Schreiner (L.) trotz einiger Bedenken und Abg. Dr. Gottschalk (natl.).

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Daß das vorliegende Gesetz einem allgemeinen Bedürfnis entspricht, darüber sind wir wohl alle einig. Das Gesetz genügt durchaus nicht allen berechtigten Anforderungen. § 6 verpflichtet den Finder und Benutzer nur, den Gegenstand in ursprünglicher Form zu erhalten, so weit das ohne erheblichen Nachteil oder Kosten möglich ist. Das ist zu wenig. Wer ein solches nationales Besitztum aufzubewahren hat, dem sind Pflichten aufzuerlegen. Auch sonst äußert der Redner Bedenken gegen einzelne Paragraphen.

Der Staat hat auch vielfach das Nachsehen gehabt und mußte viel mehr für Museumsgegenstände bezahlen, als wenn ein gutes Schauspielerbestanden hätte. Nun besteht die Gefahr, daß wenn wir das Gesetz ändern, das Herrenhaus es in seinem kulturfeindlichen Geist ganz scheitern läßt. Darum beantragen wir Kommissionsberatung nicht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird die Diskussion über die Vorlage geschlossen.

Das Gesetz, welches das Moorfußgesetz auf Pommern und Schleswig-Holstein ausdehnt, wird ohne Debatte angenommen.

Kleinere Etats.

Bei der Ranzverwaltung tabelliert verschiedene Redner den unästhetischen Charakter unserer Münzen. Unter anderem sagt Abg. Liebknecht, daß unsere Münzen der Siegesalleekunst entsprechen.

Damit schließt die Besprechung. Das Haus verlegt sich. Montag 11 Uhr: Kommunalabgaben-Gesetz. Schluß 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Kolonietat.

Die Erledigung des Etats für Ostafrika führte am Sonnabend in der Budgetkommission zunächst zu einer kleinen Baumwolldebatte. Zur Unterstützung von Baumwollkulturbetrieben sind 266 000 M. (66 000 M. mehr) eingestellt, die in der Hauptsache zur Befahrung und Unterweisung der Eingeborenen, Anlehnung von Rasterpflanzungen und Verteilung von Samen verwendet werden sollen. Genosse Krähig erklärte, daß die Sozialdemokraten für diesen Titel stimmen würden, nicht aber für die Bewilligung der im Etat des Kolonialamtes vorgesehenen 150 000 M., die zur Unterstützung des kolonialwirtschaftlichen Komitees und zur Ausbildung von Sachverständigen bestimmt sein sollen, gegen deren Verwendung Bedenken zu erheben seien. In dem Abg. Schwarze (Zentrum) fand die Regierung einen Verteidiger ihres Stand-

punktes und die genannte Gewerkschaft einen Anwalt ihrer Interessen. Symbolisch folgte auch hier der Kulturarbeit das Raufingengewehr. Im Etat für Ostafrika sind 12 000 M. eingelegt, um weitere Eingeborenenstrümpfe mit diesen Werkzeugen zu begünstigen. Auch diese Bewilligung hielt Abg. Schwarze (Z.) für eine kulturpolitische Notwendigkeit.

Gegen die Ausgabe von 100 000 M. als erste Rate für Eisenbahnerleistungen wandten sich die Abg. Erzberger (Z.) und Ledebour (Sog.), weil dadurch neue Anreize zu Bahnbauten für Interessenten gegeben und eine wahre Bahnrausch entwickelt werde. Abg. Schwarze (Z.) war wiederum anderer Meinung; mit den Vertretern der Volkspartei, der Konservativen und der National-Liberalen schlug er sich auf die Seite der Regierung. Das Kolonialwirtschaftliche Komitee hat sich über ungenügende Vertretung seiner Interessen durch Mitglieder der Kommission nicht zu beklagen.

Eine längere Debatte rief die im Etat geforderte Zulassung eines Zuschusses an die Deutsche Holzgesellschaft in Ostafrika hervor, die wegen geschäftlicher Schwierigkeiten den Betrieb der Sigsbahn nicht aufrechterhalten kann. Genosse Kossle und Abg. Erzberger (Zentrum) beantragten Ablehnung wegen der unabsehbaren Konsequenzen für das Reich. Mit viel Geschäftigkeit bemühten sich die Abg. Baasche (noll.), Graß (Sp.), Westarp (L.) und Schwarze (Z.) Verständnis für die Samiergen und Wünsche der betrachteten kapitalistischen Gründung zu erwecken, hatten aber kein Glück. Da die Kolonialverwaltung an der Echaltung der Bahn interessiert ist, wurde ihr durch Erweiterung des Dispositios im außerordentlichen Etat für den eventuellen Erwerb der Bahn freie Hand gelassen.

Obwohl nur noch wenige Minuten für die Beratung zur Verfügung standen, wurde entgegen dem auf Vertagung lautenden Antrag der Sozialdemokraten über die Forderung von 5 400 000 M. zur Fortführung der Usambarabahn und zum Ausbau des Hafens in Tanga verhandelt. Genosse Kossle schilderte die ungeheuerlichen Mißstände, die sich bei früheren Kolonialbahnbauten — besonders bei der Firma Holzmann — herausgebildet haben, wandte sich gegen die furchtbaren Verwüstungen, die im Verfolg dieser „Kulturpolitik“ unter den Eingeborenen angerichtet worden sind und forderte nachdrücklich Garantien für den Schutz des Lebens und der Gesundheit der bei den Bahnbauten beschäftigten Arbeiter. Der Staatssekretär wußte hierauf nichts zu erwidern als ein paar abgegriffene Versicherungen, daß die Regierung wohlwollend und pflichtgemäß alles tun werde. Auf die von Kossle vorgebrachten Fälle schimmliger Arbeiterverhütung, Pflichtverletzung, Altersfälschung usw. ging er mit keinem Worte ein. Dafür wurde er vom Genossen Ledebour, der die Ausführungen Kossles unterstützte und ergänzte, entsprechend kritisiert. Die Mehrheit der Kommission aber hatte es auf die Fortsetzung der Debatte und die Vergewaltigung der Sozialdemokraten abgesehen. Ein Antrag Ledebours, der sich gegen Arbeitszwang, Arbeiterverflechtung und weitere Zulassung von Planlogen wandte und Verpflegung, ärztliche Versorgung, Regelung des Arbeitsverhältnisses durch Arbeitsordnungen und Schutz der Eingeborenen vor Unterdrückung und Enteignung forderte, wurde kaum angehört, aber geschlossen niedergestimmt und darauf der Etatsrat — trotz des Protestes Ledebours gegen die Unwürdigkeit dieses Verfahrens — genehmigt.

Politik in Verwaltung und Justiz.

Als kürzlich der Justizetat im preussischen Abgeordnetenhaus auf der Tagesordnung stand, erwähnte Genosse Liebnicht zur Kennzeichnung der Eigentümlichkeiten preussischer Rechtsprechung eine Reihe von Einzelfällen, darunter auch die von uns seinerzeit mitgeteilte Verurteilung des Rechtsanwalts Falkenfeld in Frankfurt a. O. wegen Beleidigung des Regierungsdirektors Frölich.

Dieser Fall wurde gestern vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts als Revisionsinstanz verhandelt.

Der Prozeß hatte folgenden Anlaß. Im Auftrage von Einwohnern der Ortschaft Neu-Dreiwitz, die mit Alt-Dreiwitz zusammen eine Gemeinde bilden, aber durch die Ober- und Alt-Dreiwitz getrennt ist, stellte Rechtsanwalt Falkenfeld an den Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. den Antrag auf Ausgliederung des Ortsteils Neu-Dreiwitz. Ingenwende parteipolitische Gesichtspunkte kamen hierbei nicht in Betracht. Vielmehr handelte es sich nur um rein praktische Erwägungen. Der Regierungsdirektor Frölich, der den Landrat vertrat, hatte im Auftrage des Regierungspräsidenten in der Sache Ermittlungen vorzunehmen. Frölich ließ einen der Antragsteller, den Landwirt und Gerichtsmann (eine Art Schöffe) Stiegmann zu kommen, um mit ihm zu verhandeln, und erklärte dabei, er wüßte sich, daß man einen sozialdemokratischen Rechtsanwalt mit der Vertretung dieser Sache betraut habe. Ferner sagte er: „Ich bezweifle, daß das Ihrer Sache förderlich sein wird.“

Falkenfeld, der von dieser Äußerung erfuhr, stellte Strafantrag gegen den Regierungsdirektor Frölich wegen Beleidigung. Eine Abschrift des Strafantrags sandte Falkenfeld an Frölich mit einem Begleitschreiben, worin gesagt wird: „Ich teile dies Ihnen mit, um Ihnen Gelegenheit zu geben, Ihr Gedächtnis an jenes Gespräch aufzufrischen und protestieren gegen den Ihnen geliebten Amtsmissbrauch. Ich warne Sie vor Wiederholungen und mache Sie darauf aufmerksam, daß ich Sie im Wiederholungsfall auf Unterlassung derartigen Mißbrauchs, und falls mit ein Vermögensschaden erwächst, auf Schadenersatz verklagen werde.“

Der Strafantrag gegen Frölich wurde von allen Instanzen zurückgewiesen. Auch ein Strafantrag gegen Frölich wegen Amtsmissbrauchs wurde in letzter Instanz vom Kammergericht abgelehnt.

Im Gegensatz dazu wurde aber auf Antrag des Regierungspräsidenten gegen Falkenfeld Anklage wegen Beleidigung Frölichs erhoben. Die Beleidigung soll begangen sein nicht nur durch das angeführte Begleitschreiben, sondern im Zusammenhang damit auch durch den Inhalt des in Abschrift dem Herr Frölich gleichzeitig zugegangenen Strafantrags des Angeklagten. Und zwar deshalb, weil Falkenfeld darin sagt, die Äußerung des Regierungsdirektors Frölich zu Stiegmann beweise einen besonderen Mangel an Takt und an Mut. Denn in Gegenwart Falkenfelds würde Frölich eine derartige Äußerung zu einem Klienten Falkenfelds nicht getan haben; das Verhalten Frölichs sei daher hinterhältig und eines Beamten nicht würdig.

Das Schöffengericht verurteilte Falkenfeld wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 Mark und das Landgericht in Frankfurt a. O. oder verwarf die von Falkenfeld eingelegte Berufung.

Falkenfeld hatte sich gegenüber der Anklage u. a. darauf berufen, daß er Grund gehabt habe, den Herr Frölich zur Aufklärung seines Gedächtnisses zu veranlassen. Denn in einem gleichartigen Falle habe ein Amtsvorsteher ebenfalls eine Klientin von ihm zu beeinflussen versucht, sich einen anderen Anwalt zu nehmen, und das habe jener Amtsvorsteher nachher abgetritten. Dieser Vorfall ist auch vor der Strafkammer durch das Zeugnis der betreffenden Klientin bestätigt worden.

Auf diese Fall geht das Urteil der Strafkammer gar nicht ein. Es wird in dem Urteil gesagt, der Angeklagte habe zwar berechtigete Interessen wahrgenommen, er sei aber darüber hinausgegangen, denn die Fassung der Einwendungen an Frölich verate nach Annahme des Gerichts den weiteren Zweck, das Ehrgefühl des Frölich zu verletzen, also die Absicht, ihn zu beleidigen.

Rechtsanwalt Falkenfeld vertrat am Freitag seine Revision vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts persönlich. In ausführlichen Rechtsausführungen legte er dar, daß er keinesfalls über die Wahrnehmung berechtigter Interessen hinausgegangen sei, und erinnerte im Zusammenhang damit an das Goethische Wort, das der Präsident des Kammergerichts bei der Einweisung des neuen Gerichtsgebäudes zitiert hat: Wer sich im Rechte wähnt, muß verbe aufstehen.

Das Kammergericht wies die Revision zurück. Es erachtete das landgerichtliche Urteil in allen seinen Teilen für rechtlich ein-

wandfrei. Im übrigen aber könne das Rechtsmittel der Revision gegen die tatsächlichen Feststellungen nicht ankommen.

Die Arbeitslosigkeit.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Für die Arbeitslosenversicherung der Stadt Mannheim waren in den ersten sechs Monaten des Geschäftsbetriebes 8102,60 M. erforderlich. Vorgefunden waren 25 000 M. Hieron wurden verausgabt für die organisierten Arbeiter durch die Gewerkschaften 4823,90 M. und für die nichtorganisierten Arbeiter durch das Arbeitsamt 3278,70 M. Von letzteren sind etwa der fünfte Teil organisierte Bauarbeiter, die nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert sind. Zum Bezuge der Unterstützung meldeten sich 543 Organisierte und 531 Nichtorganisierte; abgewiesen wurden 50 Organisierte und 118 Nichtorganisierte, weil für sie die statutarischen Voraussetzungen nicht zuträfen. 29 Organisierte bezichtigten freiwillig auf Unterstützung, da sie mittlerweile Arbeit erhalten hatten. Die 463 organisierten Arbeiter waren zusammen 6075 Tage, die 418 Nichtorganisierten zusammen 4085 Tage arbeitslos. Unter lang anhaltender Arbeitslosigkeit hatten besonders die Holzarbeiter, die Blaser und Metallarbeiter zu leiden. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit hinter der Schätzung zurückblieb, so hat das seine Ursache in der Tatsache, daß in Mannheim mit seiner vielseitigen Industrie die Arbeitslosigkeit nicht schon im vorigen Sommer, wie anderwärts, allzu stark einsetzte.

In Breslau werden die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung mit dem Antrage des Magistrats zu beschäftigen haben, der die prinzipielle Zustimmung zur Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung auf Grund der Kölner Reformversicherungskasse verlangt. Der Antrag ist das Ergebnis der Arbeiten der vor zwei Jahren von Magistrat und Stadtverordnetenkollegium eingesetzten Studienkommission.

Wirkungen der Krise.

Die Ungunst der wirtschaftlichen Konjunktur drückt sich in Rülhausen i. El. drastisch in der Steigerung der Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und Armenunterstützung bei der gegenwärtigen Festsetzung des städtischen Budgets aus. Die Arbeitslosenversicherung ist eingerichtet nach Center System. Die Stadt Rülhausen mit rund 95 000 Einwohnern gab in den letzten fünf Jahren, seitdem diese Versicherung besteht, jeweils nur wenig über 2000 M. zu diesem Zwecke aus; im Budget für 1912 standen 2500 M.; tatsächlich aber wurden auf Grund der Versicherungsbestimmungen nur 2200 M. ausgegeben. Im Budgetjahr 1913, das am 31. März 1914 abläuft, scheint sich die Ausgabe jedoch, ohne daß die Bevölkerung gewachsen wäre, zu verdoppeln, denn es sind jetzt, bis Mitte Februar, schon 4000 M. ausgegeben. — Die Ausgaben für Armenfürsorge, die im Budget für 1913 auf 760 600 M. beziffert waren, sind jetzt für 1914 auf 845 700 M. angeheft, darunter für Verpflegung mittelloser Kranter im städtischen Spital und Pfandnerhaus allein 388 670 M. gegen 364 000 M. im Vorjahre und nur 288 800 M. nach der Jahresrechnung von 1912. — eine Steigerung um über 100 000 M. oder 37 Proz. in zwei Jahren.

In Mannheim mußten bei einer Durchschnittseinwohnerzahl von 221 000: 4691 Personen durch die Armenverwaltung unterstützt werden, das sind 287 mehr als im Vorjahre. Es wurden gezahlt 474 504,40 M. gegen 421 300 M. im Vorjahre. Auf 1000 Einwohner entfielen 21,50 unterstützte Personen und ein Armenaufwand von 190 M.

Das Urteil im Thorner Irrenhausprozeß.

Telegraphischer Bericht.

Thorn, 28. Februar 1914.

Der Vorsitzende Landgerichtsrat Cöberg verkündete folgendes Urteil:

Der Angeklagte Dr. Schacht wird freigesprochen, die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse. Zur Begründung führt der Vorsitzende für das Urteil an: Der Angeklagte hat schwere Beleidigungen erhoben, er hat zum Teil in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. In vielen Fällen geht aber aus der Form die Absicht der Beleidigung hervor. Der Angeklagte hat als gebildeter Mensch auch gewußt, daß seine Behauptungen beleidigend waren. Er hat sich also strafbar gemacht. Er kann aber nicht bestraft werden, weil der § 51 auf ihn Anwendung findet. Das Gericht war sich der Schwere seiner Entscheidung sehr wohl bewußt. Trotzdem hatte es keinen Zweifel, daß in dem vorliegenden Falle mit Recht § 51 Anwendung finden muß. An sich braucht man noch kein Querulant zu sein, wenn man zahlreiche Eingaben an die Behörden macht. Es gehört zu den Charakterzügen des deutschen Volkes, daß es sein Recht bis zum äußersten Äußersten verfolgt und daß es zu Schimpfen anfängt, wenn angeblich das Recht verweigert wird. Das tun sehr viele Leute, ohne daß sie deshalb Querulanten sind. Das Querulantenium fängt erst dann an, wenn jemand dieselben Behauptungen immer wieder aufstellt, wenn jemand dieselben Behörden immer wieder mit denselben Eingaben und denselben Gründen behelligt und wenn jemand Instanzen mit seinen Eingaben bombardiert, die gar nicht für die Entscheidung in Frage kommen. Der Angeklagte bietet das typische Bild eines Querulanten und zwar eines pathologischen Querulanten. Er leidet an Urteilschwäche. Er hat gewiß eine gute Bildung und das Bestreben, sich weiter fortzubilden. Auch ist er ein intelligenter Mensch, der über einen erheblichen Vorrat von Logik verfügt. Er glaubt aber niemals, daß ihm etwas aus natürlichen, erklärlichen Gründen abgeschlagen wird, sondern er führt die ihm ungünstigen Entscheidungen der Gerichte und Behörden auf Rache und absichtliche Rechtsbeugung zurück. Das Gericht hat sich den Gutachten der Sachverständigen vollkommen angeschlossen. Die Sachverständigen haben ihre Gutachten nicht leichtfertig und leichtfertig abgegeben, sondern sorgfältig und fleißig bearbeitet. Der Stuhl, auf dem das Gutachten steht, hat nicht nur vier Beine, sondern tausend Beine, und wenn einige von diesen Beinen wegfallen, so ist das pathologische Gesamtbild des Angeklagten davon unberührt. Der Angeklagte hat sich demnach zur Zeit der Tat in einer krankhaften Geistesverfassung befunden, die seine freie Willensbestimmung ausschloß, er mußte mithin freigesprochen werden.

Versammlungen.

Verband der Sattler und Portiersmeister. Die Zahlstelle Berlin hielt am Mittwoch ihre Jahres-Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag und von Schulze erläutert und ergänzt wurde, ist zu entnehmen, daß die Zahlstelle eine Zunahme von 343 Mitgliedern zu verzeichnen hat. Wie in allen Berufen, war auch hier die Konjunktur eine schlechte, mit Ausnahme der Militärbranche, die infolge der gewaltigen Heeresrüstungen gut zu tun hatte. Darin liegt auch die Ursache der geringeren Mitgliederzahl. Ferner hat dieser Umstand auch eine günstige Wirkung auf die Finanzen der Zahlstelle ausgeübt. Trotz der bedeutenden Ausgaben, die im Auftrage des Zentralvorstandes für Arbeitslosen-, Kranken-, Streik- und Minderzahlunterstützung gemacht wurden, konnten der Zahlstelle 33 750 M. in bar zugeführt werden. Der Bestand der Zahlstelle erhöhte sich ebenfalls um 8200 M., wobei zu berücksichtigen ist, daß erst im

Vorjahre die Leistungen der Lokalkasse ganz bedeutend erweitert wurden, so daß mit einem nennenswerten Ueberschuß gar nicht gerechnet werden konnte. Weniger als in früheren Jahren trat in dieser Geschäftsperiode die Wirksamkeit der Organisation bei der Durchführung von Lohnbewegungen in Erscheinung, da für die größten Branchen des Berufes die Arbeitsbedingungen vertraglich geregelt sind. Immerhin umfaßten die durchgeführten Bewegungen 70 Werkstätten mit 600 Personen. Davon verliefen 50 mit vollem, 4 mit teilweisem Erfolg. Für 214 Mitglieder wurde im Durchschnitt eine Verkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden und für 365 Mitglieder rund 3 M. pro Mann und Woche Lohn-erhöhung erzielt und zwar lediglich durch Abschluß dieser Bewegungen.

Was den Arbeitsnachweis betrifft, so kann mitgeteilt werden, daß sich insgesamt 3441 Berufskollegen und -kolleginnen im Berichtsjahre als arbeitslos meldeten. Darunter waren 93 nicht organisiert. Dies bedeutet, gegenüber dem Vorjahre, eine Zunahme von 744 Meldungen. An diesen Zahlen ist die gesamte Reiseartikelbranche mit 88,41 Prozent beteiligt, die Militärbranche mit 24,87 Prozent, während der Rest auf die anderen Branchen entfällt. Im ganzen ist das ein Mehr von 3942 arbeitslosen Tagen gegenüber dem Vorjahre. Die Höchstzahl der Arbeitslosigkeit betrug 167 Tage oder 5 1/2 Monate. Von den verlangten Arbeitskräften konnten 1183 Stellen, darunter 2 noch außerhalb, besetzt werden. Die Benutzung der Bibliothek war leider nicht so, wie es zu wünschen wäre. Die Hauptkasse bilanziert mit 95 868,04 Mark. Die Lokalkasse hatte an Bestand und Einnahmen 121 314,11 M., dem eine Ausgabe von 29 081,94 M. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 92 232,17 M. verbleibt. Bestand und Einnahmen der Berliner Verwaltung betragen 11 578,70 M., die Ausgaben betragen 8783,24 M., verbleibt ein Bestand von 2810,46 M. Einnahmen und Ausgaben der Lehrlings- und Jugendabteilung bilanzieren mit 677,40 M. Für Unterstüßungszwecke wurden ausgegeben: Hauptkasse 45 189,85 Mark, Lokalkasse 23 956 M.

Schulze teilte mit, daß der Vorstand die Arbeitslosenunterstützung aus der Lokalkasse um 2 Wochen verlängert hat und ersucht um nachträgliche Sanktionierung. Ferner sollen Vortragskurse für die Funktionäre eingerichtet werden. Die Versammlung erklärte sich mit den beiden Mitteln einverstanden. Als Revisoren wurden gewählt Hirsch, Joch und Sängez, als Bauleiter Döhnert. In die Besatzungskommission wurden gewählt: Hölzel, Wilhelm und Glawe.

Verband der Maler. Die am Freitag abgehaltene Mitgliederversammlung diskutierte die bereits in mehreren früheren Versammlungen behandelte Frage, ob für die beschließenden Versammlungen der Filiale Berlin das Delegiertensystem eingeführt werden soll. Der Filialvorstand befürwortet die Einführung desselben mit Rücksicht darauf, daß die Filiale räumlich sehr ausgedehnt ist. Sie umfaßt das ganze Gebiet des Berliner Vorortverkehrs und dadurch ist es den in den entfernteren Vororten wohnenden Mitgliedern sehr schwer gemacht, an den in Berlin stattfindenden Generalversammlungen teilzunehmen. Das Delegiertensystem würde allen Kollegen eine gleichmäßige Vertretung ermöglichen. Jetzt würden die Versammlungen in der Regel nur von einem so kleinen Teil der Mitglieder besucht, daß von einer Vertretung der Gesamtheit nicht die Rede sein könne. Die Einführung des Vertretersystems entspräche den Grundfäden einer demokratischen Verwaltung.

Gegen den Standpunkt des Vorstandes wurde eingewandt, demokratisch sei das gegenwärtige System, das jedem Mitglied die Teilnahme an den Generalversammlungen ermöglicht. Der schwache Besuch der Versammlungen spreche nicht für, sondern gegen das Vertretersystem. Wenn der Versammlungsbesuch so stark wäre, daß die Erschienenen in keinem Saale mehr Platz fänden, dann würde sich erst die Einführung des Vertretersystems rechtfertigen.

Der Vorstand hatte der Versammlung eine die Einzelheiten des Vertretersystems regelnde Vorlage unterbreitet, die aber nicht zur Abstimmung kam, weil die Versammlung nach längerer Diskussion die Einführung des Vertretersystems grundsätzlich ablehnte.

Zentralverband der Töpfer. Die Zahlstelle Berlin hielt am Freitag ihre Quartalsversammlung ab. Neben dem Vierteljahrsbericht stand auch der Jahresbericht, der gedruckt vorliegt, zur Debatte. An Stelle Segawes, der erkrankt ist, ergänzte Aemlich die Berichte. Danach ist bei den Töpfern die Arbeitslosigkeit noch weit größer als bei den meisten anderen Gewerkschaften und übertrifft noch erheblich die der Holzarbeiter. Aus diesem Grunde konnte die Frage einer Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht gelöst werden, obgleich der alte Tarif dringend einer Revision bedarf. Die Tarifverhandlungen im Jahre 1913 scheiterten an den ganz unannehmbaren Bedingungen, die das Unternehmertum stellte. Die Arbeiter beschloßen daraufhin, vom 1. Juli 1913 ab vertragslos zu arbeiten.

Der Fensterstreik war in diesem Jahre infolge der sehr geringen Bautätigkeit nicht sehr umfangreich. Vom 17. März ab wurde durch Versammlungsbeschlüsse den Arbeitern gestattet, die Arbeit ohne verglaste Fenster aufzunehmen. Die Gründe der Vorjahre zwangen auch diesmal zu diesem Beschlusse.

Sperren und Streiks kamen bei einer Reihe von Firmen vor. Die Benutzung der Bibliothek ist gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen, was der Gesamtlage zuzurechnen ist. Infolge der großen Not unter den Mitgliedern zahlte die Organisation im März vorigen Jahres Extrarückstellungen in Gesamthöhe von 9403 M. aus. Aus der Weihnachtssammlung fiel auf die Töpfer ebenfalls ein entsprechender Teil der Summe.

Von einer direkten Aktion für den Bauarbeiter-schutz durch eine Bauteilkontrolle hat der Verband auch in diesem Jahre Abstand genommen. Der Verband ist nach wie vor der Meinung, Bauteilkontrollen, bezüglich des Bauarbeiter-schutzes von irgendeiner oder mehreren Organisationen gemeinsam ausgeführt, können nicht den allgemeinen Bauarbeiter-schutz fördern und müssen somit ihren Zweck verfehlen, wenn nicht eine Person oder Instanz vorhanden ist, die lediglich nur den Auftrag hat, die bei der Kontrolle angetroffenen Mißstände weiterzuerfolgen und für Abhilfe zu sorgen. Er beschloß daher, in der Baugruppenfassung zu beantragen, für die Förderung des Bauarbeiter-schutzes einen Sekretär anzustellen. Einnahmen und Ausgaben der Zahlstelle pro 1913 bilanzieren mit 61 023,05 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 45 000,41 M., der eine Ausgabe von 22 682,51 Mark gegenübersteht, so daß ein Bestand von 12 377,90 M. verbleibt. Insgesamt hat die Berliner Zahlstelle für Unterstützungs-zwecke im letzten Jahre rund 82 243,18 M. ausgegeben.

In der Fensterstange ermächtigte die Versammlung die Zeitung, vom 15. März ab, je nach der Witterung, entsprechende Verhaltensmaßnahmen zu treffen.

Es wurde dann noch eine Kommission gewählt, die die Ergebnisse der Bewerbungen zum Vorstande auszuwählen hat.

Witterungsübersicht vom 28. Februar 1914.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temperat. in °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Wetter	Temperat. in °C
Stommbe.	767	W	2	Wolllig	2	Jabarbana	769	W	2	wolklos	-18
Damburg	769	W	3	bedeckt	3	Petersburg	766	W	3	Schnee	-8
Oranien	768	W	3	bedeckt	3	Scilly	765	W	3	wolklos	9
Frankfurt	769	W	2	bedeckt	1	Wesbee	759	W	3	bedeckt	9
München	767	W	2	bedeckt	2	Paris	768	W	2	bedeckt	-0
Wien	765	W	2	bedeckt	4						

Wetterprognose für Sonntag, den 1. März 1914.

Zunächst vielkalt, am Tage etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden; später wieder zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Gegen monatliche Zahlung von nur **3 Mark** sofort komplett franko zu beziehen

Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens

Herausgegeben von Emanuel Müller-Boden in Verbindung mit einer großen Anzahl hervorragender Mitarbeiter.

5580 Seiten Text

Mit über **3000 Illustrationen, Bunttafeln, Modellen u. einem Atlas mit 42 farb. Karten**

l sowie einem bis in die kleinsten Teile zerlegbaren vierfarbigen Modell des männlichen Körpers in $\frac{1}{2}$ natürlicher Größe. **6 Bände Lexikon-Oktav in Prachteinband gebunden zu je Mark 12.50**

Jeder ernsthaft Strebende vermag durch Selbststudium seine Bildung zu vertiefen und Erfahrungen zu sammeln, welche das schulmäßige Wissen weit übertreffen.

Wissen ist Macht!

Mehr als in irgend einer Zeit gilt in der unsrigen die alte Wahrheit. Mehr und mehr im Schwinden begriffen sind die Vorurteile vergangener Tage, die nur dem durch Beziehungen und Stand Bevorzugten die Wege zum Einfluss und Reichtum erschlossen. Wer etwas kann, findet seinen Platz, wer etwas weiß, macht seinen Weg. Alles Denken und Trachten des modernen Menschen muß daher darauf bedacht sein, sein Wissen so vielseitig wie möglich zu gestalten. Als

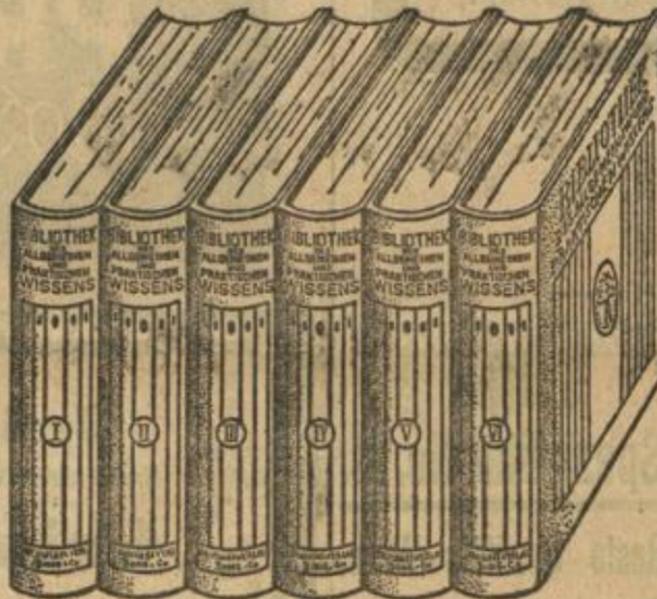
das erfolgreichste Selbst-Unterrichtswerk der Gegenwart

(über 100000 Exemplare verkauft!) hat sich die „Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens“ eingeführt. Sie gibt die Möglichkeit, durch Selbstunterricht sich alles das anzueignen, was an vielseitigem Wissen und umfassender Bildung nötig ist.

Kurze Inhaltsübersicht des Wertes:

Allgemeine Grammatik Deutsche Sprache Französl. Sprache, Engl. Sprache, Esperanto Handelskorrespondenz: Deutsche, franz., engl. Die einfache Buchführung Die doppelte Buchführung Buchführung Geschäftsbetrieb Kaufmännisches Rechnen Barenkunde und Technologie Stenographie Kalligraphie: Rundschrift, Lehrschrift Arithmetik einschl. Algebra Geometrie: Planimetrie, Stereometrie, Trigonometrie Die Grundlagen d. Physik Die Grundlagen der Chemie Photographie Industrie, Technik und Verkehr Ausführliches Inhaltsverzeichnis auf Wunsch	Mineralogie Geologie Himmelkunde Witterungskunde Botanik Zoologie Der Aufbau des menschlichen Organismus Der Bau des menschlichen Körpers Allgemeine und spezielle Lebenslehre Gesundheitslehre Vollzeitschulische und Gesellschaftswissenschaft Geographie und Witterungskunde Geschichte von der ältesten Zeit bis zur Gegenwart Allgemeine Literaturgeschichte Geschichte der Kunst Allgem. Kunstgeschichte Einführung in die Sitten- und Sagen Geschichte Germanische Sitten- und Sagen Geschichte
--	---

kostenlos und franko.



Deutlich veranschaulichte Abbildung der 6 Bände. Jeder Band ist 26 cm hoch, 20 cm breit und ca. 5,5 cm dick.

Unerlangte Urteile von Käufern des Wertes:

J. St. in Frankfurt a. M. ... Mittels der Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens habe ich das Einj.-Freiw.-Examen glänzend bestanden.

J. H. E. in Coblenz. ... Das Werk ist von hervorragender Bedeutung für jeden Menschen. Der Inhalt ist leicht und übersichtlich klar dargestellt, so daß jedermann spielend lernen kann.

B. K. in Kassel. ... Gelange soeben in den Besitz Ihrer Abrechnung, und kann ich Ihnen heute zu meiner Freude mitteilen, daß ich dank dieser Werke: „Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens“ und der 2 Wörterbücher am 25. März d. J. mein „Einjähriges Examen“ vor der Realschule in Hildesheim bestanden habe. Wie Sie wissen, hatte ich schon meine 23jährige Dienstzeit hinter mir, jedoch um die Königl. Garnisonlehrerschule besuchen zu können, beurlaubte ich den Gehalt.

A. St. Kaufmann in S. ... Man kann sagen, wer dies Werk ernstlich studiert, daß sich demselben die Wege nach oben in bessere Gesellschaftskreise von selbst öffnen.

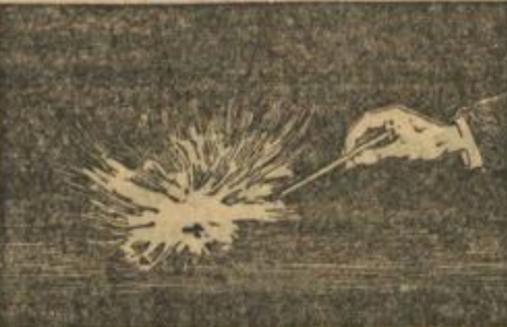
J. K. Metallarbeiter in B. ... Ich selbst habe aus diesem Werke so vieles für das praktische Leben gewonnen, daß ich nun auf eine sichere angelegene Lebensstellung rechnen kann.

Nicht jedem ist es vergönnt, sich umfassende Kenntnisse durch den Besuch höherer Schulen anzueignen. Mitten im praktischen Leben gilt es oft, das einst Versäumte nachzuholen. Zahlreichen Weiterstrebenden wieder läßt die anstrengende Tätigkeit des Berufes nicht die Möglichkeit, das einst Gelehrte weiter zu pflegen. In ganz besonders praktischer Weise wird für all diese den weitestgehenden Ansprüchen Rechnung getragen, wobei das Hauptgewicht darauf gelegt ist, die einzelnen Materien so deutlich und klar darzustellen, daß jedermann

ohne Lehrer durch Selbstunterricht sich alles aneignen kann, was an Wissen zu einer umfassenden Bildung nötig ist. So findet denn der Kaufmann, Beamte, Studierende, Lehrer, aber auch der Gewerbetreibende, der Handwerker usw. mit nur elementarer Volksschulbildung in der „Bibliothek“, was ihm fehlt: der eine, was er

ohne Lehrer durch Selbstunterricht sich alles aneignen kann, was an Wissen zu einer umfassenden Bildung nötig ist. So findet denn der Kaufmann, Beamte, Studierende, Lehrer, aber auch der Gewerbetreibende, der Handwerker usw. mit nur elementarer Volksschulbildung in der „Bibliothek“, was ihm fehlt: der eine, was er

ohne Lehrer durch Selbstunterricht sich alles aneignen kann,



Verbrennen eines Holzstabes in süßlicher Luft. Auf dem Hintergrund: „Die Grundlagen der Chemie.“

eine Fundgrube des Wissens von praktischem Werte

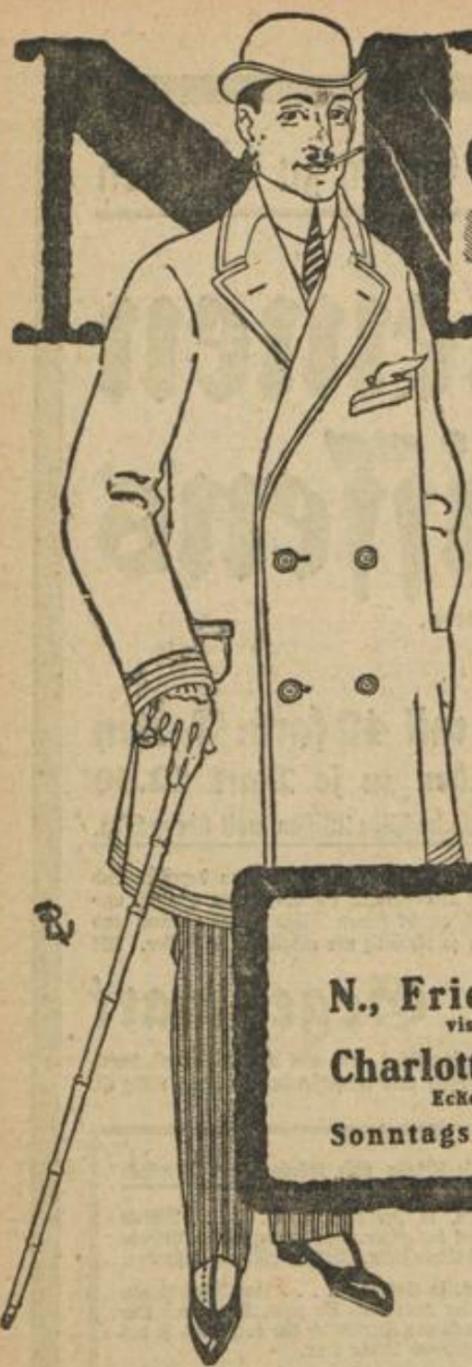
sein, ein Nachschlagewerk, welches stets Antwort gibt, und in einer Vielseitigkeit, daß dieses Werk eine ganze Bibliothek ersetzt, sind doch neben den Disziplinen für das praktische Leben auch solche von allgemeiner, idealer Bedeutung in großer Zahl vereinigt.

Sämtliche 6 Bände des Wertes werden sofort komplett vollständig franko ohne Anzahlung gegen monatliche Teilzahlungen von nur **3 Mark** geliefert.
Ein Band auf Wunsch franko zur Ansicht.
Karl Bloß / Buchhandlung
Breslau I, Bohrauerstr. 5.
Spezialvertrieb der „Bibliothek des allgemeinen u. praktischen Wissens“.

Der Preis des Wertes wird durch die Teilzahlungen nicht erhöht.

Bestellschein. Ausschneiden und in offenem Kuvert mit 3-Pfennig-Marke einzusenden an Karl Bloß, Buchhandlung, Breslau I, Bohrauerstraße 5.
Der Unterzeichnete bestellt hiermit laut Interat im „Vorwärts“ bei der Buchhandlung **Karl Bloß, Breslau I, Bohrauerstraße 5**
Bibliothek des allgemeinen und praktischen Wissens
Neue vollständig umgearbeitete Auflage / 6 Prachtbände je M. 12.50 mit über 3000 Illustrationen, Bunttafeln, Modellen und 42 Landkarten
wünscht Zusendung des vollständigen Wertes sofort franko und zahlt monatlich 3 Mark per Postanweisung. Erfüllungsort Breslau. Die bezahlten Bände sind mein, die nichtbezahlten Eigentum der Buchhandlung.
Name und Stand: _____
Ort, Post und Datum: _____

Modern!



als erste Neuheit
des Frühjahrs
präsentiert sich der

Cover-coat-Paletot

halblange Fassung in verschiedenen oliv-bräunlichen Farbentönen. Ein angenehmes, kleidsames Kleidungsstück

M. 30.— bis M. 75.—
in bekannt grosser Auswahl
und guter Verarbeitung



Verkaufstellen:

N., Friedrichstrasse 108
vis-à-vis der Karlstrasse

Charlottenbg., Scharrenstr. 36
Ecke Wilmersdorfer Strasse

Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet

Trustfrei



Unsre Cigarette

PROBLEM

Moslem Esquüre

GREGOR

Möbel-Kredit.

Beim Kauf hierfür 3 M. gut!
Bis 20. März 5 Proz. Nach-
laß bei jedem Kauf!
Bevor Sie sich Möbel kaufen,
sehen Sie sich meine für
265 Mark zusammen-
gestellte solide Wohnungs-
einrichtung an. Anzahlung
20 Mark, Abzahlung ganz
nach Uebereinstimm.

Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 32

10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante
Dorrenkammer nach Maß, eigenes
Stofflag. Bei Kauffeierermäßigung.
J. Tomporowski, Schneidermeister,
Jent SW 47, Dreibrundstr. 47, an der
Bellevueallee u. Tempelhofer Feld.



TAG

Cigaretten

Tahakarbeitergenossenschaft
Stuttgart.

Spezialität No. III.

Beste Qualitäts-Ware.

Fragen Sie Ihren Händler nach
unseren Zigaretten.

Wir brauchen Ihre Unterstützung.

Vertreter für Groß-Berlin:
P. Horsch, Engelufer 15
Gewerkschaftshaus.

Jeder Mann muß

einmal einen Versuch mit dem so beliebten **echten**

Grimm & Triepel

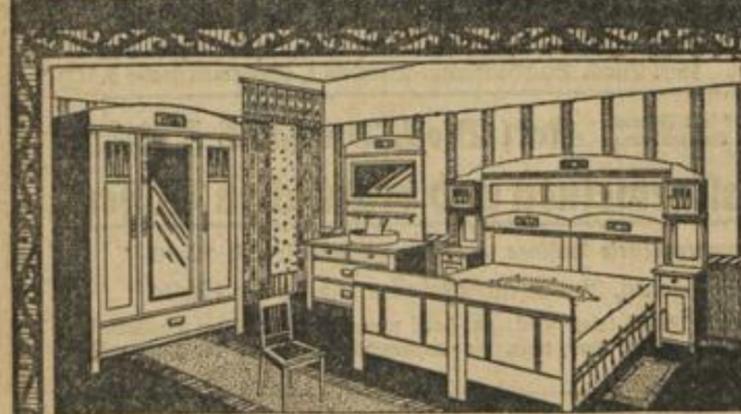
Kautabak

machen, um sich von der vorzüglichen Qualität zu über-
zeugen. Rollen 5 und 10 Pf. Stangen 5 Pf.

Das gute Kiebeck Bier

Möebel-Boeibel Berlin S Moritzplatz 58

Name ges. gesch.



Schlafzimmer

echt Eiche anpoliert M. 315.—

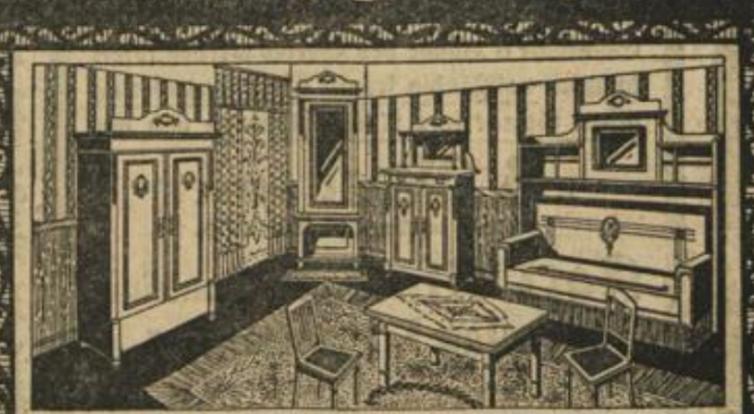
- 1 Schrank mit Spiegel M. 88.—
- 1 Waschkommode mit Marmor M. 55.—
- 1 Spiegelaufsatz 18.—
- 2 Bettstellen & M. 48.— 92.—
- 2 Nachttische mit Marmor 48.—
- 2 Stühle 14.—
- (1 Umbau extra M. 68.—) M. 315.—

Wohnzimmer

echt Nussbaum, furniert M. 278.—

- 1 Kleiderschrank M. 58.—
- 4 Stühle & M. 5.— 28.—
- 1 Truhenau mit Stuhl 36.—
- 1 Auszugstisch 23.—
- 1 Vertikow 68.—
- 1 Moquette sofa 75.—
- (1 Umbau extra M. 53.—) M. 278.—

Frachtfrei d. ganz Deutschland. Verkauf
nur im Fabrikgebäude. 5 Jahre Garantie
Geöffnet 1879 9 Etagen Musterbuch gratis
Geöffnet: Wochentags 8—8 Uhr, Sonntags 12—2 Uhr



Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen

Zum Frauentag.

Frauen, rüstet zum Kampf!

Auf hundert offene Stellen kamen im Januar 1914 nach offiziellen Berechnungen 236 männliche Arbeitsuchende. Welche Fülle von Not und Elend bergen diese nichternen Zahlen in sich. Wie entmutigend wirkt die Tatsache, daß auf je hundert Arbeitsangebote sich mehr als doppelt so viel Arbeitskräfte melden, von denen jedesmal 136 zurückgewiesen werden müssen. Entmutigend? Ja, denn es schmerzt, von all dem Elend zu wissen, zu sehen, wie Familien unverschuldet in Not geraten, wie selbst Kinder hungern und darben und frieren müssen, auch wenn man nicht selbst Not leidet.

Aber dies niederdrückende Gefühl darf nicht auf uns lasten. Allen, die heute Not leiden, müssen wir zeigen, daß schon jetzt den Wirtschaftskrisen wenigstens ihr Schrecken genommen werden kann, wenn nur alle, die von ihrer Hände Arbeit leben, ihr Teil dazu beitragen, andere Rechtsverhältnisse im Staat und in der Gemeinde zu schaffen.

Aber wie soll das möglich sein. Die Gewerkschaften, selbst wenn sie noch viel stärker sind als heute, werden doch nicht überall helfen können, wo die Arbeitslosigkeit und mit ihr die Not eingezogen ist. Gewiß nicht, sie lindern viel Unglück und Elend, aber ihrer Hilfsfähigkeit sind gewisse Grenzen gesetzt, über die sie nicht hinausgehen können.

Wir denken an etwas anderes. Die Gemeinden und der Staat haben die Pflicht, sich der Arbeitslosen anzunehmen. In einzelnen Städten hat man auch eingesehen, daß Notstandsarbeiten allein nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sie haben auf das Drängen der Sozialdemokratie hin beschlossen, eine Arbeitslosenversicherung einzuführen. Aber es sind nur wenige Städte, die sich dazu ausgerafft haben.

Ein Reichsgesetz, das die Arbeitslosenversicherung überall obligatorisch macht, haben wir nicht erhalten, denn die Regierung hat es abgelehnt, eine entsprechende Vorlage einzubringen. Gemeinden und Staat könnten aber gezwungen werden, ihre Pflicht zu tun, wenn nur der Wille in den Massen lebendig ist, ihre Macht zu gebrauchen. Bedenkt das Arbeiter und Arbeiterinnen, in eurer Hand liegt es, ein Staatswesen zu schaffen, das auch eure Interessen wahrnimmt, das nicht nur auf die Reichen und Mächtigen hört. Ihr Mütter, die ihr euch quält, um euren Kindern wenigstens die Not nicht so fühlbar zu machen, die ihr Lasten über euren Schultern ladet, um die Familie vor dem Sinken in das größte Elend zu bewahren, denkt daran, daß ihr nur zu wollen braucht, ernstlich zu wollen, um einen großen Teil der Not für die Zukunft abzuwenden.

Wir begegnen ungläubigem Lächeln und — was schlimmer ist — stumpfer Ergebung in das Unabänderliche. Raft euch auf, es ist doch so, wie wir sagen! Wir spiegeln nicht freundliche Bilder vor, damit ihr für einen Augenblick euer Leid vergeßt. Nein, an eurer Not sollt ihr lernen, was ihr tun müßt, um euch und euren Kindern ein besseres Geschick zu bereiten.

Gerade ihr Frauen könnt so viel dazu tun. Wie viele Arbeiter gibt es, die noch nicht zu uns gehören, die bei den Wahlen zu Haus bleiben oder gar einen Kandidaten der bürgerlichen Parteien wählen. Erzieht diese Arbeiter! Sagt ihnen, was sie aufs Spiel setzen, wenn sie nicht mit dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie die Macht erhält. Erinnert sie an die Zeiten, die ihr jetzt durchmacht und daran, daß die bürgerlichen Parteien nicht einen Finger gerührt haben, um die Not zu lindern. Zeigt ihnen, wie die durch Wirtschaftspolitik der besitzenden Klassen Fleisch, Brot, Butter, Milch, Hülsenfrüchte, kurz alle die wichtigsten Lebensmittel verteuert werden. Sagt ihnen, wie gesund ihr leben könnt, wenn ihr nicht infolge der horrenden Bodenpreise in dumpfen, schlechten Wohnungen eng zusammengebrängt wohnen müßt. Erinnert sie daran, daß eure Kinder unbeaufsichtigt auf der Straße oder in der Wohnung bleiben müssen, weil ihr in den Fabriken mitarbeiten müßt, und daß den Kleinen durch die Not die ganze Kindheit verbittert und verdorben wird.

Ihr Frauen, macht euch zum Anwalt eurer Kinder, und wir wollen sehen, ob ein Arbeiter noch wagt, andere Parteien zu unterstützen und dadurch jede Möglichkeit aus der Hand zu geben, seine und eure Lage zu verbessern. Ihr seid dazu berufen, die Männer anzuspornen und in euren Kindern den Willen zu erwecken, einmal euer Werk weiterzuführen.

Aber ihr sollt auch daran arbeiten, daß ihr selbst an der Gesetzgebung teilnehmen könnt. Nicht nur auf dem Umweg über eure Männer, Brüder und Söhne sollt ihr an dem Aufstieg eurer Klasse arbeiten. Ihr sollt das Wahlrecht fordern und durch euer Beispiel die Unschlüssigen anfeuern.

Die Sozialdemokratie verlangt die Befreiung der Frau von unwürdigen Fesseln, sie will ihr das politische Wahlrecht geben, denn sie weiß, daß die Frauen reif sind, ihre Interessen selbst zu vertreten. Hört nicht darauf, was die anderen sagen: daß sie für euch sorgen wollen, daß ihr euch nicht um die Politik zu kümmern braucht. Ihr seht, wie nötig eure Hilfe ist. Zeigt, daß ihr bereit seid, euer Teil Verantwortung zu tragen.

Am 8. März finden im ganzen Deutschen Reich Versammlungen statt, in denen die Frauen ihr Wahlrecht fordern. Diese Versammlungen bilden den Auftakt zu einer großen Aktion der sozialdemokratischen Partei: der roten Woche. In der roten Woche soll ein Appell an die ganze arbeitende Bevölkerung gehen, die Reihen der Sozialdemokratie zu verstärken. Kommt in diese Versammlungen. Beweist, daß die große Mehrzahl der Arbeiterinnen das politische Wahlrecht verlangt, und dokumentiert durch euren Beitritt zur sozialdemokratischen Partei, daß ihr erkannt habt, daß nur durch euch selbst, nur durch euren festen Willen, der Partei der arbeitenden Klassen zur Macht zu verhelfen, gesunde Zustände in Deutschland herbeigeführt werden können.

Soziales.

Unser Leben währet 70 Jahre

und wenn es hochkommt, so sind es 80 Jahre, und wenn es köplich war, so ist es Mühe und Arbeit gewesen — so heißt

es in der Bibel. Im Bereich der Krautflechter denkt man darüber etwas anders, wenigstens soweit es sich um altgewordene Landarbeiter handelt. Wie man kranke Landarbeiter behandelt, haben wir kürzlich erst in Nr. 40 an einem drastischen Beispiel gezeigt. Heute mag an einem nicht minder trassen Falle bewiesen werden, wie man in Ostelbien mit allen Landproletariern umspringt.

Auf dem Gute Loyden bei Bartenstein (Kreis Friedland), das einem Herrn Regenborn gehört, war seit 21 Jahren der jetzt fast 70 jährige Arbeiter Horn mit seiner 64 jährigen Ehefrau und seiner Tochter beschäftigt. Der alte Horn, ein Invalide, der den 1. Weltkrieg mitgemacht hat, konnte mit seinen Jahren natürlich nicht mehr so arbeiten, wie es „im Interesse der Landwirtschaft“ wünschenswert gewesen wäre. Für seine Arbeit erhielt er pro Tag 40 Pfennige, an Deputat 18 Zentner Roggen, drei Zentner Gerste, drei Zentner Erbsen pro Jahr und Kartoffel-Land. Da Horn, wie schon erwähnt, Invalide ist, bezog er 15,85 M. Invalidenrente und eine kleine Militärpension — alles in allem circa 23 M. Horns erwachsene Tochter erhielt für ihre Arbeit im Sommer 40, im Winter 30 Pf. Tagelohn und drei Mehen Roggen.

So hätten diese drei Menschen — nach ländlichen Begriffen — ganz gut leben können. Doch bald nahte das Verhängnis.

Am 1. Mai 1913 verlangte der „Brotherr“ des Kriegs- und Arbeitsveteranen „seinen Anteil“ an der Invalidenrente in Höhe von 10 M. Dafür versprach er ihm volles Deputat — solange die Tochter auf dem Gute arbeite.

Ginge die Tochter weg, dann sollten auch die Alten fort. So kam es denn auch.

Horn lehnte natürlich das „freundliche Anerbieten“ ab, da er der Auffassung war, daß seine Invalidenrente ihm gehöre. Vom 1. Mai ab erhielt Horn nun keinen Lohn mehr. Man schickte ihn von einer Arbeit zur andern; er sollte hüten, Mist fahren, in der Schirrkammer arbeiten, dann wies man ihm wieder andere Beschäftigung zu. Schließlich schickte man den 70 jährigen Invaliden zum Wasserfahren. Da kam der Hofmann und sagte ihm, das besorge er selbst. Horn sollte zu Hause bleiben. Horn klagte nun auf Auszahlung seines Lohnes; man „wies ihm nach“, daß er sich von der Arbeit „gedrückt“ habe und wies ihn ab.

Am 4. Juni verließ, da nun der Verdienst des Vaters zweifelhaft, die Tochter das Gut, da sie, wie sie erklärte, keine Lust habe, bei schwerer Arbeit noch zu hungern. — Vom 1. Juni ab erhielt Horn überhaupt nichts mehr. Er arbeitete noch bis zum 11. Juni und stellte dann den Dienst ein.

Am 24. Juni lud man Horns Sachen auf ein Fuhrwerk und schaffte sie nach dem nahen Schreibershöfchen, wo man die Alten bei einem Bauer einquartierte. Da indessen Herr Regenborn für die Leute keine Miete zahlte, wurden sie am 26. Januar

troß Eis und Schnee auf die Straße gesetzt!

Nun irrten die beiden alten Menschen wohnungssuchend umher. Sie wandten sich in ihrer Not an die Polizeibehörde in Bartenstein. Aber sie wurden

von der Polizei abgewiesen.

Jetzt faulten die Sachen des Kriegsveteranen an der Landstraße. Schnee, Eis, Regen taten das Ihre, um die wenigen Nadeln zu zerfetzen; die Kleider in den Säcken vermodern, und manches ist abhanden gekommen. Das war am 26. Januar und noch heute liegen die Sachen draußen.

Bis heute haben die Behörden nicht für nötig befunden, eingzugreifen.

Erwähnt mag der Charakteristika wegen noch werden, daß man den Leuten für Ermission und Fuhr

das letzte Schweinchen gepfändet

hat. Und von ihren 120 Ruten Kartoffeln ließ man sie nur 85 Ruten ausgraben, trotzdem es ihre eigene Saat war! Unser Leben währet 70 Jahre — dann endet es im Chausseegraben. Ein freches Junkertum aber zerkert über Landflucht und sozialdemokratische Verhegung. Sind solche barbarischen Zustände nicht die schlimmste „Verhegung“?

Ländliche Jökeln.

In der außerordentlich bescheidenen Bewertung der Arbeitskraft sehen die westfälischen Agrarier ihren ostelbischen Kollegen kaum nach. Am schlimmsten steht es in den Kreisen, wo die ländlichen Arbeiter dem Organisationsgedanken fremd gegenüberstehen und wo sie bei gelegentlichen Arbeitskämpfen auch an der Industriearbeiter-Schaft gar keinen Rückhalt haben. Reist wird das, was hier die Gutsherren den Arbeitern zu bieten wagen, nicht bekannt.

Zwölf, bis vierzehnständige Dreschmaschinenarbeit ist zurzeit an der Tagesordnung, und was dafür vergütet wird, zeigt eine Reihe charakteristischer Zuschriften von Landarbeitern an ein bürgerliches Blatt Dortmund. Es handelt sich um ländliche Bezirke in der Nähe dieser Stadt. Wir geben aus diesen Kulturdokumenten u. a. wieder:

Bahlhausen. Der ortsübliche Tagelohn beträgt bei uns für einen Tag bei der Dreschmaschine eine ganze Reichsmark und Eisen, und im Sommer bei der Ernte (gewöhnlich bis abends 8 Uhr) jetzt 80 Pf., früher 60 Pf.

Ittrup. Leider müssen auch wir in Ittrup gesehen, daß bei uns die Löhne sehr knapp bemessen sind, denn kaum 18 Pf. pro Stunde, die in Rauch und Staub verdient werden müssen.

Großenmarpe. Der Landwirt Kuhlmann bezahlt pro Tag 2 M. als erster und einziger im Dorfe; die übrigen beglücken ihre Arbeiter mit höchstens 1,50 M. Von einem Verwalter sind für gute 2 1/2 Tage ganze 3 M. bezahlt worden.

Brintrup. Bei der Dreschmaschine zahlen unsere Landwirte 20 Pf. die Stunde ohne Kost. Was verdienen aber unsere Frauen im Sommer bei Erntearbeit? Es ist tieftraurig, nicht mehr feststellen zu können als ganze 60 Pf. von mittags 1 Uhr bis abends 7 1/2 Uhr oder noch später, und wenn bei der schweren Arbeit und Hitze Appetit und Durst einsetzt, so können unsere Frauen sich damit trösten, daß sie alle eine Kanne Kaffee und ein Stückchen Brot von Hause mitgebracht haben. Das ist der Sommerdienst. Nun für Winterarbeit ein Beispiel. Vor nicht langer Zeit wurden von einem hiesigen Landwirt einige Frauen von morgens 6 Uhr bis nachts 10 Uhr beschäftigt. Hierfür erhielten sie sage und schreibe 25 Pf., ausgerechnet pro Stunde 6 1/2 Pf. bei Nachtarbeit.

Das sind so einige Klagen aus diesem Sprechaalfranze ländlicher Bescheidenheit. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es Arbeiter gäbe, die sich so etwas bieten lassen. Aber ihre Sache steht eben sehr schlimm in diesen organisationsfremden Bezirken, in denen die Arbeiter — oder doch sehr viele von ihnen — weiter nichts kennen als das ererbte „paternalistische“ Arbeitsverhältnis, das nur ein von allen guten Geistern verlassener Umstürzler ansetzen kann.

Nach der erkrankte Gehilfe den Hausfrankenschein dem Prinzipal auf Verlangen ausliefern? Die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verneinte diese Frage in einem jetzt zur Entscheidung gekommenen Falle. Die betreffende Gehilfin hatte die Auszahlung des Scheines mit der Motivierung verweigert, daß man ihr auf der Kasse gesagt hätte, sie dürfe den Schein nicht aus den Händen geben. Auch meinte sie, sie könne sich dieses Scheines als des einzigen Ausweises, den sie der Kasse gegenüber habe, nicht entledigen. Das Kaufmannsgericht würdigte diese Einwände und hielt darum mit Recht die der Klägerin zuteil gewordene Entlassung nicht für berechtigt. Es fehle der Vorfall der Klägerin, der Firma gegenüber sich widerspenstig zu zeigen, sie beschäufte vielmehr, bei Herausgabe des Scheines Nachteile bei der Kasse zu haben.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königl. Opernhaus.** Sonntag: Die Stumme von Portici. Montag: Salome (Anfang 8 Uhr). Dienstag: Pizarros Hochzeit. Mittwoch: Cavalleria rusticana. Donnerstag: Die Meisterlerner von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr). Freitag: Der Rosenkavalier. Sonnabend: Carmen. Sonntag: Mignon. Pöjmel und Gretel. Montag: Sinfonischer Konzert. (Anf. 7 1/2 Uhr).
- Königl. Schauspielhaus.** Sonntag: Wohlthätigkeits-Vorstellung. (Anf. 8 Uhr). Montag: Peer Gynt. 1. Abend. Dienstag: Peer Gynt. 2. Abend. Mittwoch: Der Familiencat. Donnerstag: Peer Gynt. 1. Abend. Freitag: Peer Gynt. 2. Abend. Sonnabend: Peer Gynt. 1. Abend. Sonntag: Peer Gynt. 2. Abend. (Anf. 7 1/2 Uhr). Montag: Geschlossen.
- Königl. Opern-Theater (Kroll).** Von Montag bis Freitag: Valerian. (Anfang 8 Uhr). Sonnabend: Geschlossen.
- Deutsches Theater.** Sonntag: Romeo und Julia. Montag: König Heinrich IV. 2. Teil. Dienstag: Der Kaufmann von Venedig. Mittwoch: König Lear. Donnerstag: Romeo und Julia. Freitag: Viel Lärm um Nichts. Sonnabend: Hamlet. Sonntag: Der Kaufmann von Venedig. Montag: Ein Sommernachtsstraum. (Anfang 7 1/2 Uhr).
- Kammertheater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Der Enoch. Mittwoch: Peterlindchen. Donnerstag: Der Enoch. Freitag: Vom Teufel geholt. (Anf. 7 Uhr). Sonnabend: Der Enoch. Sonntag: Vom Teufel geholt. Montag: Peterlindchen. (Anfang 8 Uhr).
- Vossing-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Professor Bernhardt. Sonntag: Pygmalion. Montag: Peer Gynt. (Anf. 7 1/2 Uhr). Dienstag und Mittwoch: Pygmalion. Donnerstag: Peer Gynt. (Anf. 7 1/2 Uhr). Freitag: Einlon. Sonnabend nachm. 3 Uhr: Der Erbförster. Abends: Pygmalion. Sonntag: Peer Gynt. (Anf. 7 1/2 Uhr). Montag: Sinfonischer Konzert. (Anfang 8 Uhr).
- Berliner Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Große Kohnen. Mittwoch, Donnerstag und Freitag: Die Braut von Messina. Abends: Die erste im Mai. (Anfang 8 Uhr).
- Theater in der Königgräber Straße.** Sonntag: König Richard III. (Anfang 7 1/2 Uhr). Montag: Hinter Mauern. Dienstag: Die Kronbraut. Mittwoch: Brand. Donnerstag: König Richard III. (Anfang 7 1/2 Uhr). Freitag: Die fünf Franzosen. Sonnabend: Die Kronbraut. (Anfang 7 1/2 Uhr). Sonntag: Die Kronbraut. Montag: Hinter Mauern. (Anfang 8 Uhr).
- Deutsches Künstler-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Schirin und Gertraude. Abends: Calard. Montag: Der Bogen des Odysseus. Dienstag: Calard. Mittwoch, Donnerstag und Freitag: Peterchens Rondschar. Abends: Calard. Sonnabend: Peterchens Rondschar. Abends: Das Wäntom. Sonntag: Calard. Montag: Der Bogen des Odysseus. (Anf. 8 Uhr).
- Rosenthal-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Jünger. Abends: Kammermull. (Anfang 8 Uhr).
- Theater an der Weidenbammerstraße.** Sonntag, Montag und Dienstag: Wer zuletzt lacht. Abends: Wer zuletzt lacht. (Anfang 8 Uhr).
- Deutsches Opernhaus.** Sonntag, Montag und Dienstag: Pizarros Hochzeit. Abends: Parfisi. (Anfang 7 Uhr). Montag: Die Meisterlerner von Nürnberg. (Anf. 7 Uhr). Dienstag: Parfisi. (Anf. 7 Uhr). Freitag: Die Meisterlerner von Nürnberg. (Anf. 7 Uhr). Sonnabend: Pizarros Hochzeit. Sonntag: Parfisi. (Anf. 7 Uhr). Montag: Parfisi. (Anfang 8 Uhr).
- Volltheater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Hofmann. Abends: Die spanische Flöte. (Anfang 8 Uhr).
- Theater des Westens.** Sonntag, Montag und Dienstag: Der liebe Augustin. Abends: Polenblut. (Anfang 8 Uhr).
- Thalia-Theater.** Abends: Die Zangoprinzeßin. (Anfang 8 Uhr).
- Residenz-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Gretchen. Abends und Montag und Dienstag: Doppel — der Feind. Abends: Der Regimentspapa. (Anf. 8 Uhr).
- Trianon-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Die Liebe macht. Abends: Er und der Andere. (Anf. 8 Uhr).
- Kleines Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Die felle Residenz. Abends: Jettchen Gebert. (Anfang 8 Uhr).
- Schiller-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Geschäft ist Geschäft. Abends: Nachmann als Erzähler. Montag: Herodes und Mariamme. Dienstag: Das Glück im Winkel. Mittwoch: Andreas Hofer. Donnerstag: Das Glück im Winkel. Freitag: Bey dem der lügt. Sonnabend: Die beiden Leinoren. Sonntag: Hofmanns Tochter. Montag: Das Glück im Winkel. (Anfang 8 Uhr).
- Schiller-Theater Charlottenburg.** Sonntag, Montag und Dienstag: Die beiden Leinoren. Abends: Die Maschinenbauer. Montag: Die beiden Leinoren. Dienstag: Die Maschinenbauer. Mittwoch, Donnerstag und Freitag: Die Maschinenbauer. Freitag: Das Glück im Winkel. Sonnabend, Sonntag und Montag: Die Maschinenbauer. (Anf. 8 Uhr).
- Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Die drei Könige. Abends: Herkules Zerklein. (Anfang 8 Uhr).
- Neues Volkstheater.** (Neue Freie Volkshöhne). Sonntag, Montag und Dienstag: Michael Kramer. Abends: Frau Barrens Gewerbe. Montag: Drei Courteline-Sinaller. Dienstag: Frau Barrens Gewerbe. Freitag: Drei Courteline-Sinaller. Sonnabend: Der Kaiserjäger. Sonntag und Montag: Drei Courteline-Sinaller. (Anfang 8 1/2 Uhr).
- Wallfalia-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Das Räthchen vom Heilbrunn. Abends: Langoheber. (Anfang 8 1/2 Uhr).
- Montis Operetten-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Die Fledermaus. Abends: Jung-England. (Anf. 8 Uhr).
- Reise-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Lenora. Abends und Montag und Dienstag: Die Maschinenbauer von Berlin. Mittwoch: Dorf und Stadt. Donnerstag: Die Maschinenbauer von Berlin. Freitag: Berlin, wie es weint und lacht. Sonnabend bis Montag: Die Maschinenbauer von Berlin. (Anfang 8 Uhr).
- Theater am Rollendorfsplatz.** Sonntag, Montag und Dienstag: Drpheus in der Unterwelt. Sonnabend, Montag und Dienstag: Die Schiffbrüchigen. Abends: Brinjeß Gretel. (Anfang 8 Uhr).
- Unien-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Das erste Ehejahr. Abends und Montag: Unser Junge. Dienstag: Bajazzo. Mr. Baizer. Mittwoch bis Sonnabend: Unser Junge. Sonntag: Deines Bruders Leid. Montag: Unser Junge. (Anfang 8 1/2 Uhr).
- Kasino-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: Wildscheneffe. Abends: Die alte Webern. (Anfang 8 Uhr).
- Folies Caprice.** Abends: Café Pingsheim. Der Heiratgraf. (Anfang 8 1/2 Uhr).
- Polka.** Sonntag, Montag und Dienstag: Spezialitäten. Abends: Partien, der Stolz der dritten Kompanie. (Anf. 8 Uhr).
- Metropol.** Sonntag, Montag und Dienstag: Ein Blüthenfeld. Abends: Die Reise um die Welt in 40 Tagen. (Anfang 7 55 Uhr).
- Wintergarten.** Sonntag, Montag und Dienstag: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr).
- Reichsballen-Theater.** Sonntag, Montag und Dienstag: (sowie abends). Stettiner Sängler. (Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr).
- Irish Club.** Sonntag, Montag und Dienstag: (sowie abends). Galanvorstellung.
- Irish Schumann.** Sonntag, Montag und Dienstag: (sowie abends). 7 1/2 Uhr: Galanvorstellung.
- Gebr. Herrschel-Theater.** Abends: Die von oben und unten. (Anfang 8 Uhr).
- Admiral-Palast.** (Schaubühne): Die lustige Puppe. (Anfang 8 1/2 Uhr).
- Berliner Circus.** Im Ring zum grünen Kranz. (Anf. 9 Uhr).
- Cines Palast am Zoo.** Varietés-Schauspiele. Täglich: 6 Uhr.
- Cines Rollendorf-Theater.** Varietés-Schauspiele. Täglich: 6 1/2 und 9 Uhr.
- Urania-Theater.** Sonntag und Montag: Winter in der Schweiz. Dienstag: Ueber moderne Atomistik. Mittwoch: Krönungsschmuck der Kaiserin Gisele. Donnerstag bis Sonntag: Hochspannung. (Anf. 8 Uhr). Montag: Unbestimmt.

Öffentliche politische Versammlungen.

Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Konzert- und Festsälen (Inhaber Obiglio), Koppenstr. 29:

Gr. Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

Gegen den staatlichen Gebärzwang.

Referenten: Reichstagsabgeordneter August Vrey, Genossin Luise Zieh, Stadtverordneter Dr. A. Silberstein.

Genossen! Genossinnen! Auf zum Protest!

Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

Vierter Wahlkreis

Sonntag, den 1. März, abends 6 1/2 Uhr, im „Elysium“, Landsberger Allee 40:

Öffentliche politische Versammlung

Tagesordnung:

1. „Feinde ringsum“.

Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil. 2. Diskussion.

Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer: Paul Litauer, Görschstraße 11.

Donnerstag, den 5. März 1914, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59 (gr. Saal):

Große Protestversammlung.

Referent Herr C. Giebel, M. d. R.

Hausangestellte, Dienstboten! Man will Landfrankenkassen gründen für alle Dienstboten von Groß-Berlin.

Deshalb erscheint in Massen!

Keine Köchin, Stütze, Haus- und Kindermädchen, Mädchen für alles, Diener, Aufwärterinnen und alle Kleinmädchen, keine darf fehlen! — Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, ihnen bekannte Hausangestellte auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Die Einberuferin: Lina Busch, Rhinower Straße 1.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse Montag, 2. März, abends 8 1/2 Uhr, in Rekers Platen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97:

Vortrag: Die Seele der Frau

(nach der modernen Psychologie). Referent: Herr Dr. Ernst Meyer. Gäste, Herren und Damen willkommen.

Der Vorstand.

Achtung! Volksversammlung Achtung! für Treptow!

Dienstag, den 3. März 1914, abends 8 Uhr, im Lokal „Neues Gesellschaftshaus“, Inhaber G. Porehner, Treptower Chaussee 14.

Tagesordnung:

1. Der Streik bei der Firma C. Beermann

Referent: H. Behrend.

2. Diskussion.

Die Herren Gemeindevorsteher werden höflich eingeladen.

Der Einberufer: B. L e m m e, Treptow.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilske, Sebastaianstraße 39:

Fortsetzung der Generalversammlung

Da noch wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 4. März, abends 9/9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom IV. Quartal 1913. 2. Wahl eines Revisors. 3. Mitteilung der Ortsverwaltung. 4. Verschiedene Kasienangelegenheiten. Um Hinblick auf die am 1. Januar 1914 eingetretenen Veränderungen im Krankenkassenwesen ersucht um zahlreichem Besuch.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Bureau: Engelauer 14/15 II.

Achtung!

Achtung!

Delegierte zur örtlichen Generalversammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Am Mittwoch, den 4. März 1914, abends 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Str. 15:

Ordentliche General-Versammlung pro 4. Quartal 1913.

Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Geschäfts-, Kasien-, Arbeitsnachweis- und Bibliotheksbericht pro 1913. 3. Neuwahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission. 4. Neuwahl der Beschwerdekommision für den Arbeitsnachweis. 5. Erledigung eingegangener Anträge und Geschäftliches. NB. Legitimationskarte und Mitgliedsbuch sind mitzubringen und zwecks Kontrolle resp. Abstempelung am Eingang zum Versammlungsort vorzulegen.

Ohne Karte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wer über 8 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, hat ebenfalls keinen Zutritt. Die Bezirksverwaltung. J. A.: A. Werner.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

An alle Mitglieder des Zweigvereins!

Werte Kollegen!

Hente Sonntag, den 1. März 1914,

finden die Wahlen des Zweigvereins-Vorstandes, der Revisoren, der Beschwerde- und Schiedskommission statt. Außerdem wählen die Mitglieder der Sektion der Putzer in denselben Lokalen ihren Sektions-Vorstand.

Am jedem Kollegen Gelegenheit zur Ausübung seines Wahlrechts zu geben, ist diese Wahl eine Fristwahl und findet von 10 bis 1 Uhr in den Bezirkslokale statt. Die Kollegen, die ihr Wahlrecht ausüben, erhalten in ihrem Mitgliedsbuch, auf der Jahresseite 1914, links oben vor der Märzrubrik den Stempel, der als Beweis dient, daß der Kollege gewählt hat.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Tätowierung

entfernt Dr. Schönmann Spezialarzt für Hautkrankheiten Berlin S., Oranienstraße 139.

Steppdecken

größte Auswahl, billigste, auch Anfertigen aller Steppdecken. Bernhard Strohmangel, Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

Gute Uhren.
In besonders großem Maß sind
[SOVIETRETTIG]
welcherbühmte Schweizer Marke
die Privats u. Wiederverkauf
beste Bezugsquelle
Kulante Bedingungen
Uhrenfabrik Soverign
Niederlage MÜNCHEN Kaufingerstr. 23.
Katalog No. 57 franko

Nur für Sie sind
sind Sie, wenn Sie sich vor Gründung
od. bei Streitigkeiten in Gm & G an den
Spezialisten Dr. fr. Lorenz, Berlin 29
Gitschiner Str. 106 wend. Tel.: Mpl. 6516.

Sozialdemokratischer Ärzteverein.

Sitzung am Mittwoch, den 4. März 1914, abends 9 1/2 Uhr, im Hotel „Astor“, Berlin, Friedrichstraße Nr. 105.

Tagesordnung:
1. Arbeiterleiter Rudolf Wiffel: „Einiges aus der Praxis der ärztlichen Gutachten in der Arbeiterversicherung“. 2. Dr. med. Silbe rstein: „Der augenblickliche Stand der fassenärztlichen Angelegenheiten in Berlin“. 3. Vereinsangelegenheiten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Montag, den 2. März, abends 8 Uhr: Außerordentliche General-Versammlung im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 4.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Verbandstag. Aufstellung der Delegiertenkandidaten zum Verbandstag und Gewerkschafts-Kongress. Mitgliedsbuch des Verbandes legitimiert.

Grundierer.

Montag, den 2. März, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3:

Versammlung aller in Grundieranitalten u. Belegereien beschäftigten Personen.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Ober-Schöneweide.

Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Warncke, Wilhelminenhofstr. 18:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verhandlungsangelegenheiten.

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungslokale werden am Dienstag bekanntgegeben. Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Branchen-Versammlungen

- Geschnitten-Branchen: Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus „Südost“, Reichstr. 15.
- Erbsenriemen-Branchen: Sonnabend, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, in Schulz' Prachtlokal, Köpenicker Str. 17, Eingang Köpenicker Str.
- Portefeuller- und Reiseartikelbranchen: Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Rauningerstr. 27.
- Militär-Branchen: Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, in den Prachtlokalen Alt-Berlin, Blumenstr. 10.
- Sinolenleger u. Teppichnäher: Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Weichardt, Grünstr. 21.
- Wagen- u. Autobranden: Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

Zahlreichen Besuch dieser Versammlungen erwarten. Die Branchenleitungen.

Zunungs-Krankenkasse der Schuhmacher-Zunung (Zwangszunung) in Berlin. Bekanntmachung.

Bei der am 23. Februar 1914 stattgefundenen Wahl von 15 Vertretern und 30 Ersatzmännern für die Arbeiter zum Ausschuss wurden 394 Stimmen abgegeben. Hierunter entfielen auf Liste I 296 Stimmen, auf Liste II 98 Stimmen. Es sind demnach von Liste I 11 Vertreter (von W. Bierbach bis W. Bierbach) und 22 Ersatzmänner (von P. Lena bis C. Polig), von Liste II 4 Vertreter (von J. Ege bis G. Eder) und 8 Ersatzmänner (von J. Schwarz bis C. Rief) gewählt. Für die Verifizierung 30 Vertreter und 60 Ersatzmänner wurden 676 Stimmen abgegeben. Hierunter entfielen auf Liste I 600 Stimmen, auf Liste II 76 Stimmen. Es sind demnach von Liste I 28 Vertreter (von A. Seiler bis G. Wedde) und 56 Ersatzmänner (von W. Werner bis Fr. Scherbach), von Liste II 2 Vertreter (G. Seher und Fr. Busch) und 4 Ersatzmänner (von G. Nischenhaus bis C. Nicolaus) gewählt. Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl sind bis zum 22. März 1914 beim Kassenvorstand oder dem Versicherungsamt einzureichen. Berlin, den 1. März 1914.

Der Vorstand. Jakob Ege, Vorsitzender. A. Schenk, Schriftführer.

Bekanntmachung

betreffend die Wahlen des Vorstandes. Dieselben finden statt am Donnerstag, den 23. April 1914, abends 8 1/2 Uhr, im Zunungshause, Fischerstr. 25, zu der die gewählten Vertreter im Ausschuss hiermit eingeladen werden. Die gewählten Vertreter erhalten außerdem noch eine schriftliche Einladung. Es sind zu wählen: 3 Vorstandsmitglieder und 6 Ersatzmänner aus der Gruppe der Arbeiter, 6 Vorstandsmitglieder und 12 Ersatzmänner aus der Gruppe der Belegereien, und zwar auf die Dauer von vier Jahren (bis zum 31. Dezember 1917). Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl nach näherer Bestimmung der Wahlordnung. Die Vertreter im Ausschuss werden hiermit aufgefordert, schriftliche Wahlvorschläge, besonders für Arbeiter und Belegereien, aufzustellen und diese dem Vorstande Friedrichstraße 17 bis spätestens den 22. März 1914 einzureichen. Später eingehende Wahlvorschläge sind unzulässig. Die Wahlvorschläge müssen von je 3 Ausschussmitgliedern der betreffenden Gruppe unterzeichnet sein. Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Am übrigen gelten die Bestimmungen des § 7 der Wahlordnung entsprechend. Sind aus gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur so viel wählbare Bewerber benannt, wie Vorstandsmitglieder zu wählen sind, so gelten sie als gewählt. Berlin, den 1. März 1914.

Der Vorstand. Jakob Ege, Vorsitzender. A. Schenk, Schriftführer.

Todes-Anzeigen

Verband der Maler, Lackierer etc. Filiale Berlin.

Den Mitgliedern der Filiale Berlin zur Nachricht, daß unser altverdienter langjähriger Vorsitzender des Verbandes

Albert Tobler

am 27. Februar in Hamburg verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. März, mittags 1 1/2 Uhr in Hamburg statt.

In treuer Pflichterfüllung, im Dienste für die Arbeiterbewegung, hat ihn der Tod plötzlich ertötet. Für seine aufopfernde Tätigkeit, für das Interesse, welches er stets den Kollegen entgegenbrachte, werden ihm die Mitglieder der Filiale Berlin ein ehrendes Andenken bewahren.

196/12 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.

Bezirk Lichtenberg.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

Karl Lindner

Schrammweberstr. 46 ein Opfer der Explosion in der Metallfabrik wurde.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.
14/5 Die Bezirksleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

Karl Lindner

Lichtenberg, Schrammweberstr. 46 am 26. März an den Folgen eines Unfalls gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
113/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am Donnerstag, den 26. Februar, sind unsere Mitglieder

Rudolf Prill

Fritz Aust

Karl Lindner

anlässlich der Katastrophe in der Metallfabrik Lichtenberg-Kummelsburg gestorben.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung von Prill und Aust findet am heutigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Lichtenberger Friedhofes, Ladstraße, aus statt.

Karl Lindner wird am Montag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus beerdigt.

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

V. a. G. Hamburg.
Filiale Lichtenberg II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 26. Februar bei der Explosion in der Metallfabrik unsere Kollegen den Tod fanden:

Karl Lindner

Schrammweberstr. 46.
Die Beerdigung findet am Montag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichsfelder Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Rudolf Prill

Rosarstr. 2.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Ladstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Ernst Kühn

Rantstr. 19.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Ladstraße, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

August Michling

Strahmannstr. 21 im Alter von 41 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Wasserbau-Friedhofes in Zehlendorf aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.
84/8 Die Ortsverwaltung.

Danfagung.

Für die Bemühungen hervorragender Teilnahme bei der Beerdigung unseres Bruders und Schwagers

Paul Graul

sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie den Genossinnen und Genossen des 4. Kreises unseren herzlichsten Dank.

Willi Graul und Frau.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unserem Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Heinrich Reinke

(Küchenbetrieb der Berliner Wasserwerke) im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Montag, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Segensgemeinde in Westensee, Gustav-Ubboli-Strasse, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.
89/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Rudolf Röstel

am Donnerstag, den 26. Febr., im Alter von 56 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Lichtenberger Gemeinde-Friedhofes in Rargahn aus statt.

Der Vorstand.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen Zahlstelle Berlin

Den Mitgliedern bitte zur Nachricht, daß der Kollege

August Drewello

(Brauerei Engelhardt, Charlottenburg) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. März 1914, nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem Luisenkirchhof in Zehlendorf statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Max Danneberg

(Betrieb B. Cambus u. Co.) im Alter von 62 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Verband der irischen Gast- und Schankwirte Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen

Dummer, Minna

Glogauerstr. 25, Bezirk 4 verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 2. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des holländischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Verband der irischen Gast- und Schankwirte Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen

Altmann, Martha

Cunrathstr. 25, Bezirk 4 verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 2. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen. Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern bitte zur Nachricht, daß unser Kollege, der

Otto Zander

(Schulz-Genossenschaft Wst. II) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reichlicher Gemeinde-Friedhofes in Zehlendorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.
42/10 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis.

Görliitzer Viertel, Bezirk 164.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genosse, der

Max Danneberg

Walldemast. 3, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 2. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin.

Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Max Danneberg

(Betrieb B. Cambus u. Co.) im Alter von 62 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis.

Bezirk 745.
Am Freitag, den 27. Februar, verstarb unser Genosse, der

Adolf Milleville

(Schulzweberstr. 16).
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Montag, den 2. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. d. Berl. Reichstagswahlkreis.

Bezirk 745.
Am Freitag, den 27. Februar, verstarb unser Genosse, der

Theodor Grützmaier

Berlin, Vappalastr. 83.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 2. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Korden auf dem Gethsemane-Kirchhof statt.

Am Montag:

E. Durau, Venzelauer Allee 175.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer. Filiale Neukölln II.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Sebastian Wiedauer

am 22. Februar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet.
267/9 Die Ortsverwaltung.

Unserem Parteigenossen (1923)
Karl Witt
nebst Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Die Genossen u. Genossinnen des 6. Kreises, 14. Abt. Bez. 893

Danfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, meines guten Vaters sage ich hiermit allen Bekannten und Verwandten, dem Wahlverein des 2. Kreises, dem Transportarbeiterverband und den Mitgliedern des Hauses meinen innigsten Dank.
Wwe. A. Weichmann
nebst Kindern.
1074

Feuerbestattung
mit allem Zubehör u. Gebühren
105 Mark.
Institut „Flamme“
Mantauflerstrasse 111.
Broschüre gratis.
Fernsp. : Moritzpl. 532.

Spezialarzt
Dr. med. Weckenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8—3, Sonntags 9—11

Bilanz per 31. Dezember 1913

Aktiva.		Passiva.	
1. Kassenbestand	M. 3.257,95	1. Darlehen	M. 4.910,94
2. Warenbestand	5.143,10	2. Genossenschaftsanteile	3.600,00
3. Utensilienbestand:		3. Reservefonds	200,00
derselbe betrug am		4. Dispositionsfonds	800,01
1. Januar 1913	M. 915,84		M. 9.510,95
Zugang	194,00	Gewinn- und Verlustkonto	751,59
	M. 1.039,84		
abzüglich Abschreibungen	297,25		
4. Kautions	30,00		
5. Bankguthaben	200,00		
6. Genossenschaftsanteil-Debitoren	989,00		
	M. 10.262,54		
		Gewinn- und Verlust-Konto.	
		1. Warenkonto: Bruttogewinn	M. 11.507,98
		2. Skontokonto	152,85
			M. 11.659,83
		Das Geschäftsguthaben betrug am 1. Januar 1913	M. 2.543,00
		Dasselbe erhöhte sich bis 31. Dezember 1913 um	173,00
		und beträgt nun insgesamt	M. 2.716,00
		Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1913	50
		Ansgetreten	2
		mithin beträgt die Mitgliederzahl	18
		Die Haftsumme betrug am 1. Januar 1913	M. 4.000,00
		abzüglich Abgang	400,00
			M. 3.600,00

Produktiv- und Verkaufs-Genossenschaft Berliner Bandagisten
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Für den Vorstand: Bruno Fleischer, J. Meistner.
Berlin SO 16, Köpenicker Str. 98b. 100/12

Genossenschaft Berl. Bandagisten.

SO 16, Köpenicker Str. 98b
(zwischen Neander- und Neue Jakobstraße)
Gegr. am 1. Juli 1907 von organisierten Bandagisten-Gehilfen.

Bruchbandagen, Leilbinden, Plattfüßeinlagen, Gummiwaren, Artikel zur Krankenpflege u. dergl.

:: :: Lieferant aller Krankenkassen Berlins und Vororte, :: ::
des Verbandes der Hausarztvereine u. der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung.
Für Damen weibliche Bedienung.

Stauend billige Preise in Fahrrädern u. Zubehörteilen

Rund - um - Berlin - Fahrräder
sind tonangebend.
Neue Spezial-Fahrräder mit Gummi von M. 32.—
Elegante Damenräder mit Gummi von M. 37.—
12 Monate Jahres-Garantie.

Enorm billige Preise in Decken und Schlüchchen, in Qualitäten, nur frische diesjährige Ware.
Laufmatten M. 1,50, 1,85, 2,30, 3.— usw.

haben eingetroffen! **3000 Stück große Doppelplatten**
30 cm tadellose Aufnahmen, die neuesten Schlagler, solange Vorrat **85 Pf.**
Beim Einkauf von 3 dieser Platten 200 Nadeln gratis.

Ständiges Lager von 50.000 Platten. Verzehnjährig gratis. Jede Katalognummer sofort lieferbar.

Neu! „Bobby, wo sind denn deine Haare“ aus „Jung England“, „Pisch walk“, Walzer, Boston, One Step, Two Step, Tango und andere Tänze.

Phonographen-Katz
Berlin, Dircksenstrasse 20, am Bahnhof Alexanderplatz,
Chausseestrasse 92 :: Gr. Frankfurter Str. 144
Neukölln: Hermannplatz 6 :: Bergstrasse 4, Ecke Zietenstr.
Hauptgeschäft in Rädern: **Weinmeisterstrasse nur Nr. 2.**

HEUTE ERÖFFNUNG DER MÖBEL-AUSSTELLUNG

In meinem Geschäftshause

Brunnenstr. 1

und stelle zur gef. Besichtigung in der

II. Etage:

1 Einzimmer-Wohnung im Gesamtbe- 410.-
trage von M.

1 Zweizimmer-Wohnung im Gesamt- 600.-
trage von Mark

best. aus: 1 Wohnzimmer u. 1 Schlafzimmer

III. Etage:

1 Dreizimmer-Wohnung im Gesamt- 1375.-
trage von Mark

bestehend aus: 1 Schlafzimmer, 1 Herren-
zimmer, 1 Speisezimmer

IV. Etage:

1 Vierzimmer-Wohnung im Gesamt- 3000.-
trage von Mark

bestehend aus: 1 Schlafzimmer, 1 Herrenzimmer, 1 Speisezimmer
und 1 Wohnzimmer

Ferner stelle ich in meinen neu renovierten Räumen eine
enorm grosse Auswahl in

kompletten Schlafzimmern, Speisezimmern, Herren-
zimmern, Wohnzimmern, Salons, Dielen u. farbigen Küchen
in allen Holz- und Stilarten, sowie Einzelmöbel u. Polster-
waren, Teppiche, Portieren, Gardinen usw. insgesamt

ca. 150 komplette Wohnungs-Einrichtungen
zum Verkauf

An- und Abzahlung nach Uebereinkunft

Mitglied der Tischler-Innung Mitglied der Tapezierer-Innung

KREDIT-FEDER

Filiale Osten: Frankfurter Allee 89. Filiale Süden: Kottbuser Damm 103
Filiale Westen: Charlottenburg, Scharrenstrasse 5

Gnellsenaustraße 10,
S. Grau, billigste u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Spezialitäten: Sandblut und
Sandleberwurst
Jeden Mittwoch: Die berühmten
Grünwürstchen. Jeden Sonnabend
Frische Blut- und Leberwurst.
Wurfmeyer, Brunnenstr. 6.

Raucht
August Bebel-Cigaretten Ges.
gesch.
Nur Qualität
Preis 2, 2 $\frac{1}{2}$, 3 und 5 Pfg.
Ueberall zu haben.
General-Vertrieb für Deutschland Hagen i. W., Königstr. 15. Tel. 2767.
Tüchtige eingel. Vertreter gesucht.

Persil

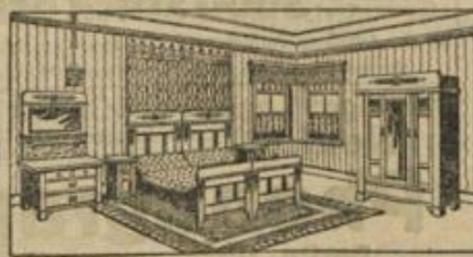
wascht und desinfiziert
Säuglingswäsche

Henkel's Bleich-Soda

Möbelfabrik Rob. Seelisch, Berlin O 10, Rigauerstr. 71-73a.



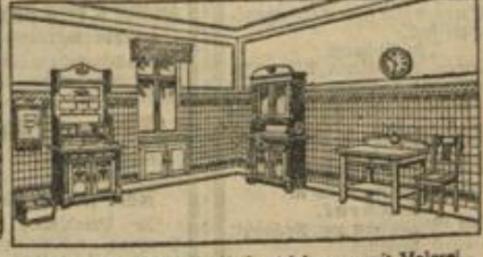
Illustrierter Katalog gratis und franko!
Frachtfrei nach all. Plätzen Deutschlands.



Schlafzimmer „Rekord“, echt Eiche,
sehr sport wirkend.
2 Bettstellen, 1 Waschkommode, 1 Spiegel, 2 Nachtsche,
1 Schrank komplett M. 325,-



Wohnzimmer „Bonn“.
1 Trumeau M. 65,- 1 Sofa M. 75,-
1 Kleiderschrank M. 72,- 1 Tisch M. 21,-
1 Vertiko M. 72,- 4 Stühle M. 25,-
1 Umbau M. 77,- komplett M. 405,-



Küche „Frieda“, Anstrich grau mit Malerei.
1 Schrank, 1 Anrichte mit Rahmen, 2 Stühle, 1 Tisch, 1 Hand-
tuchhalter, 1 Kohlenkasten komplett M. 95,-

Garbáty

Cigaretten

für
Qualitätsraucher

5 Bandwurmmittel waren erfolglos,
aber „Solitaenia“ hat geholfen.

Ich habe bei meinem Sohne schon 5 Mittel geg. den Bandwurm angewendet
u. es hat keines geholfen, aber jetzt durch „Solitaenia“ habe ich den Band-
wurm in 2 Stunden entfernt. Ich spreche Ihnen meinen besten Dank aus u.
werde Solitaenia weit. empfehl. F. Sch. . . . Berlin, Sönnemünd. Str.
Solitaenia f. Erwachsl. 2,50 M., f. Kinder 1,50 M. ist erhält. in allen Apothek.

Die reellsten und solidesten

MÖBEL

liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger
seit 35 Jahren die Straße 5,
mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenpreisen
und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung.
Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen
von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Spezialarzt

f. Haut-, Harn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beintracht jeder
Art, Ehrlich Gata-Kuren in
u. Co. fons.
Laborat. |
Blut-
untersuchung, Fäden i. Harn usw.
gegenüber
Friedrichstr. 81, Panoptikum
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.



„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger

Anzüge

Einsegnungsanzüge
in allen Größen und Preislagen.

Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.

Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u.
der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.

Sonntags von 12-2 geöffnet.

Tel. Amt Norden 1591. 102/1*

Der Kampf um die Bäcker-Innungskasse.

Am Donnerstag, den 5. März, nachmittags zwischen 3 und 6 Uhr, finden im Konordia-Innungshaus, Andreasstr. 64, die Wahlen des Ausschusses der Krankenkasse der Bäcker-Zwangsinnung zu Berlin statt.

Seit vielen Jahren sind die Gelben von Wahl zu Wahl immer mehr zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, bis sie mit einem Male bei der Gefellenauswahlwahl 1912 wieder ein wenig in die Höhe schwebten.

Seit jener Zeit sind sie jedoch krampfhaft bemüht, der Öffentlichkeit eine Bedeutung vorzugaukeln, die sie in Wirklichkeit nicht besitzen und nie besitzen haben.

Auch bei der jetzigen Ausschuswahl am 5. März werden sowohl die Gelben selbst als auch ihre Schutzpatrone, die Bäckerinnung und die Bäckermeister, im einzelnen alles aufbieten, um für die gelbe Liste aufzubringen, was aufzubringen möglich ist.

Aus den Reihen der Bäckergefellens selbst dürfte ihnen wohl kein nennenswerter Zustrom kommen! Dafür sind die Gelben

denn doch zu anrüchig. Bist es doch in den Reihen dieser Gefellen bis weit in die Reihen der Unorganisierten hinein als die schmachlichste Beleidigung, als Mitglied der Gelben oder Anhänger derselben zu gelten, und erst der letzte Verrat dieser Gelben durch ihre Petition gegen den wöchentlichen Ruhetag hat tiefe Erbitterung in den weitesten Gefellenskreisen hervorgerufen.

Aber bei den sonstigen Mitgliedern der Innungskassenkasse, bei den Verkäuferinnen, dem sonstigen Dienstpersonal und nicht zum wenigsten bei den Frühstücksaustägerinnen hoffen sie durch die Hilfe der Bäckermeister auf die lebhafteste Unterstützung! Zu befürchten ist allerdings, daß diese Kreise aus Unkenntnis die gelbe Liste wählen und von den Meistern zur Wahl geschleppt werden.

Deshalb soll an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Liste des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren die Nr. 1 hat und deshalb von allen Freunden der Arbeiterbewegung nur die Liste 1 zu wählen ist.

Die Frühstücksaustägerinnen sind sehr oft selbst organisiert, häufiger aber noch sind es Frauen von tüchtigen Parteimitgliedern! Diese werden besonders ersucht, zur Wahl zu kommen und für

Seite 1

zu stimmen. Ebenso aber wird es allen Mitgliedern des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, soweit sie Mitglieder der Innungskasse und wahlberechtigt sind, zur dringenden Pflicht gemacht, unter allen Umständen zur Wahl zu erscheinen und Liste 1 zu wählen.

Die Organisationsleitung wird gleichs Kontrolle ihrer Mitglieder allen zur Wahl erschienenen Mitgliedern eine Kontrollmarke geben, die in das Mitgliedsbuch einzufügen ist.

Wenn die Mitglieder des Bäckerverbandes sowohl als auch die Genossinnen, soweit sie Mitglieder der Bäcker-Innungskasse sind, ihre Schuldigkeit tun, dürfte der gelbe Sturm auf den Ausschuß der Krankenkasse leicht abguschlagen sein.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren. Franz Schneider.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, and a second set of columns for another location. Lists various locations like Remel, Uft, Regel, Ansternburg, etc.

+) bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterpegel. -) mäßiger Grundrißgang. -) Grundbeistreiben.

Bekanntmachung der Wahlen für die Innungskassenkasse

der vereinigten Radiererinnung nach §§ 227 und 241 der Reichsversicherungsordnung.

Am 28. Oktober 1913 wurden als Vertreter der Arbeitgeber in den Ausschuß gewählt:

Herr E. Rehring, Kellnerstr. 3; Herr B. Hebel, Hannoverische Str. 5; Herr D. Julewski, Kreuzbergstr. 9; Herr E. Lippe, Markgrafstr. 84.

Als Vertreter der Arbeitnehmer in den Ausschuß wurden gewählt:

Herr H. Albrecht, Neudöln, Vammierstraße 9a; Herr A. Berner, Friedenstraße 56; Herr J. Siedmann, Thodewiechstraße 7; Herr B. Radloff, Bernauer Str. 90a; Herr E. Lilienthal, Neudöln, Stultgauer Str. 27; Herr D. Mühlbacher, Thomaststr. 12; Herr E. Teichert, Königsberger Str. 25; Herr A. Scholz, Müllerstr. 65.

Am 15. Januar 1914 wurden als Vertreter der Arbeitgeber in den Vorstand gewählt:

Herr Otto Koch, Reimendorfer Straße 81, als erster Vorsitzender; Herr E. Gillebrandt, Gerichstr. 81, als Arbeitgeberbevollmächtigter.

Als Vertreter der Arbeitnehmer in den Vorstand wurden gewählt:

Herr E. Meyer, Beteranenstr. 7, als stellvertretender Vorsitzender; Herr D. Ballew, Neudöln, Steinmeyerstr. 107, erster Schriftführer; Herr Franz Sanger, Neudöln, Wäldenbeuchstr. 16, stellvertretender Schriftführer; Herr A. Sorber, Traudbachstr. 17, Arbeitnehmerbevollmächtigter; als Kassensührer B. Sanger, Besseltstr. 20.

Berlin, den 27. Februar 1914. Im Auftrage des Vorstandes: W. Sanger.

Kaarausfall

lewie Schuppen und Spalten der Haare wird unbedingt beseitigt durch tägliches Waschen mit der echten

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Kadebeul. Bestes Mittel zur Stärkung und Kräftigung des Haarwuchses. Stück 50 Pf. Überall zu haben.

Genrpt.: Gents. 1896. Kgr.-G.: Garbinenhaus.

Gardinen.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz

(früher Wallstr. 29) jetzt Wallstr. 13 (Spindlershof)

sind aus bestem Material gearbeitet, daher von größter Haltbarkeit. Von einfach bis hochlegant sind sie mit außerordentlich niedrigen, für ledernen Preisen versehen.

Ebenso alle einschlägigen Artikel, wie Portieren, Säuser, Teppiche usw. - Gelegenheits-Ware: Vorkriegs Gardinen u. Teppiche weit unter Preis!

NB Die Firma unterhält nirgends ein Zweiggeschäft!

Umtausch gestattet. Sonntags geschlossen.

Vornehme Herren-Kleidung

fertig und nach Mass

Garant: Tadello, Sitz, feinste Verarbeitung!

Teilzahlung gestattet.

J. Kurzberg & Co.

Mass-Schneiderei

Gegründet 1898

Rosenthaler Str. 36 I. Etage

Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstraße

Reinickendorfer Str. 4 Weddingplatz.

Möbel-Ausstellung

Ausstellung von neuesten Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen in schlichter gediegener Geschmacksrichtung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Arbeiterwohnungen in Höffner's Möbel-Engroshaus Berlin N. 201. Veteranenstr. 11, 12, 13. Besichtigung frei. Abgabe der kompl. Einrichtungen sowie einzelner Stücke zu ganz mäßigen Preisen.

Höchsten Verdienst

auch im Nebenberuf, erzielen Sie bei Uebernahme der Agentur für Holzrouleaux, Jalousien, Zigarrenspitzen, Handtüchern, Planen, Wachstüchlein etc. Geht. Offerten unter B. W. 3397 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19. 25/15

Teilhaber

sucht Schlosserei für Schaufenscheren, Schaufeln, Stößeln, Inflation. P. Marx, Döberstraße 25.

Ein gewissenhafter Mensch

magst nicht, bis er sich eine Krankheit zugezogen hat, oder läßt eine solche nicht erst einwirken, sondern beugt sie vor, indem er von Zeit zu Zeit eine gründliche Blutreinigung vornimmt, denn gesundes Blut ist die Grundlage der Lebenskraft. Schlechtes Blut dagegen das Grundübel vieler Krankheiten. Ein alterprobiertes, vollkommen natürliches und durch seine hohe Wirkungskraft rühmlichst bekanntes, wirksames Blutverreinigungsmittel zur Aufrechterhaltung des Blutes und Säuberung der Gänge ist

Reichels Wacholderextrakt

der garantiert rein und frisch in den echten Original-Flaschen à M. 1.50, 2.50 und für längeren Gebrauch große Blechdose (sehr vorzuziehen) M. 6.- in den meisten Drogerien zu erhaltlich ist, aber nur echt mit Marke "Medico". Wo nicht vorräthig, wende man sich an den alleinigen Hersteller Otto Reichel, Berlin 48, Glienbahnstr. 4. Tel. Westpt. 4751-52.

Medico

Zur Vermehrung des Wacholderextrakts und für alle für wichtigen achte man sich auf Marke

Koche mit Knorr

Millionen Kinder werden jährlich in Deutschland mit Knorr-Hafermehl aufgezogen. - Knorr-Hafermehl ist die führende Marke. Das Paket kostet 30 Pfennig.

Sehr beliebt sind auch Knorr-Suppenwürfel in 48 Sorten. 1 Würfel 3 Teller 10 Pf. Versuchen Sie Knorr-Pilz-Suppe!

Möbel-Angebot.

Solche Möbelstühle liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Postamt 27. Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Kaufhaus Gebr. Preuß

Moabit, Beussel-Ecke Huttenstraße

Lieferanten der Konsum-Genossenschaft.



Wirklich schicke und moderne Krawatten

finden Sie in unserer Abteilung: Herren-Artikel

Nur letzte Neuheiten! Selbstbinder

für Herren, denkbar größte Auswahl, auch für den vorwiegendsten Geschmack.

Weiße Oberhemden, gute Verarbeitung, pa. Stoffe, 2.95 an

Bunte Oberhemden in allen Stoffarten mit festen und 1.95 an abknüpfbar. Manschetten von M.

Oberhemden nach Maß, Verarbeitung von prima erstklassigen Stoffen, zu enorm billigen Preisen.

Zurückgekehrt Dr. Zadek

Dresdener Str. 109. Tel.: Moritzplatz 3630.

Durch Qualität zum Erfolg

Original-Reichel Rum-Essenz mit Jamaika

zur vorteilhaftesten Selbstbereitung

11. Rezept 2 Liter sogleich von über 2 Liter fertig mit vollem kräftigen Geschmack und dem edlen unverfälschbaren, stark duftendem Aroma wie echter Jamaika-Rum

Vorzüglich zu Tee u. Srog 1 Originalflasche - Inhalt 85 Pf. ExtraQual., Dreifachen 1.35 M.

Man mache die Probe!

Dopp. u. 3fache Essenz. Nur echt mit Marke Reichel. In den bekannt. Drogerien erhältlich.

Otto Reichel Berlin 8033 Glienbahnstr. 4

Vollständiges Rezeptbuch zur Herstellung sämtl. Liköre usw. gratis und franko

J. Baer

Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee Herren- und Knaben-Modes, Bekleidungs-Eleganter Paletots, Eleg. Einsegnungs-Anzüge in jed. Preislag. Gr. Stofflager z. oing. Maßanfertigung. Billigste, feste Preise.

Feinfarbige Linder-Teppiche

fraise, creme, blan, rot,

ganz dickes, staurnaartiges Gewebe, von den echten Linderteppichen kaum zu unterscheiden. Größe ca.

90x185 cm . . . M. 7.50

120x195 11.25

160x225 16.50

190x295 24.50

250x350 37.50

250x400 47.50

300x400 53.50

Passende Bett- und Pult-Teppiche Stück. M. 3.25, 4.50 u. 7.50.

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158

Spezial-Katalog mit bunten Teppichmustern

750 Abbildungen gratis u. franko. Frankoversand aller Waren v. 20 M. an

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshöhne.
 Sonntag, 1. März,
 Nachm. 2 1/2 Uhr:
 Deutsches Theater: Der lebende
 Leichnam.
 Nachm. 3 Uhr:
 Neues Volkstheater: Michael Kramer.
 Fernfeld-Theater: Dimeram Jaun.
Neue Freie Volkshöhne.
 Sonntag, 1. März 1914,
 Nachm. 2 1/2 Uhr:
 Kammertheater: Die Einnahme
 von Berg-op-Zoom.
 Nachm. 3 Uhr:
 Deutsches Opernhaus: Higos Hoch-
 zeit.
 Schiller-Theater Charlottenb.: An-
 dreas Hofer.
 Schiller-Theater O.: Geschäft ist Ge-
 schäft.
 Theater a. Kolonnenplatz: Orpheus
 in der Unterwelt.
 Metropol-Theater: Ein Blitzmädel.
 Berliner Theater: Große Kollonen.
 Romisch-Operetten-Theater: Die
 Fledermaus.
 Trianon-Theater: Die Liebe wacht.
 Theater in der Königgrätzer Straße:
 Das Lebensfest.
 Nachm. 3 1/2 Uhr:
 Bühnen-Saal: Einmalig-Konzert.
 Abends 8 Uhr:
 Neues Volkstheater: Frau Barrens
 Gewerbe.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volkstheater: Montag, Frei-
 tag: Einmalig-Konzert. Dienstag,
 Sonnabend: Der Kaiserjäger. Mitt-
 woch, Donnerstag: Frau Barrens
 Gewerbe.

Schiller-Theater O.
 (Wallner-Theater).
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsman als Erzieher.
 Montag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamne.

Schiller-Theater
 Charlottenburg.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
 Montag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.

Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kassas: Nollendorf 1383.
 Sonntag, 3 Uhr:
Schrijn und Gertraude.
 Sonntag, 8 Uhr: **Cafard.**
 Montag, 8 Uhr:
Der Bogen des Odysseus.

Theater des Westens.
 8 Uhr: **Polenblut.**
 Sonnt. Am. 3 1/2 U.: Der liebe Augustin.

Theater in der Königgrätzer Straße
 7 1/2 Uhr:
König: Richard III.

Komödienhaus.
 8 Uhr: „Kammermusik“. 8 Uhr.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
 8 Uhr: **Wer zuteufel lacht...**
 Am. 2 Uhr: **Wer zuteufel lacht...**

Theater am Nollendorfplatz 5.
 8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**
 3 Uhr: Orpheus in der Unterwelt.

Friedr.-Wilhelmst. Theater.
 Anfang 8 Uhr:
Fräulein Trullala.
 Heute nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

Residenz-Theater
 8 Uhr: **Hoheit — der Franz!**

Rosé-Theater
 (Grosz) Frankfurt Str. 102.
 Nachmittags 3 Uhr:
Lenore.
 Abends 8 Uhr:
 Die Maschinenbauer von Berlin.
 Montag:
 Die Maschinenbauer von Berlin.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger.
 Heute nachm. 3 Uhr:
 zu ermäßigten Preisen:
 und das andere
 gr. Programm!
 Log. 1.—, Balkon
 0.75, Entree, Par-
 lella, Dreierlei 39 Pf.
 Abends 8 Uhr:
Zimmer Nr. 13.

URANIA
 Taubenstraße 48/49.
 Sonntag und Montag 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
 Hösaal Montag 8 Uhr: Konstr-
 ing. A. Keßner: Die mechanische
 Technologie der Metalle

ZOOLOG
 ischer Garten
 Täglich ab 4 Uhr:
Großes Konzert.
 Eintrittspreise heute:
ZOO: Aquarium:
25 Pf. Kinder d. Hälfte.
 Neu! **AQUARIUM**
 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Admiralspalast.
 Eis-Arena.
 Heute 2 Vorstellungen
 nachm. 1 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr:
Die lustige Puppe.
 Großes Ballett auf dem Eis.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 ab halbe Kassenpreise.

Passage-Panoptikum.
 Heute
 erstes Auftreten!
 Der englische
Riese
Teddy Bobs
 Der größte Mensch,
 der je gelebt!
 160 mm größer als
 Machnow
 19 Jahre alt.
 Ohne Extra-Entree.

Apollo-Theater.
 Tel.: Lützow 2757.
 3 1/2, und 8 Uhr:
Der Stolz d. 3. Kompagnie
 mit
Hartstein.
 Sachen ohne Pause!
 Rauchen gestattet!

WINTER GARTEN
 Heute:
Première!
2 Vorstellungen 2
 mit den
 neuen
12
 Abends
8
 Uhr
 Kleins
 Preise
März-Attraktionen!
 — Rauchen gestattet! —

Metropol-Theater.
 Heute nach-
 mittags 3 Uhr:
Ein Blitzmädel.
 Abends prägnant 7 1/2 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
 in 40 Tagen.

Folies Caprice.
 8 1/4 Café Pingsheim
 Der Heiratsgraf
 Meyersteins

Voigt-Theater
 Badstraße 58.
 Sonntag, 1. März, nachmittags 3 Uhr:
Die Tragödie eines Weibes.
 Abends 7 Uhr: **Romeo und Julia.**
 Staffeneröffnung 10 Uhr. Anf. 8 u. 7 Uhr.
 Borans Montag, 2. März, Benefiz für
 Lisa Peters; Er u. seine Schwester.

Arbeiter-Radfahrer-  **Bund „Solidarität“**
 Ortsgruppe Berlin.
 Sonnabend, den 14. März, in sämtlichen Festsälen der „NEUEN WELT“,
 Hasenheide 108—114:
6 Kapellen Bayr. Kirchweih 6 Kapellen
 Madame Sissis Oberländer-Orchester — Rudi Winklers Bayern-Kapelle —
 Die urfidelen Keferloher — Sänger u. Schuhplattler — Radkünstler-Truppe
Die Saalmannschaft der Ortsgruppe u. a. m.
Sensationelle Gratis-Verlosung.
 — Wunderbare Alpendekoration — Tanzrad — Rutschbahn — Gaudi aller Art. —
 Anfang in allen Festsälen 8 Uhr. Eintritt inkl. Tanz 60 Pfennig.
 11/8 — Kein Kostümwang, — Die Festkommission.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund
 „Die Naturfreunde“
 Ortsgruppe Berlin.
 Sonntag, den 1. März 1914,
 im Etablissement „Pharus-Säle“, Berlin N., Mollerstrasse 142.
Wenn wir wandern ..
Großer Lichtbildervortrag
 mit hundert Bildern nach Originalaufnahmen
 des Vortragenden Gen. Georg Krämer.
 1. Teil. **Durch die Uckermark.**
 Kloster Chorin; Naturschutzpark Pfingstberg; Prenzlau;
 Templin.
 2. Teil. **Rügen.**
 Auf dem Dampfer; Am Strande; Saßnitz; Stralsund.
 3. Teil. **In der Juninacht.** 1 1/2
 Havelberge; Am märkischen See; Sonnenaufgang u. a.
 Nach dem Vortrage: **Tanzkränzchen.**
 Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
 Einlaß 6 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. Anfang 7 Uhr.

MÖBEL
MESSE
KURFÜRSTENDAMM 151 Rollschuhbahn
 25 Februar — 25 März ••• Eintritt frei

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. 3 Uhr: **Das erste Ehejahr.**
 8 1/2 Uhr: **Unser Junge.**
 Volksstück mit Gesang und Tanz.
Walhalla-Theater. 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Das Räthchen von Heilbrunn.
 8 1/2 Uhr: **Tangofieber.**

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor
 Heute Sonntag!!!
Münchener Hetz- und
gr. bayr. Bockbierfest
 4 Kapellen — 100 Oberbayern
10 jährige Jubiläums-Feier
 des beliebten Festwirts
Schorsch Ehrngruber.
 A Mords Gaudi. — Jubel und Trubel.
 — Gratis-Jubiläums-Geschenkverteilung. —
 Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.
 Ausschneiden! Vorzeiger d. Inserats zahlt nur 30 Pf. Entree.

Reederei Kahn & Heptzer Frssp. Knigt. 2062
 Kontor C. 2, A. d. Stralauer Brücke 4/5 Waisenbrücke
 Wir empfehlen den verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften
 unsere mit elektrischer Beleuchtung versehenen Schiffe zu
 Ausflügen usw. unter äußerst günstigen Bedingungen.

Neue Welt.
 Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
 Heute Sonntag, den 1. März 1914:
 In sämtlichen Festsälen:
Bockbierfest
 in den bayerischen Alpen.
 Anfang 4 Uhr. 6 Kapellen. Entree 50 Pf.
Voranzeige! Dienstag, den 3. März 1914:
Prämierung des längsten Damenhaares.
 3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 M.

Trianon-Theater.
 Sonntag 3 Uhr: **Die Liebe wacht.**
 Abends 8 Uhr:
Er und der Andere.

Zirkus Alb. Seumann.
 Heute Sonntag, den 1. März:
 2 große Novitätenvorstellungen 2
 Nachm. 3 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.
 In beiden Vorstellungen:
 Neu! **Marla da Staza** Neu!
 mit ihrer exotischen Revue,
 bestehend aus: 10 Affen, 7
 Katzen, 8 Hunden, 2 Kakadus,
 3 Eseln.
 Zum Schluß:
Der Sprung aus der Zirkuskuppel.
 Neu! **The Arrigioni-Truppe** Neu!
 Ein Potpourri in den Lüften
 u. d. übrig. neuen Attraktionen.
 In beiden Vorstellungen:
Das gr. Ausstattungsst. i. 7 Bildern
 „Tipp“.
 Nachm. hat jed. Erwachs. ein
 Kind frei auf allen Sitzplätzen.

Casino-Theater
 Zehringstr. 37. Täglich 8 Uhr
 Ein neues Berliner Volksstück:
Die olle Webern.
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!
 Einziges Theater in diesem Genre!
 Im Stil der alten Wallner-Bühne.
 Sonnt. 4 Uhr: **Mädchenchöre.**

Germania-Prachtsäle
 N., Chausseestr. 110. Karl Richter.
 Heute
 Sonntag:
Paul Mantheys
lustige Sänger
 Anfang 6 1/2 Uhr.
 Nachdem: Familien-Kränzchen.
 Im weißen Saale von 5 Uhr ab
Großer Ball.
 Morgen Montag:
Hoffmanns Sänger.

„Clou“ :: Berliner ::
 Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!

Musikkorps des Kaiser-Franz-Garde-Regimts. Dirig. Obarm. Becker.
 Musikkorps des 1. Garde-Regiments. Dirigont: Obarm. Baarz.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 4 1/2 Uhr.

Morgen: **Großes Doppel-Konzert.** Anfang 8 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
 Sonntag, den 1. März 1914
 Anfang 5 Uhr:
Jubiläumsfeier des bel. Festwirts
Schorsch Ehrngruber.
Das gr. bayr. Bockbierfest
 4 Kapellen — Jubiläumsgeschenke etc. etc.
Ausschneiden! Vorzeiger dieses
 Inserats hat nur 30 Pf. statt 50 Pf.
 Entree zu zahlen.

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
Achtung Vereine! Saal mit Bühne 1. Osterfeiertag
 frei. Jeden Sonntag Ball.

Wirtshaus Schloß Woltersdorf.
 Drei große Säle. Veranden. Hallen. Große Kaffee-
 küche. Terrassenartig am Wasser und Chaussee
 gelegen. Spielplätze im Walde. Telefon: Erkner 149.
 Ferner empfehle Schloßpark Wilhelminenhof. Ober-
 schöneweide 3162. Gemüß meine Dampfer und Motor-
 boote. Station Michaelbrücke a. d. Michaelbrücke, gegenüber
 der Stadtbahn. Moritzplatz 12715. Fr. Saewert.

Belmonte
 a. Co., Juweliers
 Reisende Einsegnungs-Geschenke
 — Juwelen, Silber, Gold u. Silber —
 wasser in bewährter Feinverarbeitheit
 Leipzigerstr. 92
 u. Königstr. 46.

Zirkus Busch.
 Heute Sonntag, den 1. März:
2 große Gala-Vorstellungen 2
 nachm. 3 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags hat jeder Erwachsene
 ein angehör. Kind unter 10 Jahren
 auf allen Sitzplätzen frei. Jedes
 weitere Kind unter 10 Jahren zahlt
 die Hälfte auf den Sitzplätzen.
 In beiden Vorstellungen:
**Auftreten der großen März-
 Attraktionen.**
 11. a.: **Die Bale Troupe,**
 Rad-Evolution in bisher nie ge-
 zeigter Bodenbung. Am Schluß
 der Produktion: **Der ungeheure**
Sprung mit dem Fahrrad
 durch Arb. Garnier vom Cirque
 Roub. Paris aus der Höhe der
Zirkuskuppel.
 Neu! **Die Revells,** Neu!
 größte Reitertruppe.
 Ferner nachmittags eine Auswahl
 der beliebtesten Kinder-Vorleser.
 Abends 7 1/2 Uhr:
„Pompeji“.

Volks-Theater Neukölln.
 Hermannstraße 20.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Hund von Baserville.
 Detektivrom. in 6 Bildern v. H. Sachse.
 Montag, 8 1/2 Uhr:
Der Loder vom Lindheimerhof.
 Volksstück in 4 Akten von C. Wegel.

Concordia-Festsäle
 64 Andreasstrasse 64
 Jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert
 und **Hoffmanns Sänger**
 Anfang 6 Uhr.
 Im oberen Saal von 5 Uhr ab:
Grosser Ball

Gala-Lichtbühne
 Usedomstraße 14.
 Heute und folgende Tage:
Zwei Sensationsdramen:
Narrenaliebe.
Diamantenmine.

Alhambra
 Wallner-Theater-Strasse 15.
Jeden Großer Ball.
 Sonntag:
 Großes Orchester. Anfang Sonntag
 5 Uhr. A. Zornitz.

Berliner Uk-Trio
 Adr. Neukölln Labstr. 74 L

Café Meyer
 Dresden Str. 128/129.
 Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkel 10 Pf.
 ca. 50 Zeitungen; Billard 2 Stb. 60 Pf.
 Zahlstelle der Freien Volksbühnen.

